

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: **5504**

HA D46

SOENNECKEN

Handwritten text, possibly "Handwritten" or "Handwritten".

Handwritten text, possibly "Handwritten" or "Handwritten".

OS

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 5504



Generalide
des
Sextans

Heft 19

Düsseldorf, den 11. Oktober 1941

Geheim!

- a) an die Aussendienststellen
b) nachrichtlich an die
Grenzpolizeikommissariate
- Me.
#474

Betrifft : Evakuierung von Juden in das Ghetto Litmanstadt.
Vorgang : Besprechung am 6.10.1941.

I. Allgemein :

Im Zuge der Evakuierungsaktion von Juden in das Ghetto Litmanstadt gelangen am 27.10.1941 mit dem Sonderzug 7'50 Uhr ab Düsseldorf-Berndorf aus dem Bereich der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf 1000 Juden zum Abtransport.

II. Bestimmung des zu evakuierenden Personenkreises :

Die Verteilung der zu erfassenden Juden durch die Aussendienststellen wird, wie bereits mündlich bekanntgegeben, wie folgt vorgenommen :

Essen	250 Juden	Suppertal	250 Juden
München-Gladbach	75 "	Krefeld	50 "
Duisburg	50 "	Oberhausen	50 "

Aus Düsseldorf werden 250 Juden abgeschoben. Der Rest von 75 Juden ist für die Landreise und für etwaige Ausweichmöglichkeiten vorgesehen.

Von diesen Juden sind jedoch nicht zu evakuieren :

1. In deutsch-jüd. Mischehe lebende Juden,
2. Juden mit ausl. Staatsangehörigkeit (mit Ausnahme staatenloser, ehem. polnischer und luxemburg. Staatsang.).
3. In geschlossenen Arbeitseinsatz befindliche Juden, für die eine Zustimmung zur Evakuierung seitens der zuständigen

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generativa der Gestapo,
Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

zuständigen Rüstungsinspektion oder Arbeitsamtes aus wehrwirtschaftlichen Gründen nicht gegeben werden. In diesem Falle sind auch die Familienangehörigen dieser Juden nicht zu evakuieren.

4. Juden im Alter von über 65 Jahren.

III. Transport :

Die Überführung der Juden von den Aussendienststellen nach Düsseldorf ist für Sonntag, den 26.10.1941 vorgesehen. Die Juden werden hier bis zu ihrem Abtransport in einen Auffanglager untergebracht.

Es muss pro Person mitgenommen werden :

Zahlungsmittel bis zu 100 RM, ein Koffer mit Ausrüstungsstücken, (kein sperrendes Gut) bis zu 50 kg.
Vollständige Bekleidung

Bettzeug mit Decke, -

Verpflegung für 8 Tage

(Brot, Mehl, Granen, Bohnen - keine Kartoffeln -).

Nicht mitgenommen werden dürfen :

Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw.,

Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin mit Ausnahme des Eheringes)

Lebendes Inventar

Lebensmittelkarten (diese sind vorher abzunehmen und den örtlichen Wirtschaftsämtern zu übergeben).

Es ist darauf zu achten, dass nicht mehr Gepäck (einschli. der Verpflegung für 8 Tage, die gesondert verpackt werden muss) mitgenommen wird, als jeder einzelne Jude für einen selbständigen Weg zu tragen in der Lage ist.

Vor Abgang der Transporte ist eine Durchsuchung nach Waffen, Munition, Sprengstoffen, Gift, Devisen, Schmuck usw. vorzunehmen.

Die Transporte sind so zusammenzustellen, dass sie eine möglichst gleichmäßig verteilte Altersgliederung aufweisen.

Die Transporte nach Düsseldorf sind von den einzelnen Aussendienststellen entsprechend zu beaufsichtigen und zu begleiten. 2 Tage vor Abgang des Transportes nach Düsseldorf ist eine Aufstellung über :

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generalia der Gestapo,...
Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

- 1.) Zahl der Familien des Transportes
- 2.) Zahl der ledigen Juden,
- 3.) Zahl der ledigen Jüdinnen,
- 4.) Altersgliederung,
- 5.) Zahl der arbeitsfähigen Juden,
- 6.) berufliche Zusammensetzung,
- 7.) Geschlechtergliederung, sowie eine Liste in alph. Reihenfolge, wie den Namen, Vornamen, Geburtstag- und Ort enthält, nachhier einzusenden.

Ferner ist das Bargeld des Transportes in einer Summe anzugeben.

IV. Vermögen :

Die stua spollzeiliche Sicheratellung des Vermögens wird von den Juden anhand der übergebenen Vordrucke durchgeführt. Die ausgefüllten Vermögenserklärungen sind bis zum 18.10.1941 nach hier einzusenden.

Die Wohnungen der zu evakuierenden Juden sind sofort nach Verlassen zu verschliessen und zu versiegeln. Die Wohnungsschlüssel werden beim Hauseigentümer, Hausverwalter oder Hausbeauftragten abgegeben.

Zusatz für die Grenzpolizeikommissariate :

Die im dortigen Bereich wohnhaften Juden werden von den Herren Landräten gemeldet. Über die etwaige Evakuierung dieser Juden erhalten die Herren Landräte zur gegebenen Zeit von hier Weisung.

In Vertretung :

gez. Dr. V e n t e r

Beauftragt :

Favorat
Gehs.-Agent.



Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generalia der Gestapo,

Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Geheim!

Emmerich, den 21. November 1941.

445/410 ^{vig.}

Nach Kenntnisnahme z.d.A. II B 4 g. *Ch*

lls

Korrad



Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

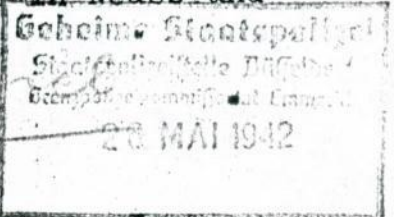
Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Düsseldorf, den 22. Mai 1942

Geheim!

An die Aussendienststellen und Grenzpolizeikommissariate,
Herren Landräte des Bezirks,
Herren Oberbürgermeister in Neuss und
Viersen,



Betrifft : Evakuierung von Juden.

Vorgang : Ohne.

Für bevorstehende Evakuierungen von Juden nach dem Osten bzw. in das Altersghetto Theresienstadt bitte ich, zur restlosen Erfassung der im dortigen Bereich wohnhaften Juden bis Dienstag, dem 26.5.1942, 17'00 Uhr (Termin genau), nach folgenden Punkten zu berichten:

1. Zahl der Juden deutscher Staatsangehörigkeit (einschl. der staatenlosen - die Juden ehemals polnischer und luxemburgischer Staatsangehörigkeit).
2. Zahl der in deutsch-jüdischen Mischehen lebenden Juden, ausgenommen die in Ziffer 3 aufgeführten Personen.
3. Jüdische Ehegatten einer nicht mehr bestehenden deutsch-jüdischen Mischehe, die gemäss § 3 Absatz a der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom Kennzeichnungszwang befreit sind.
4. Zahl der Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit (ausgenommen staatenlose Juden sowie Juden mit polnischer und luxemburgischer Staatsangehörigkeit).
5. Zahl der Juden mit slowakischer, kroatischer und rumänischer Staatsangehörigkeit.
6. Zahl der über 65 Jahre alten Juden.
7. Zahl der Juden zwischen 55 - 65 Jahren, die besonders gebrechlich sind.
8. Jüdische Mischlinge, die nach § 5 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 als Juden gelten, sofern sie nicht mit einem Juden verheiratet sind.
9. Zahl der Juden, die schwerkriegsbeschädigt, Inhaber des Verwundetenabzeichens oder Träger hoher Tapferkeitsauszeichnungen (EK I, Goldener Tapferkeitsmedaille usw.) sind.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generale der Gestapo,

Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

10. Zahl der im kriegswichtigen Arbeitseinsatz stehenden Juden, sofern sie von den in Betracht kommenden Arbeitsstellen (Gaubevollmächtigter für den Arbeitseinsatz) nicht freigegeben werden können.

Da beabsichtigt ist, die unter Ziffer 1 genannten Juden nach dem Osten zu evakuieren, bitte ich, die Gesamtzahl dieser Juden nach Abzug der unter Ziffer 2 - 10 aufgeführten Personen einschl. der Ehegatten und Kinder bis zu 14 Jahren besonders als Ziffer 11 anzugeben.

Die

- a) über 65 Jahre alten Juden,
- b) zwischen 55 - 65 Jahre alten gebrechlichen Juden,
- c) jüdischen Ehegatten einer nicht mehr bestehenden deutsch-jüdischen Mischehe, die gemäß § 3 Abs. 2 der Pol.-V.O. über die Kennzeichnung der Juden vom Kennzeichnungszwang befreit sind,
- d) jüdischen Mischlinge, die nach § 5 Abs. 2 der Ersten V.O. zum Reichsbürgergesetz als Juden gelten, sofern diese nicht noch mit einem Juden verheiratet sein sollten,
- e) Juden, die schwerkriegsbeschädigt oder Inhaber von Verwundetenabzeichen oder hoher Tapferkeitsauszeichnungen sind,

sollen zu gegebener Zeit in das Altersghetto in Theresienstadt (Böhmen und Mähren) verbracht werden. Diese Gruppen sind nach Alter und Geschlecht unterteilt ebenfalls zum gleichen Termin zu melden. Ehegatten und Kinder unter 14 Jahren sind mitanzugeben.

gez. Dr. A l b a t h

Beglaubigt :

Fischer
Geschz.-Angest.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generäle der Gestapo,

Heft 79

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Ummittel, den 26. 5 42.

Utz.

- 1) Der Ummittel sind nun 8 Fiden besetzt. 7 versch. 1 animal.
Anzahl besetzt sind die die halbe Staatsangehörigkeit.
Ummittel: Fiden sind sicher 65 Jahre.
- 2) Eine Mitteilung nun 8. das ist nicht separat, sind die Fiden
sind die Holzgelege besetzt gemeldet werden.
- 3) 3. 4. 4. II B 4

Ms

her.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generäle der Gestapo

Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
II B 4/71, 02/1295/104/41 g.

Emmerich
Düsseldorf, den 14. November 1941

Geheim!

Verteiler V ohne Gendarmerieposten:

Betrifft: Auswanderung von Juden.

Vorgang: Ohne.

Der Reichsführer-~~II~~ und Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet, daß die Auswanderung von Juden mit sofortiger Wirkung zu verhindern ist. Über im Interesse des Reiches liegende besondere Ausnahmefälle ist mir zuvor zu berichten.

Zusatz für die Herren Polizeipräsidenten und Landräte: Mehrabdrucke für die Polizeiamter bzw. die Herren Bürgermeister liegen bei.

Zusatz für die Außendienststelle in Essen:

Die FS.-Anfrage Nr. 1873 vom 4.11.1941 hat hiermit ihre Erledigung gefunden.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf
Grenzpolizeikommissariat Emmerich
16. NOV. 1941
II B

In Vertretung:

I.V.

gez. H u n s c h e

Beglaubigt:

Thielges

Geschz. Ang.

Emmerich, den 16. November 1941.

✓
Vfg.

Nach Kenntnisaufnahme z.d.A. II B 4g. *475/410*

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generalia der Gestapo,
Heft Nr. 79

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Der Chef der Sicherheitspolizei

Berlin, den 14. März 1939 .

S-PP (II Rz.) 21/39.

Schnellbrief



[Betrifft: Auswanderung der Juden.

Vorgang: FS-Erlaß vom 30.1.1939 - No. 19117- und Schnellbrief vom 23.2.1939 -S-PP (II Rz.) 21/39. *Vorgang aus d. d. 1939 - 134/39.*

----- Anlagen: 31^{te} lose.

mir vorlegen
Den auf Grund der vorbezeichneten Erlasse einzureichenden Listen der abgewanderten Juden ersuche ich mit dem nächstfälligen Bericht beginnend eine Zusammenstellung nach anliegendem Muster beizufügen.

Ich bemerke hierzu im einzelnen folgendes:

- a) Die Summe der Zahlen unter 1 a) bis c), 2 a) bis d) und 3 a) bis f) der Zusammenstellung muss jeweils mit der unter 1 einzusetzenden Gesamtzahl der ausgewanderten Juden übereinstimmen.
- b) Die Zahlen unter 1 c) und 2 a) müssen sich decken.
- c) Bei der Berufsgliederung kommt es lediglich auf die Art des ausgeübten Berufes an, ohne Rücksicht auf die jeweilige Stellung in dem Beruf. Insbesondere ist unerheblich, ob in dem einzelnen Berufszweig eine selbständige oder unselbständige Tätigkeit ausgeübt wurde. Unter 3 b) sind daher z. B. nebst selbständigen Kaufleuten auch alle Vertreter, Reisende, kaufmännische Lehrlinge, Händler und dergleichen zu zählen. Berufslose Ehefrauen und Kinder sind unter 3 f) zu zählen.

An alle

Staatspolizeileit- und
Staatspolizeistellen
im Reich.

Präsident

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Generalia der Gestapo,*
Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

d) Unter Nr. 4) sind die Zielländer nach dem Alphabet geordnet aufzuführen unter Angabe der Zahl der nach diesen Ländern auswandernden Juden. Bezüglich der Zählung unter den vorläufigen und endgültigen Zielländern ist davon auszugehen, daß jeder Auswanderer ein endgültiges Zielland hat. Als endgültig ist daher auch dasjenige Zielland anzusehen, das der Jude selbst nur als vorläufiges ansieht, wenn ein bestimmtes weiteres Zielland noch nicht feststeht. Die Summe der in der Spalte "endgültig" einzusetzenden Zahlen muss sich demgemäß mit der Gesamtzahl unter No. 1) decken.

In der Spalte "vorläufig" sind dementsprechend nur solche Länder zu zählen, bei denen ein weiteres endgültiges Zielland in der Spalte "endgültig" gezählt wird.

In Vertretung:

gez. M ü l l e r .



Beglaubigt:
Raskull
Kanzleiangestellte.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generalat der Gestapo,
Koffer 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Reichssicherheitshauptamt
- IV D 4 - 2 (Rz) 1275/40

Berlin, den 24. April 1940.

1576/40
Stadtpolizeistelle Düsseldorf

29. APR. 1940

Anl. *JK*

1. An
alle Staatspolizei(leit)stellen im Reichsgebiet.
2. Nachrichtlich
den SD-(Leit)Abschnitten im Reichsgebiet.

Betrifft: Richtlinien für die Judenauswanderung.

Vorgang: Ohne.

[Um eine einheitliche Ausrichtung zu gewährleisten, ^{ich hat Schrift (Schrift) auf dem} nehme ich nachstehend zum Gesamtproblem der jüdischen Auswanderung aus dem Reichsgebiet Stellung, ^{es werden hier eine entsprechende Folge erreicht}

1/ Die jüdische Auswanderung aus dem Reichsgebiet ist nach wie vor auch während des Krieges verstärkt zu betreiben.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat den Herrn Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, mit dessen ausdrücklicher Zustimmung die Fortsetzung der jüdischen Auswanderung erfolgt, davon unterrichtet, daß wehr- und arbeitseinsatzfähige Juden nach Möglichkeit nicht in das europäische Ausland, keinesfalls aber in die europäischen Feindstaaten auswandern dürfen.

Dazu bemerke ich, daß jeder Auswanderungsfall, sofern es sich nicht um Übersee handelt, nach obigen Grundsätzen zu prüfen und in eigener Zuständigkeit zu entscheiden ist. In Mischehe lebende Juden dürfen keinesfalls zur Auswanderung gedrängt werden.]

./.

Müsseldorf

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generalia der Gestapo
Heft 79

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

2/ Eine betonte Ausweitung der Palästina-Wanderung ist aus außenpolitischen Gründen unerwünscht. Um allen sich daraus ergebenden Schwierigkeiten zu begegnen, habe ich äußerst strenge Bedingungen festgelegt, nach deren Erfüllung ich mir die Entscheidung über die Genehmigung von Transporten vorbehalten habe.

Ich ersuche, in keinem Falle Juden aus den einzelnen Dienstbereichen die Teilnahme an solchen Palästina-Sondergruppentransporten zu gestatten, bevor nicht mein ausdrückliches Einverständnis zur Durchführung eines solchen Transportes gegeben ist. Dabei ist darauf zu achten, möglichst männliche Juden mittleren Alters auszunehmen.

Die Reichsverkehrsgruppe Hilfsgewerbe des Verkehrs nimmt mit meinem Einverständnis zunächst die Anträge von Reisebüros zur Durchführung von Sondergruppentransporten entgegen und übergibt diese nach Vorliegen aller verlangten Unterlagen dem Referat IV D 4 des Reichssicherheitshauptamtes zur Entscheidung.

Die Tätigkeit konzessionierter Reisebüros, die sich mit jüdischer Einzelauswanderung befassen, ist nicht zu behindern.

3/ Für die in den Konzentrationslagern einsitzenden Juden polnischer bzw. ehemals polnischer Staatsangehörigkeit kommt eine Auswanderung vorerst nicht in Frage.

Jüdischen Frauen und Kindern, über 60 Jahren alten männlichen Juden, Krüppeln usw., die die polnische Staatsangehörigkeit besessen haben, kann die Auswanderung gestattet werden.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Generalat der Gestapo

Heft 79

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

4/ ^{Ich habe} Ich habe festgestellt, daß immer wieder Gerüchte auftauchen, die von einem staatlich genehmigten Abschub von Juden aus dem Reichsgebiet in das Generalgouvernement sprechen. Dazu bemerke ich, dass bis auf weiteres ein Abschub von Juden gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit aus dem Reichsgebiet in das Generalgouvernement nicht stattfindet. Auch jede freiwillige Auswanderung von Juden in das Generalgouvernement ist verboten.

Über jeden bekanntwerdenden Versuch, Juden gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit oder staatenlose in eigener Zuständigkeit in das Generalgouvernement abzuschieben, ist mir unverzüglich ~~durch Blitz-FS~~ zu berichten.

5/ Um einen Überblick über den Stand der Auswanderungsbemühungen und der Auswanderungsfähigkeit der Juden in den einzelnen Bezirken zu erhalten, ersuche ich, die jeweils zuständigen Bezirksstellen bzw. Ortsstellen der "Reichsvereinigung" zu einer intensiven Überprüfung des Standes der Auswanderungsbemühungen jedes einzelnen dort vorhandenen Juden zu veranlassen. Besonderer Wert ist auf die Ausweitung der sich durch Familien- bzw. Verwandtennachforderung ferner durch Passagen- und Vorzeigegelderbeschaffung auf diesem Wege ergebenden Möglichkeiten zu legen. Über das Ergebnis ersuche ich mir bis 15.5.1940 zu berichten.

6/ Zum selben Termin ersuche ich um Bericht, was bisher in eigener Zuständigkeit innerhalb des dortigen Dienstbereiches für die Erleichterung und Verstärkung der jüdischen Auswanderung unternommen wurde.

./.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Generäle der Gestapo,
Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Zusatz für Staatspolizeileitstelle München:

Zu dem FS Nr.10113 vom 9.4.1940.

Zusatz für Staatspolizeileitstelle Frankfurt/Main:

Zu dem dortigen Schreiben II B 2 1936/40 vom 22.4.1940.

Zusatz für Staatspolizeileitstelle Hamburg:

Zu dem dortigen Schreiben II B 2 - 641/40 vom 18.3.1940 und FS Nr.6616 vom 28.3.1940.

Zusatz für Staatspolizeileitstelle Aachen:

Zu dem dortigen FS Nr.1665 vom 27.3.1940.

In Vertretung:

gez. M ü l l e r .



Beglaubigt:

[Handwritten signature]
Kanzleiangestellte.

Staatspolizeileitstelle
II B 4/71⁰²/1576/40

Düsseldorf, den 9. Mai 1940

- 1.) Bezüglich der Ziff. 5 des Erlasses wurde hier heute mit dem jüdischen Auswandererberater Dr. Katzenstein Fühlung genommen. Ihm wurde aufgegeben, die geforderten Unterlagen in dreifacher Ausfertigung in Kürze einzureichen.

+

+

- 2.) Wv.

I.A.
[Handwritten signature]

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Generalia der Gestapo
Heft 19

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Abschrift.

35

Der Reichsführer SS und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

BeMin, den 24. März 1942

S IV B 4 940/41 - 3 4 - -

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom
1.9.1940.

Bezug: Bericht vom 22.1.1942 - I J Pol. 4 - 6 - 4/42-.

Der dortigen Ansicht, daß die Entscheidung des Oberstaatsanwalts in Köln zutreffend sei, vermag ich nicht beizutreten. Der § 3 der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden ist eng, niemals erweiternd auszulegen, da der Kreis der von der Kennzeichnung ausgenommenen Personen so klein wie möglich gehalten werden muß.

Würde man der Auslegung des Oberstaatsanwalts in Köln nach dem angeblichen Sinn der Ausnahmebestimmung folgen, so müßte man auch den als Juden geltenden Mischling von der Kennzeichnung ausnehmen, da ja auch durch seine Kennzeichnung die Familie auseinandergerissen wird, was das aber niemals von dem Gesetz beabsichtigt ist, ist nicht anzuzweifeln, da am § 3 der Kennzeichnungsverordnung lediglich der jüdische Elternteil erwähnt wird.

Sofern daher auch nur ein Abkömmling vorhanden ist, der als Jude gilt, hat der jüdische Elternteil einer Mischehe das Judenkenzeichen zu tragen.

In Zukunft bitte ich Verstöße der vorliegenden Art ausschließlich der zuständigen Staatspolizeistelle zur Kenntnis zu bringen, damit diese mit staatspolizeilichen Maßnahmen dagegen einschreiten kann.

Im Auftrage:

gez. Suhr.

An den Herrn Regierungspräsidenten, z.Hd. von Herrn Reg.Rat Lehmann, Köln.

Beglaubigt:

Dieses Bz. den

8.6.

1967

Der Staatsarchivdirektor

im Auftrage:

Regierungsamtmann



2792



Der Reichsminister des Innern
 Pol.- S IV B 4 b Nr. 940/41-6

Berlin, den 15. September 1941.

2. Wied.

S c h n e l l b r i e f !

20/9

Vertraulich! Sofort! Fristsache!
Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An

Sammelanschrift - je gesondert -

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die
 Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien,
- 3) die
 Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag,
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen
 - außer Preußen -
- 5) die preußischen Regierungspräsidenten (einschließ-
 lich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der
 Polizeipräsident),
- 6) den
 Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

- 1) an den
 Beauftragten für den Vierjahresplan.
 z. Hd. von Herrn Ministerialrat v. N o r m a n n ,
B e r l i n ,
- 2) die Abteilung I
 des Reichsministers des Innern,
 z. Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L ö s e n e r ,
B e r l i n ,

Beglaubigt:

8. 6. 1967



Archivdirektor
 In Auftrage:

Achim

Regierungsamt

2793



- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Reiser,
Berlin,
- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Schwartz,
Berlin,
- 5) das Auswärtige Amt,
z.Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher,
Berlin,
- 6) den Herrn Reichspostminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Möller,
Berlin,
- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. v. Coelln,
Berlin,
- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,
Berlin,
- 9) den Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Taubert,
Berlin,
- 10) die Partei-Kanzlei,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Reischauer,
München 33
Führerbau,
- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z.Hd. von H-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer,
Prag XIX.,
Unter den Kastanien 19,
- 12) den Chef der Ordnungspolizei,
z.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Bader,
Berlin,

Beglaubigt:



7677



- 13) die Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes,
- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,
M ü n c h e n ,
- 15) die Preußischen Oberpräsidenten,
- 16) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
B e r l i n ,
- 17) die Reichsverteidigungskommissare,
- 18) die Höheren ~~H~~- und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare)
- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die Grenzinspektoren I bis III,
- 23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in M a r b u r g ,
- 24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in V e l d e s ,
- 25) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 27) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.



2795



Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Anlagen: je 2 (Muster A, B).

In Durchführung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547) gebe ich - soweit hierbei die Benutzung von Verkehrsmitteln geregelt wird, im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und Reichsminister der Luftfahrt - folgende Richtlinien bekannt:

I. Kennzeichnung der Juden:

a) Tragweise und Verteilung:

Die Kennzeichen sind von den Juden auf der linken Brustseite etwa in Herzhöhe jederzeit sichtbar und festgenäht in der Öffentlichkeit zu tragen. Unter den Begriff der Öffentlichkeit fallen nicht nur jedermann zugängliche, sondern auch private Luftschutzräume, worauf Bedacht zu nehmen ist, da sich bisher gerade in diesen Räumen sehr viele Schwierigkeiten zufolge Nichtkennzeichnung der Juden ergeben haben.

Die Juden sind anzuhalten, ihre Kennzeichen stets sorgsam und pfleglich zu behandeln sowie in sauberem Zustand zu tragen.

Die Verteilung der Kennzeichen an die Juden erfolgt über die Zentralstellen für jüdische Auswanderung Berlin, Wien und Prag unter Einschaltung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Jüdischen Kultusgemeinden Wien und Prag.

Beglaubigt:

b) Verstöße:

Düsseldorf, den 8.6.1963
Der Staatsarchivdirektor
Auftrag:

Vorsätzliche Verstöße gegen die Verordnung oder



2796



58

die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen wie diese sind grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden. Bei Verstößen von Juden, die infolge ihrer Jugendlichkeit noch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, macht sich der jüdische Erziehungsberechtigte nach § 4 der Verordnung zur Ergänzung des Jugendstrafrechtes vom 4.10.1940 (RGBl. I, S. 1336) in ihrem Gültigkeitsbereich strafbar.

Wie es von seiten der Parteikanzlei in dem Bereich der NSDAP geschehen wird, ist auch von den dortigen Dienststellen auf dem staatlichen Sektor alles zu tun, um eigenmächtige und ungesetzliche Ausschreitungen gegen die nunmehr gekennzeichneten Juden zu verhindern. Gegen Verstöße dieser Art ist unnachsichtlich einzuschreiten.

II. Beschränkung bezüglich Verlassen der Wohngemeinden und Benutzen der Verkehrsmittel (§ 2 der Verordnung).

Zuständigkeit:

In eigenen Angelegenheiten können die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei mittels einer Bescheinigung das Verlassen der Wohngemeinde usw. erlauben. Hierunter fallen auch Erlaubniserteilungen für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden) aus dienstlichen Gründen die Wohngemeinde verlassen müssen. Im Bereiche der Reichshauptstadt Berlin ist für die Genehmigung derartiger Dienstreisen der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Zentralstelle für jüdische Auswanderung Berlin) zuständig.

An Stelle der Ortspolizeibehörden nimmt nach § 2 der Verordnung für das Gebiet des Reichsgaues Wien die

Beglaubigt:



8.6.1967
An Stelle der Ortspolizeibehörden nimmt nach § 2 der Verordnung für das Gebiet des Reichsgaues Wien die
Verwaltungsdirektor
Auftrag:
Verwaltungsamt

2797



Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien die Aufgabe in Beziehung auf die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln wahr.

In allen anderen Fällen ist für die Ausstellung der schriftlichen Erlaubnis örtlich zuständig die Ortspolizeibehörde, in der n Bezirk der Gesuchsteller seinen Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung erteilt die Erlaubnis die staatliche Polizeibehörde.

a.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde

Erlaubnisbescheinigungen dürfen nur an Juden ausgestellt werden, die eines der nachstehend bezeichneten Ausweispapiere vorlegen, u.zw.:

Deutsche Staatsangehörige einen Reisepaß, einen Kinder ausweis, eine Kennkarte oder einen amtlichen Lichtbildausweis.

Bewohner des Bezirkes Bialystok einen Paß oder einen amtlichen Lichtbildausweis

Nichtreichsangehörige Personen einen Paß oder einen nach den allgemeinen deutschen Paßvorschriften gültige Paße etc.

Erlaubniserteilungen kommen nur bei dem Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit des Verlassens der Wohngemeinde in Betracht, worunter u.a. regelmäßig fallen werden:

Arbeitsersatz, der durch eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Arbeitsamtes nachgewiesen ist,

Behördliche Vorladungen oder Mandatmen, die ein Verlassen der Wohngemeinde notwendig machen, was gleichfalls von

Beglaubigt:

8.6

1967



2798



seiten der Juden durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung bei der ausstellenden Behörde oder Dienststelle unter Beweis zu stellen ist,

notwendige Dienstreisen von Angehörigen der amtlich anerkannten jüdischen Organisationen,

wirtschaftliche Gründe, soweit eine Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer oder einer sonstigen amtlichen Dienststelle vorgelegt wird,

sonstige persönliche oder familiäre Gründe, wie eigene schwere Krankheit oder eines nahen Verwandten bzw. dessen Tod, worüber in jedem einzelnen Falle eine amtliche Bescheinigung (z.B. des Arztes) beizubringen ist.

b.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde:

Die ausstellende Dienststelle hat in jedem Falle darüber zu entscheiden, welches oder welche Verkehrsmittel der Jude benutzen darf, und dies in der Erlaubnisbescheinigung zu vermerken. Hierbei ist die Auswahl so zu treffen, daß die verkehrstechnischen Belange weitgehendst berücksichtigt werden.

Dementsprechend kommt die Benutzung von Droschken und Mietwagen (§ 39 Absatz 1 bis 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3. 1935 - RGBl. I, S. 473), von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen sowie von Flugzeugen in der Regel überhaupt nicht und deswegen nur bei unabweisbarer Notwendigkeit in Betracht. So sind für die Inanspruchnahme von Droschken und Mietwagen (ausschliesslich der Mietomnibusse und -lastwagen) regelmässig nur Ärzte, Hebammen, Schwer-



2799



körperbehinderte, insbesondere Kriegsbeschädigte (Beinamputierte, Gelähmte u.s.w.), Schwerkranke und Begleiter von erkrankten oder körperbehinderten deutschblütigen Familienangehörigen zuzulassen.

Beförderung von Juden mit Mietomnibussen und -lastwagen ist in der Regel nur beim geschlossenen Arbeitseinsatz von Juden u.dgl. zulässig, wobei ein Sammelantrag von Seiten des Arbeitgebers der Juden bei der ausstellenden Behörde zu stellen ist.

Die Benutzung von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen ist gleichfalls auf das aller- notwendigste Maß zu beschränken.

Ebenso ist der Luftverkehr den Juden grundsätzlich verschlossen. Lediglich in ganz besonders zwingenden Ausnahmefällen kann hiervon eine Ausnahme gemacht werden, wobei es selbst beim Vorliegen einer polizeilichen Zulassung des Juden zum Luftverkehr der Lufthansa entsprechend der bisherigen Regelung noch überlassen bleibt, den Juden aus verkehrstechnischen Gründen auszuschließen. Soll diese Möglichkeit des Ausschlusses von Seiten der Lufthansa nicht gegeben sein, so ist diese hiervon rechtzeitig schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Von der Beförderung durch Ausflugswagen (§ 34 Absatz 2 aaO.) und Benutzung von Landkraftposten (§ 2 Absatz 5 aaO.) sind die gekennzeichneten Juden in vollem Umfang ausgeschlossen.

Falls überhaupt eine Zulassung zu Verkehrsmitteln notwendig ist, sind daher die Juden in der Regel auf die Benutzung der Eisenbahnen, Straßenbahnen (Abschnitt II, Ziffer 7 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 6.12.1937 RGBl. I, S. 139) und auf die Beförderung im Linien-

Beglaubigt!



8. 6. 1967

Stadtschreibdirektor

Auftrag:

[Signature]

Regierungsamtman

2000



verkehr (Abschnitt II, Ziffer 2 aa0.) sowie im Überlandverkehr (§ 39, Absatz 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3.1935 - RGBI. I, S. 473) zu beschränken. Die Genehmigungsbehörde, die Deutsche Reichspost und die Deutsche Reichsbahn können auf diese Beförderung von Juden auf bestimmte Tage, Stunden, Strecken oder in anderer Weise beschränken.

Erlaubnisbescheinigungen:

Die Bescheinigungen sind nach anliegendem Muster A gebührenfrei auszustellen. Im Falle der Sammelbeförderung von Juden ist eine Sammelbescheinigung in entsprechender Weise auszuhändigen. Die Beschaffung ist örtlich zu regeln, wobei es überlassen bleibt, ob die Herstellung je nach Bedarf im Vervielfältigungsverfahren oder durch Druck zu erfolgen hat.

Die Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln ist in der Regel nur für den einzelnen Fall unter genauer Festlegung der Zeitdauer und des örtlichen Bereiches zu erteilen. Sie kann in besonders gelagerten Fällen für einen längeren Zeitraum bis zu einer Geltungsdauer von höchstens drei Monaten und einen bestimmten Verkehrsbereich auch zum mehrmaligen Verlassen der Wohngemeinde oder zur wiederholten Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln erteilt werden, wenn die unabwiesbare Notwendigkeit hierfür nachgewiesen wird. Die Verlängerung ist unzulässig; erforderlichenfalls ist eine neue Bescheinigung auszustellen. Die Bescheinigung ist mit Orts- und Tagesangabe, dem Dienststempel und der Unterschrift des ausfertigenden Beamten zu versehen.

Beglaubigt:



2001



- 10 -

Die Bescheinigung ist bei Ungültigkeit infolge Fristablaufes oder nach Abschluss der Reise außerhalb der Wohngemeinde von dem Juden bei den ausstellenden Behörden abzugeben.

Über die ausgestellten Bescheinigungen sind von den ausstellenden Behörden besondere Listen zu führen.

Die von dem Antragsteller für den Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit zum Verlassen der Wohngemeinde usw. vorgelegten Bescheinigungen sind zu den Akten zu nehmen, es sei denn, daß eine Rückgabe an den Juden im Einzelfall unbedingt erforderlich ist, worüber ein kurzer Vermerk zu den Akten - möglichst unter Beifügung von Abschriften der vorgelegten Bescheinigungen - aufzunehmen ist..

Regelung für die Beförderung durch Verkehrsmittel und die Benutzung ihrer Einrichtungen.

Die unter die Bestimmungen der Verordnung fallenden Juden haben beim Antritt der Fahrt oder beim Lösen und bei der Prüfung der Fahrausweise die polizeiliche Erlaubnis zusammen mit einem amtlichen Lichtbildausweis unaufgefordert vorzuzeigen.

Der Verkehrsträger oder -unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit bei Antritt der Reise oder beim Lösen des Fahrausweises durch Aufschrift oder Stempelaufdruck auf die polizeiliche Erlaubnisbescheinigung die Inanspruchnahme des Verkehrsmittels kenntlich gemacht wird, damit eine mißbräuchliche Benutzung ausgeschlossen ist

Juden dürfen Verkehrsmittel, von denen sie durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden ausgeschlossen werden, nicht benutzen; sie müssen in den Verkehrsmitteln bestimmte Plätze einnehmen, wenn ihnen solche angewiesen werden.

Beglaubigt:

Düsseldorf, den 8. C. 1936

Der Staatsarchivdirektor,
Im Auftrage:

Regierungsamtmann



2002



Juden dürfen unbeschadet weitergehender Einschränkungen Warteräume, Wirtschaften und sonstige Einrichtungen innerhalb der Verkehrsbetriebe nur insoweit benutzen, als sie das Verkehrsmittel selbst in Anspruch nehmen dürfen.

c.) Ortspolizeiliche Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde:

Allgemeines:

Um zu verhindern, daß Juden aus eigennütigen Beweggründen und mißbräuchlich innerhalb ihrer Wohngemeinden bestimmte Verkehrsmittel benutzen, die in erster Linie der deutschen Bevölkerung vorbehalten bleiben müssen, kommen auch hier im wesentlichen die obigen Einschränkungen und Richtlinien für das Verlassen der Wohngemeinde und die Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde in Betracht.

Zuständig für die Erteilung dieser Erlaubnis zur Benutzung von bestimmten Verkehrsmitteln sind hier stets die Ortspolizeibehörden.

Innerhalb der Wohngemeinde kommt für die ortspolizeiliche Erlaubnis lediglich die Benutzung von Droschken und Mietwagen (einschliesslich der dazugehörigen Mietomnibusse und -lastwagen) sowie von Fahrzeugen auf Binnenwasserstrassen in Frage. Hierbei ist selbstverständlich ein strenger Maßstab anzulegen.

Die Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde sind nach anliegendem Muster B gebührenfrei auszustellen.

Beglaubigt:

Düsseldorf, den 8. 6. 1967
Der Staatsarchivdirektor
Im Auftrage:
Regierungsamtmann

2-03



III. Staatsangehörigkeit:

Bis zu einer anderweitigen Regelung unterliegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit einstweilen nicht den Bestimmungen der Verordnung, mit Ausnahme der Juden, die in den Gebieten Eupen-Malmedy und Moeresnet die belgische Staatsangehörigkeit und in dem der Provinz Ostpreußen eingegliederten Bezirk Bialystok die sowjetrussische Staatsangehörigkeit besitzen.

IV. Vorbehalt weiterer Regelungen:

Der Erlass weiterer Anordnungen bleibt vorbehalten. Mit Rücksicht hierauf ist von weitergehenden Maßnahmen als den bisher getroffenen abzusehen.

Nähere Regelungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln werden durch den Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und den Reichsminister der Luftfahrt getroffen.

Für das Protektorat Böhmen und Mähren bleibt eine gesonderte Regelung durch den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren vorbehalten.

Zusatz:

- a.) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen - außer Preußen - ,
- b.) für die preußischen Regierungspräsidenten (einschliesslich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der Pol.Präs.)
- c.) für den Reichskommissar für die Westmark,

- je einzeln -

Ich ersuche um sofortige Bekanntgabe dieser Richtlinien an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

Beglaubigt:

Präsidenten, den

8. 6.

1967

Der Staatsarchivdirektor
im Auftrage:

Regierungsamtmann



70-2



d.) für den Reichsprotektor:

Für eine entsprechende Regelung im Protektorat Böhmen und Mähren bitte ich Sorge zu tragen. Um Übersendung der dortigen Erlasse auf diesem Gebiete wird gebeten.

e.) für die Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes je einzeln:

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 1.9.1941 - Pol. S II A 2 Nr.399/41 - 151 - bitte ich für eine entsprechende Regelung Sorge zu tragen. Um Übersendung von Abschriften hiervon wird gebeten.

f.) für die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Straßburg und Metz,

für die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD in Marburg und Veldes sowie

für das Einsatzkommando in Luxemburg je einzeln:

Dieser Erlaß gilt nicht für den dortigen Bereich. Wie ich bereits mitteilte, wurde der dortige Chef der Zivilverwaltung von hier aus ersucht, eine entsprechende Kennzeichnungsverordnung zu erlassen.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h.



Beglaubigt:
Heydrich
Kanzleiangeordnete.



Beglaubigt:

8. 6. 1967

Der Staatsarchivdirektor
Im Auftrage:

Alte
Regierungsamt

2-05



.....
Dienststelle

....., den
Ort

B.Nr.

Polizeiliche Erlaubnis.

Dem Juden - Der Jüdin
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen)

.....
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am in

wohnhaft in
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)

....., wird hier-
(Staatsangehörigkeit) (amtl. Lichtbildausweis)

mit die polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen,maligen,
wiederholten Verlassen seiner - ihrer Wohngemeinde

..... über nach

- und zurück - am vom bis
(Datum) (Zeitangabe)

erteilt.

Diese Erlaubnis berechtigt zur Benutzung von
(Verkehrsmittel)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel
-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden
ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Beglaubigt:



8.6.

Dienststempel

Der Staatsarchivdirektor
im Auftrage:

Regierungsamt

Nicht zu treffendes durchstreichen.

.....
(Unterschrift)

2-05



.....
Dienststelle

....., den
Ort

Nr.

Polizeiliche Erlaubnis.

(Nur gültig innerhalb von
(Wohngemeinde)

Dem Juden - Der Jüdin
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen)

.....
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am in

wohnhaft in
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)

....., wird hiermit
(Staatsangehörigkeit) (amtl. Lichtbildausweis)

die polizeiliche Erlaubnis zur einmaligenmaligen
wiederholten Benutzung von innerhalb
(Verkehrsmittel)

seiner - ihrer Wohngemeinde nach

..... - und zurück -
(Stadtteil, Straße, Platz Nr.)

am vom bis erteilt.
(Datum) (Zeitangabe)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel
-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden
ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Beglaubigt:

Dienststempel

.....
(Unterschrift)



Düsseldorf, den 8. 6. 1967
Der Archivdirektor

[Handwritten signature]

Nichtzutreffendes durchstreichen
Regierungsamt 7.

207



2033

Akten

2033

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

H. W. W. W.
(Familienname)

Dieter-Wilhelm
(Vorname)

30.11.50
(Geburtsdatum)

Köln
(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo

Blattzahl: 1-32.

Ausgegeben:

Nr. 2033.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr 2033*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Handwritten header or address line, possibly "Herrn..."

9

Gesamf. des
Herrn...
Herrn...
Herrn...
Fam. Nr. 17

Herrn...
Herrn...
Herrn...
Herrn...
Herrn...

Am 9. Nov. 1880 wurde ich
von der kgl. Staatspolizei
aufgefordert mir den
Herrn...
mit der Kennkarte zu
zeigen, welche mir am
4. August 1880 unter
Nr. A 05890 eingereicht
wurde.

Am 30. Nov. 1880 zu Hirschberg
geboren bin ich vaterlicher-
seits bis zu meinem
Vergewaltigen, mütterlicher-
seits bis zu meinem
Mutter...
Im meinem fünften Lebens-
jahr starb meine Mutter,
welche evangelisch war.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 9

Nur für Studienzwecke

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Im bekanntesten meiner
Tage sehr oft häufig vorkommt.
Am 1. 1937 als festgestellt
wurde, dass die Heilungsfähigkeit
begründet ist und auf dem
Jahre 1935 und 1936
Hintergrund.

Am 17. Oktober 1938 erklärte
ich meine Ansicht aus
dem Judentum.

Meine Auffassung bei der
jüdischen Gemeinde war,
dass ich in der jüd. Gemeinde
bisher nie gefügt
wurde (letzt Anfang).

Wie kommt diese Erklärung
der Synagogengemeinde,
sowie meiner sonstigen
Unterlagen, stellt ich keine
Unterschiede in Düsseldorf
im Jahre 1941 einen Antrag
auf Richtigstellung.

Das Untergewicht stellte
mir Bedenken, weil es
als Gleiches.

In der Erklärung der

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 10

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

77
Der gegenwärtige Name
verändert, daß mein Name
Name ursprünglich im Jahre
1924 in der jüdischen Steuer-
liste erscheint.

Die Vermögensgegenstände meines
Vaters habe ich im Jahre 1934
in der Steuer selbst einget.
für mich so kann es daß
mein Name nicht als
bekannt der jüdischen
Steuerliste bekannt gegeben
wurde.

Am 1. März 1901 heiratete ich
meine Frau Sophie geb. Kriegl
ist eine angesehene Abstammung.
Wir haben sechs Kinder in
Gesamtheit von 19. 41 Jahren, wofür
alle Kinder nach der Geburt
getauft wurden.

Meine Tochter von mir ist
als Krankenwärterin tätig.
Mein Sohn ist seit Kriegs-
beginn Hilfsarbeiter des
Marschallstabes und ist
im Besitz der Ehrenmedaille.
Mein Sohn von mir der
bestmögliche.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 11

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

72
72
Ich bin gelernter Feinmaler,
war aber seit dem Jahre
1920 selbstständig.
Ich bemerke wohl, daß ich
bisher nicht verbrochen bin.
Mit Rücksicht auf meine
Kinder und Enkelkinder
bitte ich um wohlwollende
Prüfung meines Gesuches,
mir der Klasse wohl als
Hilfeling z. Grades zu er-
klären und mich von der
Einführung des Kurses
beurlauben zu lassen.

Hochachtungsvoll
Theodor Isak Hennig

Düsseldorf
den 12. Nov. 1942

bevor:
mir beilegen

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 12

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Stapoleitstelle

Düsseldorf, den 12.1943.

II B 4/ 09/43/Hennig.

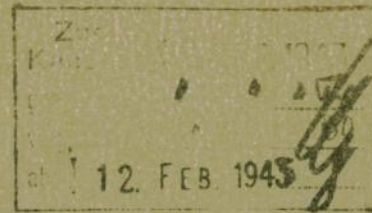
1.) Eintragen im Tagebuch.

2.) An das

Reichssicherheitshauptamt

- Referat IV B 4 -

in x B e r l i n .



Betrifft: Theodor Israel H e n n i g, geb. am 30.11.1880 in Düsseldorf, wohnhaft Düsseldorf, Jahnstr.17.

Vorgang: Ohne Erlass.

Berichterstatter: Polizeirat Friedrich.

Sachbearbeiter: Kriminaloberassistent Pütz.

Anlagen: 2 Hefte.

Als Anlage überreiche ich ein Gesuch des Hennig, gerichtet an den Herrn Reichsminister des Innern über den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, um Einordnung als Mischling 1. Grades. Das Gesuch wurde mir vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf zugeleitet.

Hennig ist rassenmäßig Mischling 1. Grades und seit dem Jahre 1901 mit einer deutschblütigen Frau verheiratet. Aus der Ehe sind 6 Kinder hervorgegangen. Obwohl Hennig heute behauptet, glaubenslos zu sein, wird er in seiner Heiratsurkunde als "israelitisch" bezeichnet. Auch hat er seit dem Jahre 1934 Kultussteuern bei der hiesigen Kultusvereinigung gezahlt. Die Veranlagung hierzu erfolgte, weil er sich selbst bis zum Jahre 1938 als israelitisch bezeichnet hat. Am 17.10.1938 erklärte er beim hiesigen Amtsgericht seinen Austritt aus dem Judentum, seit dem 4.8.1939 ist er ^{aber} im Besitze einer jüdischen Kennkarte. Im Jahre 1941 stellte Hennig beim Amtsgericht einen Antrag auf Berichtigung seiner Heiratsurkunde. Diesem Antrag hat das Amtsgericht durch Beschluss vom 3.7.1941 - 33 III 125/41 - stattgegeben. Hierbei wurde die Feststellung getroffen, daß Hennig z.Zt. seiner Heirat nicht israelitisch, sondern glaubenslos war ^(s. Aufg. 11. 5)

Auf Grund des ^{in der} ~~ganzen~~ Sachverhalts ^{gemäß H} ~~habe ich~~ am 16.10.1942 ^{in der} ~~die~~ Feststellung getroffen, daß Hennig gemäß § 5 Abs. 2 a der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 (RGBl. I S. 1333) als Jude zu gelten hat und er die für Juden erlassenen Bestimmungen, soweit sie für ihn als in privilegierter Mischehe lebend zutreffen, beachten muß. Hierauf hat Hennig das oben erwähnte ^{erforderliche} ~~Gesuch~~ ^{gehört}, über welches ich zu entscheiden bitte. Der dem Bericht als Anlage beigefügte Vorgang des Polizeipräsidenten in Düsseldorf wird zurückerbeten.

3.) Wvorl. 1.4.43.

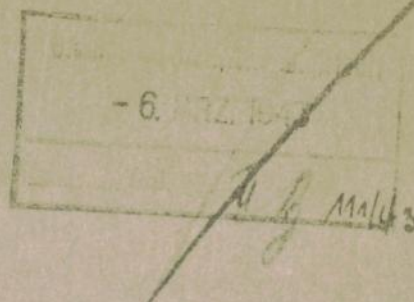
Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: *Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 77*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Bitte in der Antwort nachstehendes Gefährlichkeits- und Namens-
untergeordnet

An die
Staatspolizeileitstelle
in Düsseldorf.



Betrifft: Den Juden Theodor Israel H e n n i g,
geb. am 30.11.1880 in Düsseldorf, wohnhaft
in Düsseldorf, Jahnstr. 17.

Bezug: Bericht vom 10.2.43 - II B 4/69/43/Hennig.

Anlagen: 2 Hefte.

verbinden

Als Anlage sende ich die mit dem vorstehend ge-
nannten Bericht übermittelten Vorgänge nach Kenntnis-
nahme zurück.

Für die rassische Einordnung eines Mischlings
1. Grades ist unter anderem sein Religionsbekenntnis
beim Erlass des Reichsbürgergesetzes massgeblich.

Im vorliegenden Falle hat sich H e n n i g
selbst noch bis zum Jahre 1938 zum jüdischen Glauben
bekannt. Erst am 17.10.1938 erklärte er formell seinen
Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft. Daß
er vor 1934 in den jüdischen Gemeindelisten nicht ge-
führt wurde, ist dabei unerheblich, zumal das Unterlas-
sen der Eintragung erfahrungsgemäss auf die zum Teil
mangelhafte Führung der Matrikel zurückzuführen ist.
Auch die Tatsache, daß er seit seinem 5. Lebensjahr,
nachdem sein deutschblütiger Vater verstorben war, von
seiner jüdischen Mutter betreut wurde, spricht ohne
weiteres für seine Erziehung im jüdischen Sinne. Dies-

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 18

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

ergibt sich auch aus seinem Bekenntnis zur jüdischen Religionsgemeinschaft anlässlich seiner Eheschließung im Jahre 1901, wie dies auch ursprünglich in seiner Heiratsurkunde vermerkt war.

Es besteht somit kein Zweifel darüber, daß H e n n i g als Jude im Sinne des § 5 Abs. 2a der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 (RGBl. I S.1333) gilt. Er muß daher als solcher behandelt werden. H e n n i g war sich hierüber zweifellos auch im Klaren. Lediglich die formelle Unterlassung seiner Eintragung in die jüdischen Matrikel hat er auszunützen versucht, um die Behörden zu täuschen.

Um weiteren Machenschaften ähnlicher Art vorzubeugen, halte ich daher seine Inschutzhaftnahme unter Einweisung in das Konzentrationslager Auschwitz für angebracht. Den Schutzhaftantrag bitte ich, unmittelbar dem Referat IV C 2 vorzulegen.

Im Auftrage :

gez.: G ü n t h e r



Beglaubigt :

Sepp

Verordnungsangelegte

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 18 (R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Stellungnahme zum Schutzhaftantrag von jüdischen Abstamm. genommen.

Hennig ist politisch und kriminell bisher nicht hervorgetreten.

===

2.) An das

Reichssicherheitshauptamt

- Ref. IV F 4 -

Zur	71.1532.1343
Kenntnis	169
geschrieben	
vergliehen	Bohly
ab - 1. April 1943	

in B e r l i n.

Betrifft: Den Julien Theodor Israel H e n n i g, geb. am 30.11. 1880 in Düsseldorf, wohnhaft in Düsseldorf, Jahnstr. 17.

Vorgang: Erlass vom 1.3.1943 - IV B 4 a - 179/43 - .

Berichterstatte: Pol. Rat Friedrich.

Sachbearbeiter: Staffel-Hauptscharführer Pütz.

Anlagen: ./.

Der als Jude geltende Mischling 1. Grades Hennig wurde am 24.3.1943, gemäß obigem Erlass, in Schutzhaft genommen. Von der Stellung eines Schutzhaftantrages wurde bisher aus folgenden Gründen abgesehen:

Die Ehefrau des Hennig ist deutschblütig. Aus der Ehe sind 6 Kinder hervorgegangen, die somit rassemässig Mischlinge 2. Grades sind. Der jüngste Sohn ist seit Ausbruch des Krieges Soldat und Inhaber der Ostmedaille. Wegen einer Verwundung befindet er sich z. Zt. in Frankreich. Eine Tochter ist Krankenschwester und seit 15 Jahren bei den Städtischen Krankenanstalten in Düsseldorf tätig. Eine weitere Tochter ist Geschäftsführerin und seit 20 Jahren bei ^{der gleichen} Firma beschäftigt. Ein Sohn arbeitet im väterlichen Betrieb und zwei Töchter sind mit deutschblütigen Männern verheiratet. Sie sind sämtlich evangelisch und gut beleumdet.

Hennig ist als Feinmechaniker stets produktiv tätig gewesen. Die typischen Merkmale der jüdischen Rasse treten bei ihm nicht hervor. Hennig gibt an, daß er über seine Zugehörigkeit zum Judentum stets selbst im Zweifel gewesen sei. Aus diesem Grunde habe er nach Ausstellung der jüdischen Kennkarte seine Anerkennung als Mischling 1. Grades angestrebt.

Unter Bezugnahme auf den vertraulichen Rundbrief des R. d. I. vom 12.10.1942 - Ia. 30 VIII/42 - 5017 - Absatz 1 e, habe ich vorerst von der Stellung eines Antrages auf Schutzhaft und Einweisung in ein Konzentrationslager Abstand genommen. Ich beachte Hennig.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: *Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 21*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Ge. 25. 3.

4

2. 4. 43
H

Stapoleitstelle Düsseldorf Düsseldorf, den 5 April 1943.

II B 4/Tgb.Nr.111/43/Hennig.

1.) Vermerk: Der Sohn des H. sprach heute erneut hier vor, und bat um Mitteilung über die Entlassung seines Vaters aus der Schutzhaft. Wie den Angehörigen am 30.3.43 bei Vorsprache beim RSHA -Schutzhaftreferat - mitgeteilt wurde, soll Hennig entlassen werden. Bis heute ist jedoch Anweisung von Ref.IV C 2 - hier nicht eingegangen. R.R. Weigand gab bei Rücksprache Anweisung, durch dringendes Fernschreiben Anweisung einzuholen.

2.) Fernschreiben. Dringend.

An das

R S H A - Ref. IV B 4 a -
in B e r l i n .

Betrifft: Den Juden Theodor Israel Hennig, geb. am 30.11.1880 in Düsseldorf.

Vorgang: Erl. vom 1.3.43 - IV B 4 a -179/43.

Die Angehörigen des Obengenannten haben hier angegeben, dass die es sei ihnen bei der dortigen Stelle - 44-Hauptst.Münch- erklärt worden, daß Hennig aus der Schutzhaft entlassen und die hiesige Dienststelle entsprechend angewiesen würde. Da der Sohn bis zur Entlassung seines Vaters Nachurlaub von seinem Truppenteil erhalten, bitte ich um Weisung, ob H. aus der Schutzhaft zu entlassen ist.

3.) Wvorl sofort.

I.V.

A

J

FS-Nr.	3356
Befördert	5 April 1943
durch	<i>[Signature]</i>

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 21(R)*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

22-21

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel				Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit					Tag	Monat	Jahr	Zeit
7. April	1943			Staatspolizeileitstelle Düsseldorf							
durch				- 7. APR. 1943				an			
nr. 3.433				Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch				Derzögerungsvermerk			

+ BERLIN NUE 63 606 7.4.43 14,28 =NU=
 AN DIE STAATSPOLIZEILEITSTELLE DUESSELDORF. ===
 BETRIFFT: INSCHUTZHAFTNAHME DES JUDEN THEODOR ISRAEL
 H E N N I G , GEB. AM 30.11.1880 IN DUESSELDORF.
 BEZUG: DORT. BERICHT VOM 10.2.43 - II B 4 / 69/43 - HEN
 U. MEIN ERL. VOM 1.3.43 - IV B 4 KLEIN A - 179/43
 AM 31.3.43 HABEN HIER UNAUFGEFORDERT EIN SOHN UND EINE
 TOCHTER DES GELTUNGSJÜDEN H E N N I G VORGESPROCHEN UND
 ERKLAERT, DASS SICH IHR VATER ANGEBLICH LEDIGLICH AUS EINEM
 IRRTUM, WEIL ER SICH UEBER SEINE RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT
 NICHT IM KLAREN WAR, VON 1934- 1938 ALS ISRAELITISCH
 BEZEICHNET HABE. - WENN AUCH DIESEN ANGABEN WENIG GLAUBE
 SCHENKEN IST, SO KANN DOCH MIT RUECKSICHT DARAUF, DASS EIN
 SOHN VON IHM Z. ZT. IN DER WEHRMACHT DIENST UND EINE TOCHTER
 ALS KRANKENSCHWESTER TÄTIG IST, VON SEINER WEITEREN
 INSCHUTZHAFTHALTUNG AUSNAHMSWEISE ABGESEHEN WERDEN. - 12

nrftand

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 22

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art
mit ausdrücklicher Genehmigung
des Hauptstaatsarchivs.

BITTE DAHER, H E N N I G ZU ENTLASSEN UND IHM ZU ERÖFFNEN,
DASS ER VOM SICHERHEITSPOLIZEILICHEN STANDPUNKT BIS ZUM
ERWEIS DES GEGENTEILS (GNADENAKT ODER ABSTAMMUNGSBESCHEID DES
REICHSSIPPENAMTES) ALS JUDE BEHANDELT WERDEN MUSS UND SOMIT
DEN FÜR JUDEN GEGEBENEN GESETZLICHEN BESTIMMUNGEN UNTERLIEGT.
- DIESE ENTSCHEIDUNG IST AUCH SEINEN KINDERN HIER MITGETEILT
WORDEN. =

RSHA - IV B 4 KLEIN A - 179/43 -

I.A. GEZ. GUENTHER ~~SS~~-STURMBANNFUEHRER +

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-MK Nr 2033, Bl. 22(R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art
mit ausdrücklicher Genehmigung
Hauptstaatsarchiv.

23.25

II B 3/Hennig, Theodor I.

Düsseldorf, den 9 April 1943

- 1.) Vermerk: Hennig wurde heute aus der Schutzhaft entlassen. Ihm wurde eröffnet, daß er bis zum Eingang eines Gnadenaktes als Jude zu gelten habe. Nach Rücksprache mit dem L.II B wurde ihm gestattet, in seinem Betriebe weiterzuarbeiten, jedoch unter Wahrung äußerster Zurückhaltung. Er wurde darauf hingewiesen, daß er als Vorgesetzter keinesfall in Erscheinung treten dürfe.

Dem Gefreiten Theodor Hennig wurden auf seinen Wunsch die seinem Gesuch an das Reichministerium des Inneren beiliegenden Originalurkunden wieder ausgehändigt.

- 2.) II D zur Kenntnis. *Ch* ===
3.) II F 1 siehe Pers.bogen. *Ch* ===

4.) Wvorl.am 1.8.1943

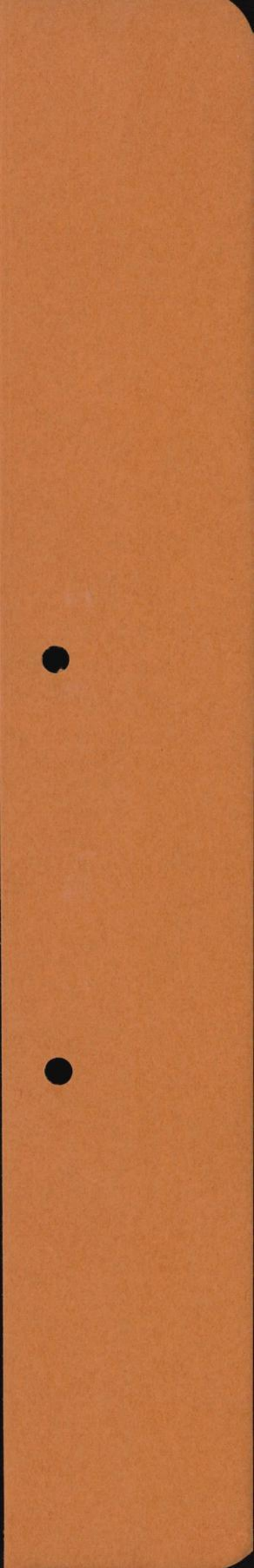
h
Ge. 9.4.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr 2033, Bl. 23

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.



Julius
9.8.85
Akten

der *4674*

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle Düsseldorf

über

Obermeyer

(Familienname)

Julius Israel

(Vorname)

9.8.85

(Geburtsdatum)

Eisbergen

(Geburtsort)

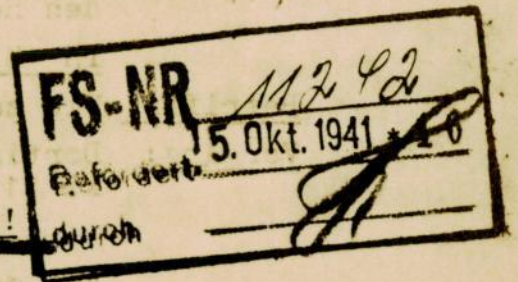
Anfang: *31.3.1939*

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapoakte Nr 4674

Staatspolizeileitstelle
II B 3/68.50/Obermeyer.

Düsseldorf, den 14. Okt. 1941.



1.) Fernschreiben:

Dringend sofort vorlegen!

An

das Reichssicherheitshauptamt
- Referat IV B 4 -

z.Hd.v. 4-Stubaf. E i c h m a n n

in B e r l i n .

Betrifft: Den ausgebürgerten Juden Dr. Julius O b e r m e y -
e r , geb. am 9.8.1885 in Eisbergen.

Vorgang: Mein Bericht vom 20.9.1941 - Aktz. wie oben.

Der ausgebürgerte Jude Obermeyer wurde auf Grund der
+ Ausschreibung im Deutschen Fahndungsbuch am 25.5.1940 von der
Geheimen Feldpolizei in Venlo festgenommen und dem Grenzpoli-
zeikommissariat Kaldenkirchen überstellt. Er sitzt z.Zt. im
Polizeigefängnis in M.-Gladbach ein. Auf meine Anfragen vom:

29.5.1940	-	Akt.	wie oben	-
9.9.1940	-	"	"	-
8.10.1940	-	"	"	-
28.11.1940	-	"	"	-
23.1.1941	-	"	"	-
6.3.1941	-	"	"	-
5.5.1941	-	"	"	-
4.7.1941	-	"	"	-
20.9.1941	-	"	"	-

und

was mit O. geschehen soll, ist bisher keine Weisung ergangen.
Von der mit Bericht vom 6.3.1941 beabsichtigten Abschiebung
des O. über die Reichsgrenze habe ich im Hinblick auf die
in meinem Bericht vom 2.2.1939 - II B 3/68.50/153/39-Ober-
meyer - erwähnte staatsfeindliche Betätigung im Auslande,
insbesondere durch das von ihm in Holland herausgegebene
Buch "Der Anti-Nazi" noch abgesehen. Die Ehefrau des O. und
die aus der Ehe hervorgegangene 15 jährige Tochter sind noch
in Venlo wohnhaft. Wegen Überfüllung des Pol-Gefängnisses in
M.-Gladbach muß O. nach Düsseldorf übergeführt werden.

Ich bitte um Weisung, ob O. in das Ghetto Litz-
mannstadt evakuiert werden kann oder was sonst mit ihm ge-
schehen soll.

Stapo Düsseldorf-II B 3/68.50/Obermeyer- I.A.gez: Hunsche.

+

+

2.)

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapoakte Nr 4674

2.) An

den Herrn Polizeipräsidenten
in M.- G l a d b a c h.

Betrifft: Wie zu 1.)

Vorgang: Dortiges Schreiben vom 24.9. und 11.10.1941 -
P. 1133.



Auf meine wiederholten Anfragen beim Reichssicher-
heitshauptamt in Berlin was mit O. geschehen soll, habe
ich bisher keine Weisung erhalten. Mit heutiger FS-Anfrage
habe ich das Reichssicherheitshauptamt um Entscheidung ge-
beten, ob O. für die Evakuierung nach Litzmannstadt vorge-
sehen werden kann. ~~Da im Falle der Evakuierung nach Litzmannstadt~~
~~der Aufenthalt in der Reichshauptstadt Berlin nicht möglich ist~~
Bis zum Eingang des Ergebnisses,
das ich umgehend mitteilen werde, bitte ich, O. im dort-
igen Pol.-Gefängnis zu belassen.

3.) Z.d.P.A. Julius Obermeyer und Wvorl. am 22.10.1941.

I.A.

H/15/10

17/10

41 R

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

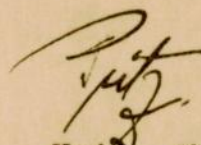
Gestapoakte Nr 4674

V e r m e r k :

Düsseldorf, den 28.11.41.

Gelegentlich der am 23.10.41 bei Reichssicherheitshauptamt in Berlin - Referat IV B 4 - stattgefundenen mündlichen Besprechung, betr. Evakuierung von Juden, wurde von ~~xix~~ dem Unterzeichneten in der Angelegenheit Julius Israel Obermeyer bei dem zuständigen Sachbearbeiter beim Referat IV B 4 persönlich Rückfrage gehalten. Der Sachbearbeiter erklärte, daß wohl das letzte Fernschreiben aus Düsseldorf vom 17.10.41 beim Referat IV B 4 eingegangen sei, von den in diesem FS. aufgeführten Schreiben sei jedoch nichts bekannt. Das letzte FS. sei von ihm auch bearbeitet worden, und zwar habe er den ganzen Vorgang Obermeyer zuständigkeitshalber an das Referat IV C 2 abgegeben, mit der Bitte, die Einweisung des Obermeyer in das Lager Maudhausen zu veranlassen.

In der Annahme, daß durch diese Bearbeitung des Falles Obermeyer die hiesige Stelle in den nächsten Tagen genaue Weisung erhalten werde, was mit dem Juden Obermeyer geschehen soll, wurde weitere Rückfrage beim Referat IV C 2 nicht gehalten.



Krim.-Oberassst.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Geispostkarte Nr 4674

- 1.) Auf Anordnung des Dienststellenleiters ist nochmals Nachfrage beim RSAH - z.Hd.Amtschef IV - 44 Gruppenführer Müller - zu halten.

2.)

S c h n e l l b r i e f !

An das

Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.Amtschef IV - 44 Gruppenführer M ü l l e r -

in B e r l i n .

Betrifft: Den ausgebürgerten Juden Dr. Julius Obermeyer,
geb. am 9.8.1885 in Eisbergen.

Vorgang: Mein FS- Bericht vom 15.10.41 - II B 3/68.50/
Obermeyer.

Auf meine, seit dem 29.5.40 insgesamt 10, ~~gehaltene~~
beim Ref. IV B 4 gehaltene Nachfragen, was mit dem seit dem
25.5.1940 im Pol. Gefängnis in München-Gladbach einsitzenden
Obermeyer geschehen soll, habe ich bisher keine Weisung er-
halten können.

Am 23.10.41 wurde dem, zu einer mündlichen Besprechung
in Berlin weilenden KOA. P ü t z der hiesigen Dienststelle,
beim ~~Ruf~~ ^{besprech.} Vorsprechen beim Ref. IV B 4 der Eingang
meines ^{dringenden} FS in obiger Angelegenheit bestätigt, der
Eingang meiner übrigen Nachfragen jedoch verneint. Das FS
sei im übrigen an das Referat IV C 2 mit der Bitte abge-
geben worden, die Einweisung des O. in das Lager Maudhausen
zu veranlassen.

In Anbetracht dessen, dass seit der Festsetzung ^{nahm} des
Obermeyer nunmehr über 1 1/2 Jahr verstrichen sind, bitte
ich erneut um Weisung, wohin O. zu verbr~~igen~~ ist.

3.) Wv. 30.1.42 1.2.42

A

13
24
28.1.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

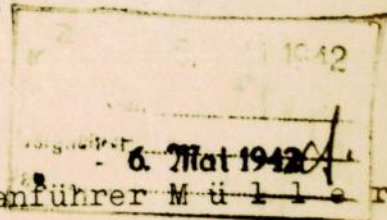
Gastpötte Nr 4674

1.) Der Jude Julius Israel O b e r m e y e r wurde am 22.4.42
mit dem Transport nach Izcica abgeschoben.

2.) An das

Reichssicherheitshauptamt

z.Hd. des Amtscehfs IV - 44-Gruppenführer M ü l l e r -
in B e r l i n .



Betrifft: Den ausgebürgerten Juden Julius Israel O b e r -
m e y e r , geb. am 9.8.1885 in Eisbergen.

Vorgang: Mein Bericht vom 23.1.1942 - Aktz. wie oben-.

Das dortige Einverständnis voraussetzend, habe ich
den Juden O b e r m e y e r am 22.4.1942 nach Izbica evakuiert.

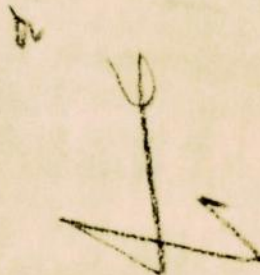
3.) II F 1: sh. Pers. Bogen.

Hauptkarte

8/5. 27

4.) Löschen der Wvorl. *nd zw*

5.) Z.d.P.A.



Handwritten signature and date 1.5.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Geslopoakte Nr 4674

Akten

5040

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aussendienststelle = Essen

über

Müller

(Familienname)

Ferning

(Vorname)

2. 11. 88.

(Geburtsdatum)

Essen

(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Blattzahl:

Ausgegeben:

Nr.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: *Gestapo-Akte Nr 50 46*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art r
mit ausdrücklicher Genehmigung d
Hauptstaatsarchivs.

Essen, den 8. Nov. 1947

An

die Staatspolizeistelle Düsseldorf
Ausgandienststelle Essen

Essen

Kortumstr. 46

Betr. Anzeige gegen die Buchhalterin Franziska Müller, wohnhaft zu Essen, Aldegrewerstr. Nr. 27, beschäftigt bei dem Rechtsanwalt Dr. Johannsen, Essen, Bismarckstr. Nr. 39.

Wie mir durch meine Tochter mitgeteilt wurde, und gleichfalls durch die bei dem vorstehend benannten Rechtsanwalt Dr. Johannsen tätige Else Biendara, wohnhaft zu Essen-Steele, Bochumerstr. Nr. 397, bestätigt wird, betätigt sich die Buchhalterin Franziska Müller fortgesetzt in einer staatsfeindlichen und staatsgefährdenden Form, die ein sofortiges Einschreiten des Staates erfordert.

Vorab möchte ich bemerken, dass Frl. Müller nach eigener Aussage 30 Jahre lang bei dem jüdischen Rechtsanwalt Dr. Heinesmann, Essen, in Stellung war und gleichfalls auch als eine fanatische Katholikin anzusehen ist.

Frl. Müller hat während der Bürostunden verschiedene Reden des Bischofs von Münster in je 8 facher Ausfertigung geschrieben und Frl. Biendara wie auch meine Tochter veranlasst, einen Teil der Reden mitzuschreiben. Als die Reden fertig waren, äusserte sich Frl. Müller dahingehend, dass sie die Reden einigen Bekannten geben wolle, damit die auch einmal sehen, was los sei.

Meiner Tochter gegenüber erklärte sie, dass die ganze Welt gegen uns sei infolge unserer Judenhetze. Im Zusammenhang hiermit erzählte sie ferner, warum man die Deutschen im Ausland verfolge und ermorde? Wir sollten uns darüber nicht aufregen, denn mit den Juden machten wir es nicht anders.

Frl. Müller trifft sich mit Juden. So erwähnte sie u.a., dass sie mit der Jüdin Frau Aschaffenburg im Lokal "Treppchen eine Zusammenkunft verabredet habe und ihr hierbei ein paar Strümpfe besorgte, wofür sie Punkte ihrer Kleiderkarte hergegeben habe. Nachdem Frau Aschaffenburg Selbstmord begangen hatte, erklärte sie: Was bin ich froh, dass ich ihr noch die Strümpfe gab, ich habe mir doch nun wirklich nichts vorzuresenken".

A's

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: *Ges. Hypo.-AKK Nr. 5046, Br. 6*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art
mit ausdrücklicher Genehmigung
Hauptstaatsarchivs.

Am Frh. Frau Heubach gelegentlich einer Auseinandersetzung die Bemerkung fallen lassen, dass man das Judenpack doch heraus-schmeissen sollte, erwiderte Frh. Müller: Da bist vernebelt, Juden sind oft besser als Christen ". Meiner Tochter gegenüber erwähnte sie in Anschluss hieran, dass man doch einmal sehen könne, wie die Jugend heute schon eingestellt sei, das lernten sie doch nur in der Hitlerjugend. Ferner erklärte die Müller: Wenn der Jude verdient, dann lässt er seinen Angestellten immer etwas zukommen, so anständig, wie ein jüdischer Chef seinen Angestellten gegenüber sei, könnte ein Christ nie sein".

Meiner Tochter gegenüber äusserte sie sich einmal: Ich sehe für die Zukunft sehr schwarz, denn das Unrecht, dass an den Juden begangen wird, rächt sich einmal furchtbar. Bei Telefonanrufen, die mehrfach erfolgten, bedauerte sie die Juden mit allen möglichen Redewendungen. Sie erzählte ferner, dass die Juden, die ausgewandert oder sich das Leben genommen hätten, es bestimmt richtig machten, denn dann brauchten sie das heute alle nicht mehr erleben. Gelgentlich eines Telefongesprächs am 7.11. sagte sie ferner: " Da kann ich wirklich nicht mit, da ist doch jegliches menschliche Empfinden ausgestorben, womit haben die armen Leute sich das nur verdient." Ferner äusserte sich Frh. Müller, dass sie nur anständige Juden kennengelernt habe und 30 Jahre lang bei einem Juden beschäftigt gewesen sei, sie hätte jetzt 2 arische Chefs gehabt, aber die reichten nicht im entferntesten an den jüdischen Rechtsanwalt Dr. Heinemann heran.

Meine Tochter ist selbst Zeuge gewesen, wie die Müller auf der Strasse einem mit dem Stern gekennzeichneten Juden auf der Strasse begrüßte und sich mit ihm unterhielt.

Da sich dieses staatsfeindliche Gebahren der Müller am fortgesetzten Band wiederholt und anzunehmen ist, dass sie aus bestimmten Gründen heraus die Verbindung mit Juden aufrecht erhält, habe ich es als meine Pflicht angesehen, der Geheimen Staatspolizei Meldung zu erstatten.

Heil Hitler !

Albert Friesewinkel,

Essen, Planckstrasse 29.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr. 5046, Bl. 6 (R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Erstversteherin
III.

ESSEN

12. 11.

die Büroangestellte Müller

Müller,

Fanny

Erstversteherin

bei Rechtsanwalt Dr. Johannsen
in Essen, Bismarckstr. 39

Jessen in Essen

2. 11. 88

Essen,
Essen,
Essen,

ESSEN,

Altegreverstr.

///

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr. 5046, Bl. 7

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

ja
"

ledig

keine

Wilhelm Müller *

Katharina, geb. Frielingsdorf,

+

nein

ja

von der Gemeindeverwaltung
Kirnbach im Schwarzwald.

nein

nein

nein

nein

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-MK Nr 5046, Bl. 7 (R)*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

nein

nein

nein

nein

nein

Angehörige der DAF
und der NSV u. KLB.

nein

o/e

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr 5046, Bl. 8*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Ich habe in Essen die Volksschule und daran anschließend die Handelsschule besucht. Mein Vater war bei der Fa. Krupp als Schreiner beschäftigt, ist aber 1912 verstorben. Meine Mutter starb schon im Jahre 1903.

Ich bin z. Zt. bei Rechtsanwalt Dr. Johansen in Essen, Bismarckstr. 59, als Bürovorsteherin bei einem Monatslohn von 300,-RM beschäftigt. Nach dem Besuch der Handelsschule war ich von 1903 bis 1935 bei den Rechtsanwälten Heinemann, Aschaffenburg und Dr. Witte in Essen, Zweigenstraße Nr. 50, beschäftigt. Hier betrug mein Monatsgehalt etwa 450,-RM. Von 1935 bis 39 war ich Bürovorsteherin bei Rechtsanwalt Dr. Witte in Essen, Bismarckstraße 53. Diewar wurde dann Direktor bei der Verkaufsvereinigung für Teerfarbzeugnisse. Hier habe ich zunächst mit ihm die Stellung angetreten. Im Juni 1941 trat ich dann in den Dienst bei Dr. Johansen, wo ich bis heute noch tätig bin.

Ich bin alleinstehend, besitze eine 3-zimmerige Wohnung im Mietspreis von 54,-RM. im Monat.

Politisch habe ich mich aktiv nicht betätigt. Ich wählte in der Kampfszeit die Zentrumsparlei. Vor Jahren habe ich auch der Jungfrauenkongregation bei der Pfarre Hl. Himmelfahrt angehört. Mitglied einer Partei war ich auch nicht.

Ich bin, wie bereits angegeben, Mitglied der NSV, des KLB und der DAF.

Zur Sache: Mir wird zunächst vorgelitten, daß ich mich für die bekannten Predigten des Bischofs in Münster interessiere, diese vervielfältigt und in Umlauf gebracht habe.

Es ist richtig, daß ich etwa 5 Abschriften bekommen habe und auch

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr. 5046, Bl. 8(R)*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

3).

Die Predigt des Bischofs von Münster
am Sonntag den 17.7.41 in der
Lambertikirche in Münster.

Predigt des Bischofs von Münster
Klemens August Graf von Galen
am Sonntag den 20. Juli 1941 in der
Liebfrauenkirche (Überwasser) in
Münster.

4). Ein Schreiben des Bischofs von Münster an den Herrn Reichs-
minister vom 22.7.41.

5). Niederschrift der Predigt des Bischofs von Münster am Sonntag
den 3.8.41 in der Skt. Lambertikirche in Münster i. Westfalen.
Es ist richtig, daß ich die erwähnten Predigten in dem Büro des
Rechtsanwalts Dr. Johannsen von den beiden mitangestellten
Annelies Frieswinkel u. Elise Biendara abschreiben ließ. Ich selbst
habe mich auch damit beschäftigt. Ich habe die Predigten mehreren
Personen zum Durchlesen gegeben und später habe ich die Durch-
schriften wieder zurückbekommen.

*+ Aufgeführt
bekannt.*
Ich weigere mich, diejenigen Leute zu nennen, denen ich
die Predigten weitergab. Auch nenne ich nicht die Person, von der
ich die Durchschriften habe. Es handelt sich hier um eine schwe-
leidende Frau, der ich nicht noch ein größeres Leid antun möchte.
Ich habe keine Abschriften der Predigten mehr unterwegs. Die heute
bei mir in der Wohnung in Verwahr genommenen Abschriften, sind die-
jenigen, die ich besitze und weitere habe ich nicht und auch nicht
besessen.

Ich muß ergänzend hinzufügen, daß ich zwei der Predigten ganz
vernichtet habe. Die sämtlichen 4 Predigten habe ich einer Person
bekommen. Ich erkläre nochmals, daß ich die Person, von der ich
die Abschriften bekommen habe, nicht nennen kann. Allerdings weiß
ich ihren Namen und ihre Wohnung.
Die Frage, ob ich die Abschriften von einem Geistlichen bekommen
habe, muß ich verneinen.

Ich bestreite, die erwähnten Reden in 8-facher Ausfertigung
vervielfältigt zu haben, will es aber auch nicht in Abrede stellen,
weil ich mich im Moment nicht daran erinnern kann.

Daß ich bei dem jüdischen Rechtsanwalt Heimanmann war, trifft
zu, auch ist es richtig, daß ich im September 1941 mit der Jüdin
Aschaffenburg, der Schwester des Rechtsanwalts Justizrat Dr. Heiman-
mann, in einer Testamentssache ihres Bruders zu verhandeln hatte.

Dissen.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: *Gestapo-Akte Nr 5046, Bl. 9*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr 5046, Bl. 9 (R)*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

10

auch der Vater, ich sei Schuld daran, daß der Tochter die Stellung gekündigt worden sei. Ich halte die Anzeige für ein Racheakt, des Priesewinkel, sumal die Abschrift der Predigten nicht kürz-lich, sondern schon vor aka 3 Monaten getätigt wurde.

Ich bitte um milde Beurteilung der Angelegenheit.

V. g. u.

Weiter erscheint die Büroangestellte

Anneliese Priesewinkel,

geb. am 19.6.22 in Bochum, evgl.; wohnh. in Essen, Plankstr. 29
und sagt aus:

Ich bin im Büro bei Rechtsanwalt Dr. Johannsen beschäftigt und es ist richtig, daß dort mein Arbeitsvertrag, der am 15.11.41 abläuft, gekündigt ist.

Die hier erwähnten Abschriften der Predigten des Bischofs in Münster sind von uns im Auftrage der Müller am Anfang September 1941 gemacht worden. Meinem Vater hatte ich zuerst vor etwa 14 Tagen davon erzählt. Ich wußte Anfangs nicht, worum es sich handelte, sondern ich glaubte, die Abschriften seien dienstlich fürs Büro zu tätigen. Erst im Laufe der Zeit kam ich immer mehr hinter die politische Einstellung der Müller und so erfuhr ich dann auch von ihr, daß man sie wegen den erwähnten Abschriften ins Gefängnis bringen könne.

Der Inhalt der Angaben meines Vaters in der Anzeige ist mir bekannt; die Angaben sind richtig und ich kann sie hier nur wiederholen.

Zu dem Telefongespräch vom 7.11.41 möchte ich noch ergänzend hinzufügen, daß sie hierbei am Telefon im Gespräch mit einer vermutlichen Jüding ihr Mitempfinden, wie angegeben, zum Ausdruck brachte und hinzufügte: "Womit haben diese armen Leute das nur verdient? Ich habe nur anständige Juden kennen gelernt und bin 30 Jahre bei einem Juden tätig gewesen. Ich habe jetzt zwei arische Chefs gehabt, die reichen aber nicht im entferntesten an Dr. Heinemann." Dieses Gespräch wurde auch von der Biendara mitgehört. Bei einer anderen Gelegenheit gegen Mitte Oktober 1941 äußerte sie mir gegenüber im Büro wörtlich:

" Die ganze Welt ist gegen uns und das ist doch nur eine Folge unserer Judenhetze. Warum verfolgt man denn die Deutschen im Ausland und ermordet sie?

Gefürchtet werden wir uns auf, aber wir machen es doch mit

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr. 5046, Bl. 70*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr 5046, Bl. 70(R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

"Du bist verirrt, Du kannst es ja nicht beurteilen.
Juden sind oft besser als Christen."

Dan schwärzte sie sehr oft von ihrem früheren Chef, dem jüdischen
Rechtsanwalt Dr. Heinemann. Dieser sei immer sehr rücksichtsvoll
gewesen. Sie könnte über ihre beiden früheren anderen Chefs zwar ~~Alles~~
nicht klagen, doch reichten sie nicht im entferntesten an Dr. Heine-
mann. Dieses hat sie mehrmals erwähnt.

Weiter erzählte sie mir auch, sie hätte nach dem damaligen
Unschwung gegen die Juden am 9.11.33 Dr. Heinemann noch sprechen
und damit zeigen wollen, daß sie zu ihm hielt. Es sei ihr aber
nicht möglich gewesen, zu ihm zu kommen und so würde sich der
Rechtsanwalt gedacht haben, sie sei nicht mehr für ihn zu sprechen,
sie sei deshalb auch nicht so reich von ihm bedacht worden. Dann
erzählte sie, sie habe aber später doch noch etwas von ihm bekom-
men. Weiter habe er zu ihr gesagt, wenn er nicht mehr zu arbeiten
brauche, habe sie nicht nötig, noch zu arbeiten, denn dafür würde er
schon sorgen.

Weiter brachte sie immer wieder ihr Mitleid für die Juden
zum Ausdruck; sie habe nur anständige Juden kennengelernt.
Weiter bedauerte sie auch offensichtlich den Tod der Jüdin A-
schaffenburg, dadurch, dass sie sagte: "Diese arme Frau u.s.w."

Bezüglich der erwähnten Strümpfe, die die Jüdin von der Müller
bekommen haben soll, weiß ich nur, daß ein Paar Strümpfe bei uns im
Büro waren. Sie wurden von einem Boten gebracht und ich habe sie
im Büro für Frl. Müller angenommen. Frl. Müller sagte mir danach,
das seien die Strümpfe, die sie besorgt bekommen habe. Frl. Friesen-
winkel sagte mir nachher, Frl. Müller hätte erklärt, sie wolle die-
se Strümpfe der Frau Aschaffenburg geben.

Weiter weiß ich noch, daß sich Frl. Müller mit der
Jüdin A. im Weinhaus "Treppchen" in Essen getroffen hat. Ich
habe gehört, wie Frl. Müller nach dort anrief und sich dort einen
Tisch reservieren ließ. Dr. Johannsen hat nicht gewußt, daß wir
die erwähnten Predigten abgeschrieben haben.

Sonst wüßte ich nichts anzugeben.

V. G. u.

Hfr. Schmidt

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr. 5046, Bl. 71*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Das Paar Biendera wohnt in Köln, Krefeldstr. 150. Die Frau Biendera hat eine Tochter, die in Köln wohnt. Die Biendera haben dieses Paar Biendera davon die Biendera, eine Biendera von meiner Schwester aus Köln, Krefeldstr. 150, wohnt. Köln, Nippes, Mauerheimerstr. 150.

zu der Aussage der Zeugin Biendera hinsichtlich Dr. Heilmann nach Umschwung im November 1938 wollte ich ihn ausfinden. Ich habe festgestellt, daß sein Haus in Brand gesteckt war und infolgedessen konnte ich nicht mehr zu ihm. Dieses Ereignis habe ich damals der Zeugin erzählt.

Weiter habe ich nichts anzugeben.

v. g. u.

n. w. o.

Krim-Sektr. IIC-

E S S E N, den 13. 11. 41.

Die Müller, die sich als eine eifrige Verbreiterin der bekannten Hetzpredigten des Bischofs in Münster betätigt hat, wird außerdem beschuldigt, in Essen innerhalb der letzten 2 bis 3 Monate gegenüber ihrer Mitangestellten Friesewinkel und des Bürolehrlings Biendera fortgesetzt hetzerische und von besonders niedriger Gesinnung zeugenden Äußerungen über die Reichsregierung getan zu haben, die geeignet sind, das schändliche Treiben des Judentums zu fördern und damit das Vertrauen des deutschen Volkes zur politischen Führung zu untergraben.

Der Inhalt der Äußerungen ist auf der Rotanzeige und auch durch die Aussagen der zwei Zeugen eingehend erörtert und festgelegt. Die Beschuldigte macht geltend, sie habe die erwähnten Äußerungen nicht getan, die Angaben der Zeugin Friesewinkel wie auch die Anzeige selbst sei ein Racheakt. Hier kann in keiner Weise beige-pflichtet werden. Die noch nicht eidspflichtige Biendera und die 19 jährige Friesewinkel machen einen derart guten und glaubhaften Eindruck, sodaß an ihrer Glaubwürdigkeit Bedenken nicht erhoben werden können. Die Müller war über 30 Jahre bei einem jüdischen Rechtsanwalt, sie hat hier offenbar nur die guten, aber nicht die Schattenseiten des Judentums kennen gelernt, hat dort gut verdient und glaub nun den Juden auch helfen zu müssen, dadurch dass sie sich für sie ein-

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr 5046, B. 11 (R)*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo* - AKK Nr 5046, Bl. 12

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Da Frau Müller als Angehörige des Ehepaars bekannt steht
kann sie nicht als Verdächtige betrachtet werden. Sie ist
der Person der zu erwähnen. Als verdächtige Person könnte
verdächtig ist. Politisch hervorgetreten ist sie bisher nicht.

Sollte Widererwartungen richterl. Haftbefehl nicht gegen
sie erlassen werden, so wird an ihre Rücküberstellung gebeten.

Die Abschriften der erwähnten Hetspredigten sind bei der hiesigen
Dienststelle sichergestellt.

Krim-Sektr. IIC.

Essen, den 15. 11. 41.

Gegen die Müller ist am 14. 11. 41 richterl Haftbefehl erlassen
worden.

Sie hat am gleichen Tage dem Unterzeichneten auch gestanden,
daß sie die erwähnten Abschriften der Predigten von einer Ehefrau
Erna F r i e d r i c h, wohnh. in Essen=Rellinghuasen, Habicht=
straße Nr. 46 c erhalten habe. Die Ermittlungen werden in dieser
Hinsicht weiter fortgesetzt.

Krim-Sektr. IIC.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr 5046, Bl. 12 (R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

2004
Akten 5804

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Wupperthal

über

Nagel

(Familienname)

Helmut Israel

(Vorname)

10. 5. 23

(Geburtsdatum)

W. Elberfeld

(Geburtsort)

Anfang:

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapoakte Nr 5804

3

3

Der Reichsminister des Innern	
2 - OKT. 1941	
Am:	2.10.41

Berlin W 8, den 30.9.41
Doßstraße 4
Fernruf: Ortsverkehr 12 00 54
Fernverkehr 12 66 21

Kanzlei des Führers
der NSDAP.

Reichsministerium des Innern

7-1 OKT. 1941 Vm.

Aktenzeichen: oW. / III D / IK

An das
Reichsministerium
des Innern
Berlin NW 40
Königsplatz 6

Anbei überreiche ich Ihnen ein Schreiben des-der-
Untenstehenden vom 21.8.41

Da eine Bearbeitung von hier vorerst nicht erfor-
derlich erscheint, wird um zuständige Veranlassung
gebeten.

Der Einsender hat keinen Abgabebescheid erhalten.

Betrifft:

Helmut Israel Nagel

Heil Hitler!

I. A.

[Handwritten signature]

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapoakte Nr 5804

An die

Kanzlei des Führers

24. Sept 1941

Berlin.

Ich wende mich, da ich keinen anderen Ausweg mehr weiß, mit der Bitte an Sie, meinen nachstehend aufgeführten Fall zu prüfen und über die Sache zu urteilen.

Ich bin nach den Nürnberger Gesetzen Jude; der Rasse nach aber Mischling. Da nun heute durch die Geschehnisse der Zeit Maßnahmen getroffen werden, die später eventuell eine endgültige Zusammenfassung der Juden nach sich ziehen und ich nicht als Jude denken und fühlen kann, da meine Mutter, die Arierin ist, mich nicht jüdisch erziehen konnte, schreibe ich dieses Gesuch.

Ich wurde am 10. Mai 1923 hier als Sohn des Lehmar gen. Sally Nagel der Volljude war und im Juni 1932 starb, und der Agnes Nagel geb. Bahr arischer Abstammung geboren. Da sich meine Eltern in der Synagoge hatten trennen lassen, gehörte ich der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Ich besuchte von 1929 bis 1933 die evangelische Volksschule und anschließend bis 1936 die Oberschule von der ich aus der Untertertia wegen finanziellen Schwierigkeiten abging. Als mein Vater 1932 starb hinterließ er uns ein Haus auf dem 10.000 RM. Hypothek lasteten. Im April 1935 betrieben wir in dem Hause eine Kleidermanufaktur. Meine Mutter, die das Haus verkaufen wollte aber nicht konnte, da sich kein Käufer fand, befand sich in dem Jahre in schweren wirtschaftlichen Sorgen. Da meine Mutter in Gesetz und Politik nicht bewandert und ich noch zu klein dafür war und in der Schule vom nationalpolitischen Unterricht ferngehalten wurde, waren wir uns der im September in Kraft tretenden Gesetze nicht bewußt. Da mir niemand meiner Verwandten einen Rat gab unternahmen wir nichts in der Sache. Auch in den Religionsstunden die ich manchmal besuchte aber deren Sinn nicht erfaßte und mich auch nicht interessierten, sagte mir niemand, daß es jetzt an der Zeit sei etwas für meine Zukunft zu tun. Ferner besuchte ich diese Stunden, wenn ich überhaupt hinging, stets mit Widerwillen denn ich fand dort nicht die Kameradschaft wie in der Schule oder bei meinen Freunden. Ich hielt auch sonst mit Juden keinerlei Verkehr und

4

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapoakte Nr 5804

auf wie jeder andere Junge bei uns auf der Straße. Von jüdischer Erziehung kann auch gar keine Rede sein denn, da mein Vater schon 1932 starb und meine Mutter Christin ist war ja niemand da, der mich jüdisch erzog.

1938 trat ich auf Grund der Folgen des Mordes in Paris an der jüdischen Gemeinde aus; mußte aber die bittere Feststellung machen, daß ich dennoch als Jude galt. Ich habe mich dann überall umgehört aber mir konnte niemand helfen. Heute habe ich eine Stellung, die mir bei Fleiß und guter Führung eine existenzsichere Zukunft sichert; und diese Stellung möchte ich auch gerne behalten. Ich wollte eigentlich bis Kriegsschluss warten, weil ich hoffte, daß dann eine Änderung eintreten wird. Ich muß aber jetzt auf Grund der neuen Verordnung den Judenstern tragen. Das ist für mich das Furchtbare was es gibt, da ich mich nie für das Judentum interessiert habe und die Öffentlichkeit mich jetzt als dazugehörig betrachtet. In Anbetracht meiner bisherigen Lebensweise ist das Tragen dieses Sternes für mich furchtbar.

Ich bitte Sie nun höflichst meine Angaben zu prüfen und versichere Ihnen, daß ich dieses Gernach allein aus eigenem Antrieb und in allen Teilen der Wahrheit gemäß gemacht habe. Ich bitte Sie nochmals höflichst sich der Sache anzunehmen und auf Entscheidung hoffend zeichne ich

Helmut Israel Nagel

Wuppertal - Elberfeld

Adolf Hitler Straße. 119.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapoakte Nr 5804

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 a -

2387/42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

Berlin SW 11, den 29. April 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040



U. der Staatspolizei-leit-stelle

in Düsseldorf

mit 1 Anlage zur gefälligen weiteren Veranlassung.

Im Auftrage:
gez. G ü n t h e r

Beglaubigt
Kanzleiarbeiter



XXXXXXXXXX
XXXXXXXXXX

6.St. Nr. 162.

10.5.23 gel

U B. 3. U. Dr. <u>Stapel Helm</u>
1.) U F 1. Karte vorh. ? <u>Ja</u>
2.) U F 2. P. A. vorh. ? <u>Ja</u>
3.) U B. 3. U. Dr. <u>Stapel</u>

Bat.-

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapoakte Nr 5804

70

* 084 Telegramm Deutsche Reichsanstalt
84 WUPPERTALELBERFELD /1 33/32 20 2040 =

aus		20 IV Aufgenommen 20 54		INNENMINISTERIUM BERLIN =		Tag: 21.4.42.600	
Tag: Monat: Jahr: Zeit:		Wuppertal		durch: 21. 4. 1942		an:	
Haupttelegraphenamt Berlin		Amt: IV. 194		Reichsministerium des Innern		21. APR. 1942	
				IVD 42		2387/42	
						21. 4. 42	

ALS ARISCHE MUTTER ERBITTE ICH BEFREIUNG VON EVAKUIERUNG AM
21.4. MEINES 13 JAEHR. SOHNES HELMUT VATER SEIT 1932
TOT VOREHELICHER SOHN KAEMPFT AN DER OSTFRONT =

WW AGNES NAGEL ADOLFHITLERSTR 119 +

VGL 21.4. 1932 119 + NAGEL +

Für dienstliche Rückfragen

0. 41 270000

X C 187 Din A 5

10

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 5804

10R

II B 4/Tgb.Nr.278/42.

Düsseldorf, den 28 Mai 1942.

1.) Helmut Israel Nagel wurde am 22.4.1942 nach Izbica evakuiert.
Es ist nichts zu veranlassen.

+

2.) Austragen im Tagebuch. *erl.*

+

3.) II F 1 sh Personalbogen

Hauptkartei

10.16.42

+

4.) Z.d.P.A.

Pla 28/4

10 R

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf
Gestapoakte Nr 5804

9402

Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Bernhard

(Familienname)

Klara Sara

(Vorname)

27. 1. 92

(Geburtsdatum)

London

(Geburtsort)

Anfang: 14. Sep. 1942

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Zeichensammlung Nr. 9402

Reichssicherheitshauptamt

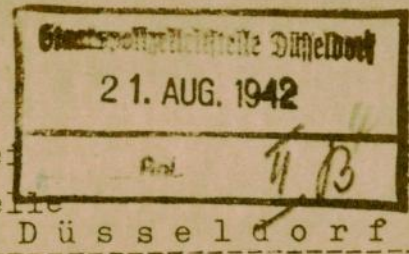
Berlin SW 11, den 20. August 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 1200 40 - Fernverkehr 1264 21

IV B 4 b-4 -- B.15699 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizei-leit-stelle
Düsseldorf



Betrifft: Feststellung des Verfalls des Vermögens der Jüdin
Klara Sara B e r n h a r d, geb. Warschwasky,
geboren am 27.1.1892 ~~xxx~~ in London,
früher Duisburg, Charlottenstr. 64 wohnhaft.
Bezug: Ohne.

----- Anlagen: 1

Das gegen Rückgabe beigelegte Schreiben ~~xxx~~
-der- Reichsschuldenverwaltung in Berlin vom 7.4.1942

übersende ich unter Hinweis auf Ziffer 3 des Runderlasses
vom 9.12.1941 - II A 5 - Nr. 230^V/41 - 212, mit dem Er-
suchen um Bericht, gegebenenfalls unter Beifügung eines
vordruckmäßigen Antrages (mit „Durchschrift“) auf Fest-
stellung des Vermögensverfalls.

Im Auftrage:
gez. K o l r e p .

II B. Egb. Nr.
1.) II F 1. Karte vorh. ? <i>Hein</i>
2.) II F 2. P. A. vorh. ? <i>Hein</i>
3.) II B zurück.



Beglaubigt:

Hein
Kanzleiangeestellte.

Gs.

4

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Zeitungswahl abv. 9402

Stapostelle

Düsseldorf, den 9. Sept. 1942 ^{4a}

II B 4/Tgb.Nr.576/42/Bernhard, Clara S.

Zur 1.)	12
K	10. 2.
G	
V	
12. Sep. 1942	

An das
Reichssicherheitshauptamt
- Referat IV B 4 -
in B e r l i n S W 11

Betrifft : Feststellung des Verfalls des Vermögens der
Jüdin Clara Sara B e r n h a r d , geb. Warsch-
wasky, geb. 27.1.1892 in London, früher Duisburg,
Charlottenstr. 64 wohnhaft.

Vorgang : Erlaß vom 20.8.1942 - IV B 4 b - 4-D. 15699-

Anlagen : 1

Die Jüdin Clara Sara B e r n h a r d , geb.
Warschwasky, wurde am 11.12.1941 nach Riga evakuiert. Das
Vermögen gelangt durch den Herrn Oberfinanzpräsidenten in
Düsseldorf zur Einziehung und Verwertung. *daß von der Reichsregierung
Verwaltung im Besonderen die Aufgaben der Verwaltung anliegenden sind.*

2.) Austragen im Tagebuch. *ml.*

Hauptkartei

3.) II F 1 - s. Pers.-Bogen.

4.) ZdPA.

I.V. *(S.V.)*
L.

Lu
98

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Geleitwahr Nr. 9402

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 b-4

B. 15699

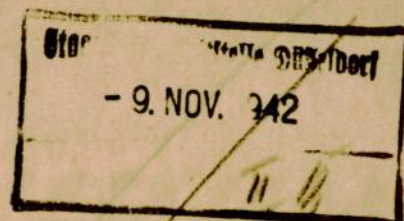
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 4. November 1942

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 - Fernverkehr 126421

II B. Tgb. Nr. _____	
1.) II F 1. Karte vorh.?	Ja Nein
2.) II F 2. P. A. vorh.?	Beibehalten Nein
3.) II B zurück.	



An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle

in Düsseldorf.

Betrifft: Vermögensverfall nach der Elften Verordnung
zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941
(RGBl. I, S. 722); hier: die Jüdin Klara
Bernhard, geb. am 27. 1.1892 in London.
Bezug: Bericht vom 9.9.1942 - II B 4/Tgb.-Nr.
576/42/Bernhard, Clara.

Da von hier aus nicht übersehen werden
kann, ob die Einziehung des Vermögens anlässlich
der Evakuierung auf Grund der Elften Verordnung zum
Reichsbürgergesetz oder wegen Volks- und Staatsfeind-
lichkeit erfolgt ist, ist in allen derartigen
Fällen stets anzugeben, welche Staatsangehörigkeit
die evakuierte Person zuletzt besessen hat.

Ich ersuche, dies künftig zu beachten
und im vorliegenden Falle den angezogenen Bericht
noch zu ergänzen.

Im Auftrage:

gez. K u b e .



Beglaubigt:

[Handwritten signature]
Stellvertreter.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Integritäts Nr. 9402

1.) An

das Reichssicherheitshauptamt
- Referat IV B 4 -
in B e r l i n .



Betrifft: Vermögensverfall der Jüdin Klara Sara Bernhard
geb. Warschawsky, geb. am 27.1.1892 in London.

Vorgang: Erlaß vom 4.11.1942 - IV B 4 b-4 - B. 15699 -.

Berichterstatter: Polizeirat F r i e d r i c h .

Sachbearbeiter: 4-Sturmscharführer O m m e r .

Die Vermögenswerte der Jüdin Klara Sara Bernhard,
die vor ihrer am 11.12.1941 nach Riga erfolgten Evakuierung
die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat, wurden auf
Grund der mit Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom
3.10.1941 - Pol.-S-II A 5-1045/41-212- festgestellten Volks-
und Staatsfeindlichkeit durch den Herrn Regierungspräsidenten
in Düsseldorf eingezogen.

2.) Austragen im Tagebuch. *ml.*

3.) Auswertung erübrigt sich.

4.) Z.d.P.A.

I.V.

Handwritten signatures and initials in the bottom right corner.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Zeichensatz Nr. 9402

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 b-4 - B.Nr.965/42-3-

Bitte in der Antwort aufstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 25. Februar 1943

Prinz-Albrecht-Straße 8

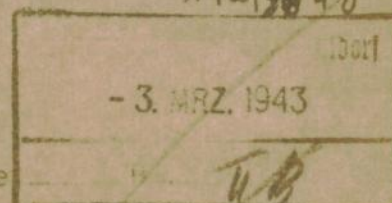
Fernsprecher: Ortsvorwahl 120040 - Fernvorwahl 126421

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle

in Düsseldorf

II B 3 Tgb. Dr. Bernhart, Klara
1.) II F 1. Karte verb. ? Ja
2.) II F 2. D. A. verb. ? Freigabe
3.) II B zurück.



Betrifft: Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I, S. 722); hier: Einziehung des Vermögens von ins Ausland abgeschobenen oder ausgewanderten Juden deutscher Staatsangehörigkeit.

Bezug: Bericht vom 9.12.1942 - II B 4 - Tgb.Nr. 731/42
Bernhard K. - betr. die Juden Klara Sara
Bernhard, geb. Warschawsky, geb. am
27.1.1892 in London.

Aus grundsätzlichen Erwägungen, insbesondere aufgrund der Bestimmungen im § 3, Abs. 2, vorbezeichneter Verordnung, ist die Einziehung der nach dieser dem Reich verfallenen Vermögen von ins Ausland abgeschobenen oder abgewanderten Juden als volks- und staatsfeindliches Vermögen nicht angängig, wie bereits durch meinen Erlaß vom 26.11.1942 - IV B 4 b-4 - G. 3612 - zu dortigem Bericht vom 20.10.1942 - II B 3 - 674/42 - zum Ausdruck gebracht. Ich ersuche, dies künftig zu beachten.

Im vorliegenden Falle ist die Übergabe der eingezogenen Werte an den Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf - Vermögensverwertungsstelle - in Düsseldorf zu veranlassen und dieser wegen der Übernahme der Verwaltung auch der bisher noch nicht eingezogenen Vermögenswerte, insbesondere der bei der Reichsschuldenverwaltung - Schuld- buch- in Berlin SW 68 unter Buch-Nr. "Bls. I B Nr. 26369" vorhandenen Werte, zu benachrichtigen. Die Reichsschuldenverwaltung wird durch mich über den Verfall dieser Werte aufgrund der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz unterrichtet.

Im Auftrage:
gez. K u b e .

Kanzlei des Reichssicherheitshauptamts



Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Einlagezahl abt. 9402

Düsseldorf, den 9. April 1943.

Zur Kanzlei	2. APR 1943
geschrieben	13.1.43
ab	15.1.43
	1943

1.) An

den Herrn Oberfinanzpräsidenten
in Düsseldorf.

Betrifft: Vermögensverfall der Jüdin Klara Sara Bernhard,
geb. Warschawsky, geb. am 27.1.1892 in London, frü-
her wohnhaft gewesen in Duisturg, Charlottenstr.64.

Vorgang: Ohne.

Wie hier nachträglich bekannt wurde, besitzt die
am 11.12.1941 nach Riga evakuierte Jüdin Klara Sara ~~Warschawsky~~
~~xxxxxxx~~ Bernhard, geb. Warschawsky, bei der Reichsschulden-
verwaltung - Schuldbuch - Aktz. I B Nr. 26369 - in Berlin
SW 68, Vermögenswerte.

Es wird gebeten, die auf Grund der Elften Verord-
nung zum Reichsbürgergesetz verfallenen Werte zugunsten des
Reiches einzuziehen.

+
2.) Austragen im Tagebuch. *ex*

+
3.) Auswertung erübrigt sich.

+
4.) Z.d.P.A.

I. A.
[Signature]

[Handwritten signature]

3 R

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Zeichnung Nr. 9402

Akten

9516

Der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Laschat

(Familienname)

Erna

(Vorname)

Sara

14. 6. 98

(Geburtsdatum)

Bedburg Kr. Bergheim

(Geburtsort)

Anfang:

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: *Gestapo-Memo Nr 9576*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 a-3

757/43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 26. Mai 1943

Prinz-Albrecht-Straße 8

Sechsprachen-Ostwaachse 12 00 40 - Fernwaachse 12 64 21

257/43

31. MAI 1943

211

4

Laschat, Anna Maria

An die

Staatspolizeileitstelle

Düsseldorf.

Betrifft: Eingabe des Gustav LASCHAT, wohnhaft in Essen-Frillendorf, Elisenstr. 111, auf Befreiung seiner beiden Töchter vom Tragen des Judensternes.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 1.

Als Anlage übersende ich mit der Bitte um Rückgabe eine Eingabe des Obengenannten zur Kenntnissnahme und Erörterung des Sachverhaltes.

Beglaubigt

Im Auftrage:
gez. K r y s c h a k .

Kanzleiarzt



U B 4 a-3
1.) U F 1. Karte noch?
2.) U F 2. D. R. noch?
s.) U B jured.

22.6.48 jec

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Mak Nr 9576, Bt. 40*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Kanzlei 7. Juni 1943
 geschrieben 1/4. V. 1943
 vorgelesen
 ab 8. Juni 1943

an den Polizeipräsidenten
 - Referat IV a 4 -
 in Berlin.

Betrifft: Eingabe des Gustav Laschkat, wohnhaft in Essen-Prillendorf, Blisenstr. 111, auf Befreiung seiner beiden Töchter vom Tragen des Judensternes.

Vorgang: Erlaß vom 26.5.1943 - IV B 4 a-3 - 757/43 -.

Berichterstatter: Polizeirat Friedrich.

Sachbearbeiter: A-Sturmscharführer Ommers.

Anlassen: -1- Gesuch.

Aus der Ehe des deutschblütigen Gustav Laschkat, geb. am 17.9.1893 in Rotthausen, und der Jüdin Erna Sara L., geb. Levy, geb. am 22.6.1893 in Bedburg, Kreis Bergheim, sind nachstehend aufgeführte jüdische Mischlinge I. Grades hervorgegangen:

1. Edith Laschkat, geb. am 10.9.1915 in Essen,
2. Erika " " " 8.5.1919 " " ,
3. Margot " " " 7.6.1920 " " ,
4. Hannelore " " " 28.5.1922 " " ,
5. Annegret " " " 9.7.1942 " " .

Edith L., verheiratet mit dem Juden Willi Israel Lifmann, geb. am 10.9.1912 in M-Gladbach, ist in Essen, Hindenburgstr. 22, wohnhaft. Erika L., verheiratet mit dem Juden Rossmberg (nähere Personalien unbekannt), wurde von ihrem Wohnort Köln nach dem Osten abgeschoben. Beide Mischlinge gelten nach § 5, Absatz 2b, der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz als Juden.

Im Juli 1942 wurde für die Angehörigen d. hier aufgeführten jüdischen Familien d. Mischlinge I. Grades
~~am 25.11.1942 eine Entscheidung ergangen, daß Margot und Hannelore Laschkat als Mischlinge I. Grades angesehen seien, wurde von hier unter Berücksichtigung der beigefügten Unterlagen über die Teilnahme am evgl. Schul- und Religionsunterricht und auf die Feststellung hin, daß die Vorverurteilung beim Erlaß des Reichsbürgergesetzes nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört, am 1.12.1942 entschieden, daß die Mischlinge I. Grades nicht als Juden gelten und vom Kennzeichnungszwang befreit sind.~~
 Nachträglich wurde bekannt, daß der Polizeipräsident in Köln im Gegensatz zu der bisherigen Entscheidung bereits am 1. Januar 1942 Margot und Hannelore L., die seinerzeit in Köln wohnhaft waren, rassistisch als Geltungsjuden eingeordnet hatte, da sie im Melderegister in Köln als israelitisch ferner bei der jüdischen Synagogengemeinde in Essen und Köln als Mitglied geführt wurden.

Im Juli 1942 wurde für die Angehörigen d. hier aufgeführten jüdischen Familien d. Mischlinge I. Grades
 die

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: *Gestapo-Akte Nr. 9576, Bl. 41*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

die von hier getroffenen Entscheidung über die rassistische
Einschätzung als Mischlinge 1. Grades, die sich im Wesent-

lichen auf die Feststellung stützte, daß Margot und Hanne-
lore L. beim Erlass des Reichsbürgergesetzes weder der jü-
dischen Religionsgemeinschaft angehörten, noch danach in
diese aufgenommen wurden, und ferner den Gesamtumständen

nach zu urteilen war, daß auch die häusliche Erziehung der
Kinder in nichtjüdischen Sinne erfolgt sei, nicht aufrecht-
erhalten werden. Nach den Aussagen der jüdischen Mutter war
Hannelore L. noch 1933 als Vorturnerin in dem inzwischen auf-
gelösten jüdischen Sportverein in Essen tätig. Außerdem hat
die jüdische Mutter, die der israelitischen Religionsgemein-
schaft angehört, und nach ihrer Angabe den Gottesdienst in der
Synagoge in Essen besuchte, durch die Beantragung der zu-
sätzlichen jüdischen Vornamen "Sara" und der jüdischen Kenn-
karten für ihre Töchter zu erkennen gegeben, daß sie Margot
und Hannelore bewußt dem Judentum zugeführt hat. Es wurde
ferner festgestellt, daß die beiden Mischlinge, die evgl.
Schul- und Konfirmandenunterricht erhalten hatten, weder evgl.
getauft, noch konfirmiert wurden. Der Einwand, die jüdische
Mutter habe aus Unkenntnis der Bestimmungen die Führung der
zusätzlichen jüdischen Vornamen und die Ausstellung der jü-
dischen Kennkarten für ihre Töchter beantragt, im übrigen
seien die Kinder jedoch in nichtjüdischem Sinne erzogen wor-
den, wird verworfen, da im vorliegenden Falle letzten Endes
der deutschblütige Vater die Pflicht hatte, seine Töchter
vom Judentum fernzuhalten. Die Eheschließung der beiden äl-
testen Töchter als Juden gibt zu erkennen, daß ein Einfluß
bezüglich der Erziehung der Kinder in nichtjüdischem Sinne
von Seiten des deutschblütigen Vaters nicht vorliegt, er viel-
mehr in seiner Haltung als jüdische vereippt anzusehen ist.

Unter Berücksichtigung aller dieser Merkmale steht nunmehr
fest, daß Margot und Hannelore L. von Geburt an
in rein jüdischem Sinne erzogen worden sind. Daß sie am evgl.
Schul- und Religionsunterricht teilgenommen haben, wird im
vorliegenden Falle als ~~politisch~~ ^{unpolitisch} betrachtet und entspricht
nicht der tatsächlichen inneren Einstellung der Familie L.
Aus diesen Gründen wurde daher die hiesige Entscheidung vom
1.12.1942 dahingehend aufgehoben, daß Margot und Hannelore
Laschat gemäß § 5, Absatz 2a, der Ersten Verordnung zum Reichs-
bürgergesetz als Juden anzusehen sind und den Judenstern zu
tragen haben. Gleichzeitig wurde diese Entscheidung dem Poli-
zeipräsidenten in Köln zu seinem Schreiben vom 16.1.1943 -
I 71.07/I 93 - mitgeteilt.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr 9576, Bl. 41 (12)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

42

Es wird gebeten, das Gesuch des deutschblütigen Gustav Laschat
auf Befreiung seiner Töchter Margot und Hannelore vom Tragen des
Judensternes abzulehnen. *Der Antrag der Tochter Laschat ist antragsgemäß abgelehnt.*

+

2.) Wvorl. am 20.7.1943.

I.V.



13/18
4/6

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr 9516, Bl. 42

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Der Reichsführer-~~44~~

und

Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

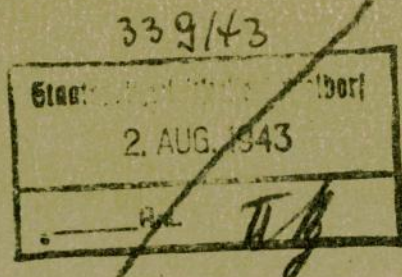
IV B 4 a-3

757/43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und
Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 21. Juli 1943
Prinz-Bibrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

1943



An die
Staatspolizeileitstelle

Düsseldorf.

Betrifft: Eingabe des Gustav L a s c h a t, wohnhaft
in Essen-Frillendorf, Elisenstr. 111, auf
Befreiung seiner beiden Töchter Margot und
Hannelore vom Tragen des Judensternes.

Bezug: Bericht vom 5.6.1943 - B.Nr. II B 4 -
Tgb. Nr. 257/43/Laschat, E.-

Auf Grund der dortigen Ausführungen, denen
vollinhaltlich beigetreten wird, wird gebeten, Gustav
L a s c h a t auf seine Eingabe vom 17.5.1943 ab-
schlägig zu bescheiden.

Im Auftrage:

gez.: G ü n t h e r

Beglaubigt:

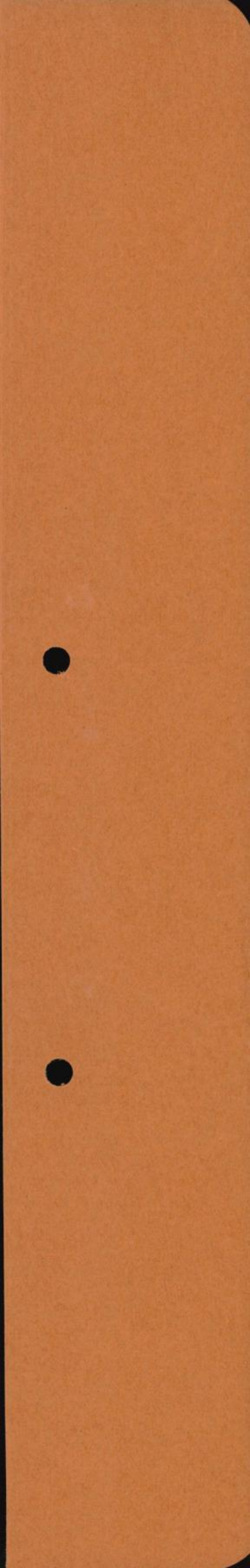
G. Schmidt
Kanzleiangeh.



Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: *Gestapo-Mute Nr 9576, Bl. 46*

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.



10142

Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Günther

(Familienname)

Adele Sara

(Vorname)

15. 3. 92

(Geburtsdatum)

Bayental

(Geburtsort)

Anfang:

14. Aug. 1942

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Geleitwiese Nr. 10 142

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 a

1174/42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

Berlin SW 11, den
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

29. Juli 1942



U. der Staatspolizei-leit-stelle

in Düsseldorf,

mit 1 Anlage zur gefälligen weiteren Veranlassung.

Im Auftrage:

Abgabenaufsicht
- (Postkarte)

6.St. Nr. 162.

Jo.

Hefttrand

3

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf
Julaywahl dr. 10 142

Stapoleitstelle

Düsseldorf, den 10. 8. 42

II B 4/Günther, Adele S.

1.) An die Aussendienststelle
in E s s e n .

Betrifft: Evakuierung der Jüdin Günther

Vorgang: ohne

Anlage: - 2 -

In der Anlage ~~übersende ich~~^{reicht} das Gesuch des Alfred Günther mit beiliegendem bezahltem Antwortschein der Reichspost. ~~in der Anlage~~.

Es wird gebeten, den Alfred Günther zu bescheiden, dass es bei der Evakuierung seiner Mutter bleibt und weitere Eingaben in dieser Angelegenheit zwecklos sind.

Den Antwortschein der Reichspost bitte ~~ich~~^{ihm} dem Günther auszuhändigen.

2.) II F ¹ siehe Personal Akten

Hauptkartei	13/8	60
-------------	------	----

3.) z. d. A. Adele Sara Günther

I. A.

Bu.



10/8

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Juliusstraße Nr. 10142

10.576

Geschäftsstelle der Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Düsseldorf

Düsseldorf, den... 17. April 1967...

An die

Bildstelle

im Hause

Zu den Akten... 8 AR 18/65 PP... wird von Bl... bis Bl...

um je 1 Stück Fotokopien gebeten.

Abteilung... 8...

Tel.Nr.... 154...

Zurück

an die Geschäftsstelle, Abt. 8...
der Staatsanwaltschaft

hier

Auf Anordnung

Justizangestellter

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4a 3146 /42

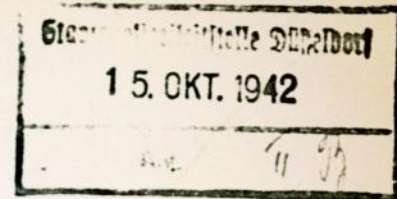
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 12. Oktober 1942

Prinz-Albrecht-Straße 8

fern/praed: Ortsverkehr 120040 - fernverkehr 126421

An die
Staatspolizeileitstelle
Düsseldorf



Betrifft: Festnahme der jüdischen Eheleute
Abramczyk aus Tilburg.

Bezug: Ohne.

Der Reichsminister der Finanzen hat mitgeteilt, dass die jüdischen Eheleute Abramczyk beim Versuch, von Holland illegal in das Reichsgebiet zu gelangen, festgenommen worden sind. Beide wurden wegen verbotenen Grenzübertritts und wegen Vergehens gegen die Paßstraftordnung am 27.5.1942 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Eheleute Abramczyk sollen der dortigen Stelle zur Verfügung gestellt worden sein. Ich bitte, die Genannten, sofern sie dort nicht mehr benötigt werden, dem Konzentrationslager Auschwitz zum Arbeits-einsatz zu überstellen.

Einem abschliessenden Bericht über das Veran-lasste unter Angabe der vollständigen Personalien der Eheleute Abramczyk sehe ich zu gegebener Zeit entgegen.

Im Auftrage:

gez. G ü n t h e r



SA 12325

Stapoleitstelle
II B 1 - Abramczyk.

Düsseldorf, den 21. Oktober 1942.

1.) 2x An

den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des S.D.
für die besetzten niederländischen Gebiete



in Den - Haag .

Betrifft: Festnahme der jüdischen Eheleute Louis Markus
Heinz A b r a m c z y k , genannt Ludwig, geb. am
15.4.1900 in Berlin und
Ella Sara A b r a m c z y k , geb. Rubinstein,
geb. am 14.10.1898 in Berlin,
zuletzt wohnhaft gewesen in Tilburg/Holland,
Stedekestr. 2, bei Familie Teepe.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: 1 geheftet.

Am 15.6.1942 wurden die Obengenannten beim Ver-
such, die deutsch-holländische Grenze bei "Welsche Hut" zu
überschreiten, um sich über Deutschland zur Schweiz oder nach
Italien zu begeben, vom Grenzpolizeikommissariat Kleve fest-
genommen und dem Amtsgericht zur Aburteilung zugeführt. Das
Amtsgericht in Kleve - 4 Ds. 39/42 - verurteilte die Ehe-
leute Abramczyk wegen dieses Vergehens zu 3 Monaten Gefängnis,
die sie am 16.9. 1942 verbüßt hatten. Nach der Strafverbüßung
wurden sie von hier in Schutzhaft genommen. Sie waren im Be-
sitz eines deutschen Reisepasses, ausgestellt von der
Deutschen Botschaft in Rom am 22. 7. 1931 mit Gültigkeit
bis 21.7.1936. Angeblich werden sie seit dieser Zeit als
staatenlos geführt. A. ist im Sonderfahndungsblatt IV E 4 vom
29.6.1940 Bl. L. 697 S. 189 ausgeschrieben. Er hat sich
von 1929 bis 1938 in Rom und nach dieser Zeit bis zu seiner
Festnahme in Holland aufgehalten. In Rom war er bis 1933
Redakteur der "Berliner Börsenzeitung" und von 1933 bis 1938
römischer Vertreter der früheren katholischen Wiener Zeitung
"Reichspost" und außerdem der tschechischen katholischen
Zeitung "Lidove Listy". Im Jahre 1938 wurden die Eheleute
A., angebl. aus Anlaß des damaligen Führerbesuches in Italien,
aus Italien ausgewiesen. Wie A. in seiner Vernehmung ange-
geben hat, wurde außerdem als Grund der Ausweisung ein von
ihm verfaßter Artikel über die Stellungnahme des Papstes
zu dem Verhalten des Kardinals Innitzer aus Wien anläßl.
der Eingliederung der Ostmark in das Altreich angegeben.

Die

SA 12326

Die Vernehmung der Ehefrau A. hat ergeben, daß ihr Mann in Rom im Jahre 1934/35 mit dem Jesuitenpater Friedrich M u c k e r m a n n in Verbindung gestanden hat und diesem bei seiner Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland insofern behilflich gewesen ist, als er sich im Römischen Presseclub als Vertreter der berühmten damaligen Saarbrücker Zeitung "Saarpst" eintragen ließ. Darüber hinaus hat er zugegeben, auch einen Artikel für die "Saarpst" geschrieben zu haben. In seiner Eigenschaft als österreichischer Presse-Attaché beim Vatikan ist er mit einer Reihe maßgeblicher Persönlichkeiten der katholischen Kirche bekannt geworden und hat mit diesen in Verbindung gestanden. So u.a. auch mit dem bekannten Hetzer-Kreis aus Breda (Hoeben, Schmuizer usw.) Der Umfang seiner Betätigung für die "Bredaer katholische Presse-Korrespondenz" steht noch nicht fest, da er die Beziehungen zu diesem Kreis z.Zt. noch abstreitet bzw. bagatellisiert.

Nach ihrer Ausweisung aus Italien im Frühjahr 1938 haben sich die Eheleute A. auf Empfehlung des damals in Rom tätigen holländischen Vertreters der Zeitung "De Tijd", Dr. D e r k s, nach Utrecht begeben und sich dort an Professor S c h m u t z e r gewandt. Wie aus der Vernehmung zu ersehen ist, haben sie mit der Familie Schmuizer während ihres Aufenthalts in Utrecht in enger Verbindung gestanden. Bei Schmuizer lernten sie den Pater Odo (ehem. Kronprinz von Württemberg) und den Emigranten Dr. B e r g e r - V o e s e n d o r f aus Wien, der angeblich den Auftrag hatte, in Holland Geld für "Otto von Habsburg" zu sammeln, kennen. Nach Aussagen der Ehefrau A. ist ihr Ehemann in Holland auch mit dem Jesuitenpater S t r a t m a n n, den sie bereits aus ihrem Aufenthalt in Rom kannten, und der in Holland Mitarbeiter für den "Deutschen Weg" gewesen ist, zusammengetroffen. Dieses wird von A. noch bestritten. Nach seinen Aussagen hat er sich s.Zt. bei der Pressstelle der holländischen Regierung als Vertreter der tschechischen Zeitung "Lidove-Listy" eintragen lassen, um dadurch eine Aufenthaltsgenehmigung für Holland zu bekommen. Angeblich hat er jedoch für diese Zeitung in Holland nicht geschrieben und diese Tätigkeit lediglich fingiert. Ferner hat sich der Apostolische Nuntius in Den Haag, an den sich A. ebenfalls gewandt hatte, für ihn verwandt, um ihm einen Aufenthalt in Holland zu er-

SIA 12327

89

möglichen. Im Januar 1940 wurden die Eheleute A. auf Empfehlung des Erzbischofs De Jong durch das Kath. Huisvestigungs-Komit  in Den Bosch in dem Kloster St. Hippolytus in Delft untergebracht, wo sie sich bis zum Einmarsch der deutschen Truppen aufgehalten haben. Von dort wandten sie sich an den Franziskaner-Pater S m i t s in Leiden, der ihnen dort ein Privatquartier und einen Mittagstisch bei den "Carmelitessen" beschaffte. In Leiden lernte A. durch Pater Smits den kath. Stadtverordneten L o m b e r t kennen, mit dem er regen Verkehr gehabt hat, und der ihn laufend unterstützte. Lombert hat ihm die als Anlage beigefügte Empfehlung gegeben. Nach der Ausweisung aller Ausländer aus dem holländischen Küstengebiet begaben sich die Eheleute A. nach Tilburg, und nahmen dort zunächst Privatwohnung und siedelten kurz darauf zum Kloster St. Felix ~~an~~ Udenh t, über. Von dort haben sie dann Holland verlassen.

S: A 12328

A. führte bei seiner illegalen Einreise nach Deutschland etwa 1300 hfl. mit, die man ihm in Holland für seine Ausreise zur Verfügung gestellt hatte. Dieses Geld will er in seinem Bekanntenkreis bzw. vom Huisvestigungs-Komit  in Den-Bosch erhalten haben. Angeblich ist der Betrag wie folgt zusammengekommen:

- 680 hfl. von Frl. van B e r k e l in Den-Haag, die angeblich die Gelder für die Auswanderung nicht-arischer Katholiken verwaltet;
- 300 " vom Huisvestigungs-Komit  in Den-Bosch, ausgezahlt von Frau Bijvot van Haaren in Tilburg;
- 300 " von einem holl. katholischen Geistlichen, dessen Name A. nicht mehr bekannt ist. Dieser brachte das Geld auf Veranlassung von Frl. ^{van} Berkel nach Den-Bosch, um es an A. persönlich auszusahlen. Den Namen dürfte die van Berkel angeben können.

Zur dortigen Unterrichtung füge ich eine Ausfertigung der Vernehmungsniederschriften bei. Auf Weisung des ~~Reichsicherheitshauptamtes~~ sollen die Ermittlungen über die Betätigung des A. im Auslande von hier ~~aus~~ geführt werden. Nach Mitteilung der Abwehrstelle ^{im Februar 1941} Münster i. W. steht A. im Verdacht, in fremdem Nachrichtendienst gestanden zu haben. Beweismaterial

1 a)

An

g das Reichssicherheitshauptamt
- IV B 4 a -

in Berlin.

Betrifft: wie zu 1.

Vorgang: Erlaß vom 12.10.1942 - IV B 4 a 3146/42.

Geschlecht:

Sachverh.

Die jüdischen Eheleute A. wurden am 15.6.1942 wegen versuchten illegalen Grenzübertritts vom Grenzkommissariat in Kleve festgenommen und wegen Paßvergehens vom Amtsgericht in Kleve - 4 Ds 39/42 - zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe haben sie seit dem 16.9.1942 verbüßt. Nach der Strafverbüßung wurden sie von hier in Schutzhaft genommen und auf Weisung des dort. Ref. IV B 1 - Ermittlungen gegen sie eingeleitet, weil sie in dem Verdacht stehen, mit der katholischen Emigrantenpresse und weiteren katholischen Hetzzentralen in Verbindung gestanden zu haben. Abramczyk ist im Sonderfahndungsblatt IV E 4 vom 29.6.1940 Bl. L. 697 S. 189 - ausgeschrieben. Die Ermittlungen sind noch im Gange. Zur Klärung verschiedener Fragen wurde von hier an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. in Den-Haag herangetreten. Das Ergebnis der Ermittlungen der Dienststelle in Den-Haag muß noch abgewartet werden.

Ich bitte um Zustimmung, die Eheleute A. bis zum Abschluß der Ermittlungen hier in Schutzhaft behalten zu können. Nach Abschluß der Ermittlungen werde ich sie zur Verfügung des dort. Referates IV B 1 - nach dort überführen lassen.

6.12.39

hierfür liegt dort allerdings nicht vor. Die bisherigen Ermittlungen haben den Beweis dafür, daß A. für einen feindlichen Nachrichtendienst gearbeitet hat, noch nicht erbracht. Es steht lediglich bisher fest, daß ^{sich} A. Anfang 1940 ~~sich~~ von Den-Haag nach Paris begeben hat, um dort angeblich seine Emigration selbst zu betreiben. In Paris hat er sich nach seinen Angaben 2 1/2 bis 3 Monate aufgehalten. Er will dort außer mit ^{Professor Tajda, den er aus Den Haag kannte,} Bekannten, dem Büro des Kardinals Verdier und den "Weißen Brüdern", die ihm bei der Auswanderung behilflich sein sollten, mit keinen Personen oder Stellen in Verbindung getreten sein. Außerdem hat er zugegeben, von Rom aus mit dem emigrierten früheren Minister Treviranus in Schriftwechsel gestanden zu haben, um diesem seine Dienste für die von Treviranus in London herausgegebene deutsche Zeitschrift anzubieten. Zu einer Mitarbeit soll es jedoch nicht gekommen sein.

Ich bitte um Mitteilung, was dort über A. bekannt bzw. zu ermitteln ist. Die Eltern des A. befinden sich in dem jüdischen Altersheim in Utrecht, Marktstr. 5. Ferner mache ich auf die genannten Personen, mit denen A. in Holland in Verbindung gestanden hat (Lombert, ^{Fahrer Smits,} Bijvot v. Haaren v. Berkel, den Geistl. aus Den Haag) aufmerksam. Soweit von diesem Personenkreis Näheres über die Tätigkeit des A. zu erfahren sein sollte, bitte ich, mir dieses mitzuteilen. Insbesondere bitte ich festzustellen, ob es zutrifft, daß A. in Holland keine schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt hat. Für eine Beschleunigung ~~der Ermittlungen~~ wäre ich dankbar, da das dortige Ergebnis für die Weiterführung der Ermittlungen unentbehrlich ist.

- 1a). *Unter die Zweitschrift ist zu setzen: In der Reichsicherheitshauptstelle IV B 4a - Berlin.*
2.) *Abstreife überreichte ich unter Vorbehalt auf den Erlaß v. 12.10.42 - IV B 4a/3146/42*
An *mit der Bitte um Kenntnisnahme. Die Angelegenheit wird vom dortigen Referat IV B 1 bearbeitet.*
das Amtsgericht

in K l e v e .

4. NOV. *[Signature]*

Betrifft: Strafsache gegen die jüdischen Eheleute Louis Markus Heinz A b r a m c z y k , geb. am 15.4.1900 in Berlin und dessen Ehefrau Ella Sara A. geb. Rubinstein, geb. am 14.10.1898 in Berlin, wegen verbotenen Grenzübertritts.

Vorgang: Dort. Aktz. IV Ds. 39/42 -

Die Obengenannten wurden dort am 1.7.1942 wegen Paßvergehens zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ich bitte

um Übersendung der dort. Akten zur Einsichtnahme.

- 3.) Von der Übersetzung der Empfehlung des Stadtverordneten Lombert sind 3 Abschriften zu fertigen. Eine Abschrift ist dem Schreiben zu l. beizufügen. *nl.*

3a.) Herrn Kreis-Rat Dr. Schmidt, zur Mittheilung.

4.) Wv.

I.V.

StA 13331

Düsseldorf, den 4. 1.1943.

II B 1 - Tgb.Nr.730/42-Abramczyk.

1.) An das

Reichssicherheitshauptamt - IV C 2

in B e r l i n

105

Zur	Kanzlei
Geschrieben	5.1.42
Verzichnet	7. JAN 1943

Betrifft: Schutzhaft für die jüdischen Eheleute Louis Markus Heinz Israel A b r a m c z y k , genannt Ludwig, geb. am 15.4.1900 in Berlin, und Ella Sara A b b r a m c z y k , geborene Rubinstein, geb. am 14.10.1898 in Berlin, beide zuletzt wohnhaft gewesen in Tilburg/Holland, Stedekestr.2, bei Familie Teepe.

Vorgang: Erlass vom 5.11.1942 - IV B 1 - 1472/42.

Empfänger: Jft. des Reichs
Empfänger: Jft. des Reichs
Die jüdischen Eheleute Abramczyk wurden am 15.6.1942 wegen versuchten illegalen Grenzübertretts vom Grenzpolizeikommissariat Kleve festgenommen und wegen Passvergehens vom Amtsgericht in Kleve - 4 Ds 39/42 - zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe war am 16.9.1942 verbüßt. Nach der Strafverbüßung wurden die Eheleute A. von hier in Schutzhaft genommen und auf Weisung des dortigen Referats IV B 1 Ermittlungen gegen sie eingeleitet, weil sie im Verdacht standen, mit der kath. Emigrantepresse und weiteren kath. Hetzzentralen in Verbindung gestanden zu haben. Der Ehemann A. war ausserdem wegen Verdachts der Verbindung mit dem ausländischen Nachrichtendienst im Sonderfahndungsblatt IV E 4 vom 29.6.1940 - Bl.L.697 S.189 - zur Festnahme ausgeschrieben. Die Eheleute A. haben sich von 1929 bis 1938 in Rom und nach dieser Zeit bis zu ihrer Festnahme in Holland aufgehalten. Sie besaßen früher die deutsche Staatsangehörigkeit und werden seit 1936 als staatenlos geführt. Der Ehemann war in Rom bis 1933 Redakteur der "Berliner Börsenzeitung", von 1933 bis 1938 römischer Vertreter der früheren kath. Wiener Zeitung "Reichspost" und ausserdem der tschechischen kath. Zeitung "Lidowe Listy". In dieser Eigenschaft hat er mit dem berühmten Emigranten, Jesuitenpater Friedrich Muckermann in Verbindung gestanden und ist diesem bei seiner Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland behilflich gewesen. So hat er u.a. Artikel für die von Muckermann stark beeinflusste "Saarpost", deren Tendenz gegen einen Anschluss des damaligen Saargebietes an Deutschland gerichtet war, geschrieben. Darüber hinaus hat er weiter mit einer Reihe Emigranten und deutschfeindlichen Elementen im Ausland in Verbindung gestanden. Im Jahre 1938 wurden die Eheleute A. aus Italien ausgewiesen und durch Erlass des Reichsministeriums des Inneren vom 22.8.1939 wegen deutschfeindlicher Betätigung ausgebürgert.

Mit Erlass vom 12.10.1942 - IV B 4a - 3146/42 - wurde angeordnet, die Eheleute A., sofern sie für die Ermittlungen nicht mehr benötigt werden, dem Konzentrationslager Auschwitz zum Arbeitseinsatz zu überstellen.

Da die Ermittlungen nunmehr zum Abschluss gekommen sind, bitte ich, die Inschutzhaftnahme und Überführung der Eheleute A. in das Konzentrationslager Auschwitz von dort anzuordnen. - *Der Befehl IV B 4a ist zum 12.11.1942 - 3146/42 - ausgeführt worden.*

- 2.) Unter ~~die~~ ^{der} Durchschrift von 1. ist zu setzen:

An das
Reichssicherheitshauptamt - IV B 4a -
in Berlin.

Durchschrift überreiche ich unter Bezugnahme auf den Erlass vom 12.10.1942 - IV B 4a - 3146/42 - mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3.) Unter die weitere Durchschrift ist zu setzen:

An das
Reichssicherheitshauptamt - IV B 1 -
in Berlin.

Durchschrift überreiche ich unter Bezugnahme auf den Erlass vom 5.11.1942 - IV B 1 - 1472/42 - mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4.) Nach Rücksprache mit dem Sachbearbeiter bei ^{der} BdS. in Haag, Krim.Oberass. Brückner, der anl. seines Urlaubs hier vorgesprochen hat, besteht seitens der Dienststelle Den Haag an A. kein Interesse mehr. Er wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass die Eheleute A. dem KZ. überstellt werden.

- 5.) ~~Eintragen in das~~ Tagebuch.

- 6.) Wvorl. bei II B 1.

I. V.

H. V.
11.11.42

S. 1383

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen Tag ... Monat Jahr Zeit 13. Jan 1943 13:28 von durch <i>[Signature]</i>		Raum für Eingangsstempel <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> Geheime Staatspolizei Düsseldorf 13. JAN. 1943 Rnl. </div>	Befördert Tag Monat Jahr Zeit an durch
IB Nr. 357		Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch	Verzögerungsvermerk

+ BLN NUE - NRM 7154 13.1.43 131,5 = MA =
 AN STL. DUESSELDORF.---

BETRIFFT: SCHUTZHAFT GEGEN D. RD.

1.) LOUIS MARKUS HEINZ(UNTERSTRICHEN) ABRAMCZYK GEB. AM
 15.4.00 IN BERLIN

2.) S. EHEFRAU ELLA, SARA ABRAMCZYK, GEB. RUBINSTEIN,
 GEB. AM 14.10.98 N BERLIN .---

VORGANG: DORT BERICHT. V. 31.10.42 - ROEM 2 B 1 -
 ABRAMCZYK.---

FUER DIE O. G. ORDNE ICH HIERMIT SCHUTZHAFT BIS AUF
 WEITERS AN.-- HAFTPRUEFUNGSTERMIN : 11.4.43.--

SCHUTZHAFTBEFEHLE WIE FOLGT AUSZUSTELLEN : '''.

INDEM ER (SIE) DIE REICHSGRENZE ILLEGAL ZU UEBERSCHREITEN
 VERSUCHTE UND AUF GRUND SEINER (IHRER) VERBINDUNGEN MIT
 REICHSFEINDL. KREISEN BEFUERCHTEN LAESST, ER (SIE) WERDE
 IN FREIHEIT E WEITERHIN DIE BELANGE DES REICHS NACH

S/A 12334

Heftrand

KRAEFTEN ZU SCHAEDIGEN SUCHEN -- A. IST ALS HAEFTLING
DER STUFE ROEM 2 IN DAS KL. AUSHWITZ UND SEINE EHEFRAU IN
DIE DOT. FRAUENABTL. ZU UEBERFUEHREN. UEBERFUEHRUNGSVORDRUCK
UND KURZER BERICHT ZUR UNTERRICHTUNG DES LAGERKONDANTEN SIND
DEM TRANSPORT MITZUGEBEN:--

RSB - ROEM 4 C 2 - HAFT. NR. - AM 6759 - 4. V. GEZ. MUELLER ---+

II B 1 - Tgb.Nr. 730/42 - Abramczyk - Düsseldorf, den 14. Jan. 1943.

S o f o r t ! (Unter 14. Januar 1943 anlieg. Abschrift vom 4.1.43)

1.) Auf anliegende FS.-Abschrift ist zu setzen:

Abschriftlich mit 1 Anlage

an II D im Hause

unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 23.11.1942 - Aktenz.
wie oben - mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Die Eheleute Abramczyk befinden sich im Gefängnis Düsseldorf-
Darendorf.

-/-

-/-

2.) Merkblatt zum Schutzhaftantrag ausfüllen und als Bl. 1
dieser Akten vorheften.

3.) W.vorl. bei II B 1.

HZLr.
14.1.43

StA 12335

123

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel				Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit					Tag	Monat	Jahr	Zeit
27.	März	1943	16.20	Düsseldorf							
von				28. MRZ. 1943				an			
durch								durch			
								Verzögerungsvermerk			
nr. 3086				Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch							

+KL AUSCHWITZ NR12183 27.3.43 15.30=FI=

AN STL DUESSELDORF==

AZ. II D. II B. 1/730/42 ==

DER VON DER DORT.DIENST.SEIT DEM 6.3.43 HIER EINS.

STAATL.SCHUTZH. A B R A C Z Y K ELLA SARA GEB 14.998 IN

BERLIN IST AM 19.3.43 UM 6.40 UHR AN AKUTEM MAGENDARMKATARRH

IM H.KRANKENBAU IM KL AUSCHWITZ VERSTORBEN==

ANGEHOERIGE UNBEKANNT ==

GEZ.HOESS SS OBERSTUBAF UND KOMMANDANT +

S-A 12336

Hefttrand

II B 4/Abramczyk, Heinz I.

Düsseldorf, den 3. März 1943.

- 1.) Unter die zu fertigende Abschrift des vorseitigen Schreibens ist zu setzen:

Abschriftlich

der Abteilung II D

im Hause

mit der Bitte um Kenntnisaufnahme übersandt

Zur	31. MÄRZ 1943
Kanzlei	geschrieben
verglichen	6. Apr. 1943

- 2.) II F 1 Karteikarte über Ella Sara Abramczyk, geb. Rubinstein, geb. am 14.10.1898 in Berlin, stils, ohne feste Wohnung, anlegen.

Auswertung: Wurde im Anschluß an ihre Strafverbüßung wegen illegalen Grenzübertritts und wegen Paßvergehens dem KL. Auschwitz überwiesen und verstarb am 10.3.1945.
Vorgang sh. Pers.-Akte Heinz Israel Abramczyk.

Hauptkartei

- 3.) II B 1 mit der Bitte um Kenntnisaufnahme.

- 4.) Wvorl. am 10.5.1943.

SA 12337

304
10



11288
Akten
der
Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeistelle

über

Hirsch

(Familienname)

Ignaz Israel

(Vornamen)

12. 7. 71

(Geburtsdatum)

Franz Hermann Hirsch

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo

Blattzahl:

1-16

N 11288

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr 11 288

Nur für Studienzwecke.

Druck- und Vervielfältigung jeder Art nur
mit Genehmigung des Archivs

Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich*) — in Erscheinung getretenen:

1. a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) H i r s c h,
b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Ignatz Israel
2. Wohnung: (genaue Angabe) Düsseldorf, Grunerstr. 19
3. a) Deckname: _____
b) Deckadresse: _____
4. Beruf: Fabrikant
5. Geburtstag, -jahr 12.7.1871 Geburtsort: Frankenwinheim
6. Glaubensbekenntnis und Abstammung: jüdisch
7. Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich
8. Familienstand: (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden*)
a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: Frieda Sara, geb. Daniel (+)
b) Nationale und Wohnung des Vaters: _____
c) Nationale und Wohnung der Mutter: _____
d) Nationale und Wohnung sonstiger Auskunftspersonen: _____
9. Arbeitsdienstverhältnis:
Mustertung: (Ort) _____ am _____ 19____
Ergebnis: _____
Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: _____ 19____ bis: _____ 19____
Abteilung: _____ Standort: _____
10. Militärverhältnis: (Wehrpflicht, Dienstpflcht, früheres Militärverhältnis*)
Mustertung: (Ort) _____ am _____ 19____
Ergebnis: _____
für: (Waffengattung) _____ als Freiwilliger eingetreten?
Wehrbezirkskommando, Wehrmeldeamt*) _____
Dienstzeit: von: _____ 19____ bis: _____ 19____
als: _____
Truppenteil: _____ Standort: _____

*) Zutreffendes unterstreichen.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr. 288, Bl. 7

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

11. Politische Einstellung bzw. Funktionen:

Personenbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung *) (ohne Fußbekleidung): cm
13. Gestalt ((stark, unterseht, schlank, schwächlich) *):
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend (traff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) *)
15. Gang (schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, graziös, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, steifbeinig) *)
16. Gesichtsförm und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) *)
17. Kopfhaut (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) *)
" (fülle und Tracht):
18. Bart: (z. B. farbe, förm):
19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) *)
" (Besonderheiten):
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr schmal) *)
21. Nase (eingebogen, gradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) *)
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, abstehend, anliegend) *)
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) *)
" (Besonderheiten)
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) *):
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) *):
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder O-Beine, Verkrüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang) *):
27. Kleidung (z. B. elegant, alopp, einfach) *):
28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen.

*) Zutreffendes unterstreichen.

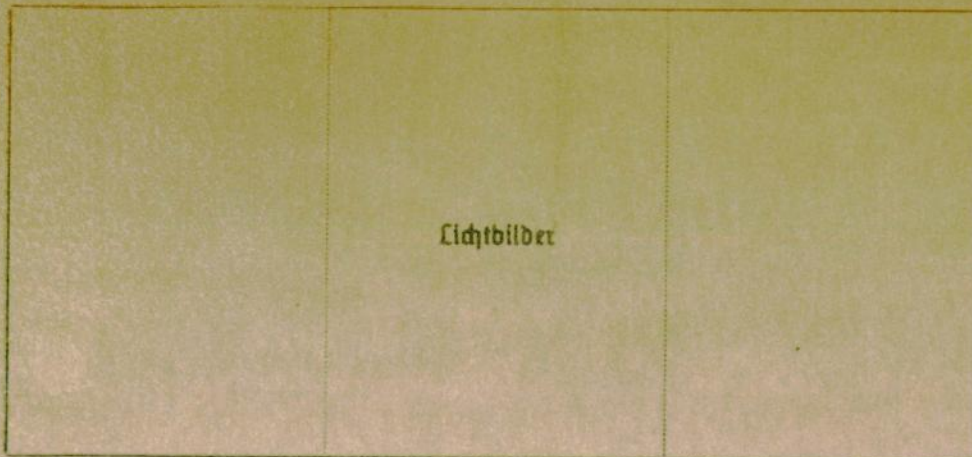
Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr 11288, Bl. 1 (R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit schriftlicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.



Aufgenommen am: 31.5.1941.

durch

Name: P ü t z

Amtsbezeichnung: Krim.-Obersst.

Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:

(Der Raum darf nicht zur Abfegung von Verfügungen verwandt werden).

- 16.4.36: Wegen Steuerhinterziehung und Kapitalverschiebung vom L.G. Schweinfuth zu 50.000.- RM Geldstrafe ersatzweise für 250.- RM 1 Tag Gef. verurteilt.
- 22.7.41: Wird dem RSHA zur Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit vorgeschlagen.
- 28.5.42 H.wurde am 27.10.1941 in das Ghetto Litzmanstadt abgeschoben.

27.10.1941 nach
Litzmanstadt abge-
schoben.
Vorgang 28.5.42/Liste.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr. 11288, Bl. 2

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Elfenach, 17. September 1942

0 5210 - G -

Bringing you 2

Vernsprecher: Nr. 1855

Bitte dieses Geschäftszeichen bei der Antwort anzugeben

610978-10-1

19 SEP. 1942

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle

D ü s s e l d o r f

Dem Reich verfallenes Judenvermögen;
Betrifft: hier: Grundstück Eisenach, Lutherplatz 3.

Auf:

Der früher in Düsseldorf wohnhafte Jude Ignatz Israel Hirsch ist zu 4/14 Eigentümer des Grundstücks Lutherplatz 3 in Eisenach. Er ist am 5. November 1941 nach Litzmannstadt verzogen. Auf Grund der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 ist ein Vermögensverfall nicht eingetreten. Ich bitte um Mitteilung, ob eine Einziehung des Vermögens zu Gunsten des Reichs erfolgt ist. Bejahendenfalls bitte ich um Übersendung einer Ausfertigung des Bescheides.

~~M. d. P. d. 4. b.~~

U. B. 796. 12r.

1.) M F 1. Karte noch?

2.) U F 2. D. R. verb. ?

3.) П В $\mu_{\text{пр}} = 0,3$
911. 3003 н.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo - Akte Nr 11288, Bl 74

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
ausdrücklicher Genehmigung des
Archivs.

Stapoleitstelle Düsseldorf, den 11. Okt. 1942

II B 3/Hirsch, Ignatz I.

1.) An den

fm Vorsteher des Finanzamtes
in Eisenach

Zur Kanzlei geschrieben vergl. ab	Betrifft: 13. Okt. 1942 14.10.42 9. Okt. 1942	Ignatz Israel Hirsch, geb. am 12.7.1871 zu Frankenwinheim, wohnhaft gewesen in Düsseldorf, Grunerstr.19.
--	--	---

Vorgang: Dort.Schr.v.17.9.1942 - O 5210 e.

Obengenannter Jude wurde am 27.
10.1941 in das Ghetto Litzmannstadt abge-
schoben. Auf Grund der Feststellung der
Volks- und Staatsfeindlichkeit wurde das
Vermögen eingezogen. Die Verwaltung obliegt
dem Oberfinanzpräsidenten in Düsseldorf.

+++

2.) Z.d.P.A.

I. *[Signature]*

[Signature]
Ge.15.10.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr. 11288, Bl. 14 (R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Akten

der

11384

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gustavo

Blattzahl: 1-54

Ausgegeben:

Nr. 11384

über

Plaut

(Familienname)

Ernst

(Vorname)

15.12.99

(Geburtsdatum)

Kassel

(Geburtsort)

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr. 77384

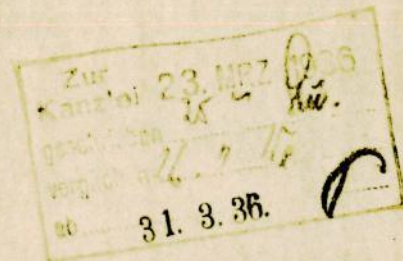
Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

S t a p o .

Düsseldorf, den 23. März 1936.

II 1 B/14,12/Dr. Plaut.



1.) An

die Preußische Geheime Staatspolizei
- Geheimes Staatspolizeiamt -

in B e r l i n .

der
Betrifft: Versammlung des Zentralvereins ~~antisemitischer~~ Juden in
Deutschland, Ortsgruppe Duisburg.

Bezug: Ohne Erlaß.

Als Anlage überreiche ich einen Bericht über eine Versammlung des Zentralvereins der Juden in Deutschland, Ortsgruppe Duisburg, in der der Syndikus des genannten Vereins, Dr. Plaut, Berlin, über das Thema "Arbeit und Tätigkeit des Zentralvereins in der Gegenwart" sprach. In seinen Ausführungen hat sich der Redner in eindeutiger Weise als Anhänger der Assimilation offenbart. Die eigentlichen Bestrebungen des Zentralvereins der Juden in Deutschland dürften damit ^{klar} liegen, da der Vortragende als dessen Syndikus ^{ein} ~~ein~~ maßgeblichen Einfluß in dem von dem Verein einzuschlagenden Kurs ~~zweifelloser~~ ausübt.

Aus den Ausführungen, die im besonderen Maße den assimilatorischen Charakter in sich tragen, dürften insbesondere die Äußerungen über die Ursache ~~Marxismus~~ der französischen Revolution, die den Beginn des Liberalismus zur Folge hatte, hervorzuheben sein. Indem Dr. Plaut darlegt, daß diese Revolution nicht vom Judentum ausging, gibt er seiner Zuhörerschaft in nicht misszudeutender Weise zu verstehen, daß sich der li-

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: _____

Gestapo-Akte Nr. 7384, Bl. 9

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

beralistische Zeitgeist aus den Gedankengängen der nicht-jüdischen Völker ergeben nat.

Die Ausführungen über die Unterbringung jüdischer Arbeitnehmer dürften geeignet gewesen sein, die zionistischen Bestrebungen, die Auswanderung der Juden aus Deutschland zu fördern, auf das schwerste zu beeinträchtigen, zumal der Redner hervorhob, daß der Zentralverein durch seine Interventionen bei den verschiedenen Ministerien, insbesondere dem Wirtschaftsministerium, sich bereits in vielen Fällen erfolgreich im Interesse der jüdischen Arbeitnehmer eingesetzt habe.

Die Schlußausführungen konnten endlich nur den Zweck verfolgen, die Versammlungsteilnehmer zu beeinflussen, den Zukunftsfragen des Judentums in Deutschland mit unerschütterlicher Zuversicht entgegenzusehen.

Um den assimilationistischen Gedankengängen des Dr. Plaut wirksam zu begegnen, halte ich ~~über ihn~~ die Verhängung eines Redeverbots/für dringend geboten. Ich bitte daher, dieserhalb Entscheidung treffen zu wollen.

2) Laufbahn

3.) Wv. 15.4.1936.

~~10~~

Handwritten signatures and initials in the bottom right corner.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr 17384, Bl. 70

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

13 712
Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

van Wien
(Familienname)

Karoline Sara
(Vorname)

30. 4. 84
(Geburtsdatum)

Krefeld-Verdingen
(Geburtsort)

Anfang:

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Philosophie Nr. 13112

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 b-4 -- W. 11609 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 26. Juni 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 1200 40 · Fernverkehr 1264 21

515
42



An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizei-leit-stelle
Düsseldorf

Betrifft: Feststellung des Verfalls des Vermögens der Jüdin-
nen Karoline van W i e n, geb. am 30.4.1884 in Uerdin-
gen und Elisabeth van Wien, geb. am 16.11.1891 in
~~geboren am~~
Uerdingen.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 1 (geheftet).

die ~~xxx~~ Das gegen Rückgabe beigefügte Schreiben des
~~der~~ Hans Klünsch, Krefeld, Corneliusstr. 10, vom 19.2. und
28.5.1942

übersende ich unter Hinweis auf Ziffer 3 des Runderlasses
vom 9.12.1941 - II A 5 - Nr. 230^V/41 - 212, mit dem Er-
suchen um Bericht, gegebenenfalls unter Beifügung eines
vordruckmäßigen Antrages (mit „Durchschrift“) auf Fest-
stellung des Vermögensverfalls.

Im Auftrage:
gez. B l u m .

II B. Tgb. Nr. _____	
1.) II F 1. Karte vorh.?	Nein
2.) II F 2. P. A. vorh.?	Fehlend
3.) II B zurüd.	



Gs.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gesterns-HK Nr 73112, Bl. 3

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

1. In zweifacher Ausfertigung nach Vordruck:

Reichssicherheitshauptamt
- Referat IV B 4 -

Zur
Kanzlei 28 NOV. 1942
geschrieben 3.12. Fdv.
verglichen 7. 1942 17
ab 7. DE 1942 3

in B e r l i n

~~Anlagen~~ Sachbearbeiter: Pol.-Sekt. Waldbillig.

Anlagen: 1 geheftet. (nur im Original angeben)
Ich bitte, die Feststellung zu treffen, daß das Vermögen ~~des~~ (der) nachstehend aufgeführten ~~Judenx~~ (Jüdin), ~~der~~ (die) zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat, auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I S. 722 ff.) dem Reich verfallen ist.

1. Name: van W i e n geb. Hertz Vornamen: Karoline Sara
(bei Frauen auch Geburtsname) (Rufnamen unterstreichen)
2. Geburtstag: 30.4.1884
3. Geburtsort und Kreis: Krefeld-Uerdingen
4. Letzter inländ. Wohnsitz: Krefeld, Uerdingen, Bruchstrasse 46
5. Zeitpunkt der Abwanderung: 7.4.1926 nach Venlo/Holland
6. Inländische Vermögenswerte: 1/2 Anteil an folgenden Vermögenswerten:
- | | |
|---|-------------|
| 1. Grundstück Duisburg, Wanneheimerstr.137, Einheitswert | 14000.- RM. |
| 2. " Uerdingen, Bruchstrasse 46, " | 5500.- " |
| 3. Wiese Uerdingerbruch und Langenbruch in Uerdingen | 3230.- " |
| 4. Sarguthaben bei der Kreissparkasse Kempen-Krefeld in Krefeld | 155,85 " |
| 5. Mietüberschuß im Besitz des Vermögensverwalters | 1516,58 RM. |
- Vermögensverwltter ist Hans Klünsch, Krefeld, Corneliusstr.10.
- Sicherstellung ist erfolgt. Der zweite Anteil gehört der Jüdin Elisabeth van Wien, geb.16.11.91, über die besonderer Antrag vorgelegt wird.
7. Angabe, ob Renten, Versorgungs- gebühren usw. bezogen wurden und Einstellung der Zahlung veranlaßt ist.

2.)

2xmxIIExmIxmPersBogen
xmxmXmXmXm

IX-A-50

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrte dr. 13112

2. In zweifacher Ausfertigung nach Vordruck:

An das

Reichssicherheitshauptamt
- Referat IV B 4 -

7. DEZ. 1942

in B e r l i n

Betrifft: Vermögensverfall bei Juden auf Grund der 11.
Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November
1941 (RGBl. I S. 722 ff.)

Bezug: Erlaß vom 26.6.42 -IV B 4 b-4-W.11609.
Berichterstatter: Pol.-Rat Friedrich.
~~xxxxxxx~~ Sachbearbeiter: Pol.-Schr. Waldbillig.

Ich bitte, die Feststellung zu treffen, daß das Vermögen
~~xxx~~(der) nachstehend aufgeführten ~~xxxxx~~ (Jüdin), ~~xxx~~ (die) zu-
letzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat, auf Grund
der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941
(RGBl. I S. 722 ff.) dem Reich verfallen ist.

1. Name: van W i e n geb.Hertz Vornamen: Elisabeth Sara
(bei Frauen auch Geburtsname) (Rufnamen unterstreichen)
2. Geburtstag: 16.11.1891
3. Geburtsort und Kreis: Uerdingen, Kreis Krefeld-Uerdingen
4. Letzter inländ. Wohnsitz: Krefeld-Uerdingen, Bruchstrasse 46
5. Zeitpunkt der Abwanderung: 26.3.1926 nach Venlo/Holland
6. Inländische Vermögenswerte: 1/2 Anteil an folgenden Vermögenswerten:
 - 1, Grundstück Duisburg, Wannheimerstr.137, Einheitswert 14000.- RM.
 2. " Uerdingen, Bruchstrasse 46, " 5500.- "
 - 3, Wiese Uerdingenbruch-Langenbruch in Uerdingen 3230.- "
 4. Mietüberschuß im Besitz des Vermögensverwalters 1516,58 "Vermögensverwalter Hans Klünsch, Krefeld, Corneliusstr.10.
Der zweite Anteil gehört der Jüdin Karoline Sara van Wien, geb.
30.4.1884 in Uerdingen, über die besonderer Antrag vorgelegt wird.
7. Angabe, ob Renten, Versorgungs-
gebühren usw. bezogen wurden und
Einstellung der Zahlung veranlaßt
ist. ./.

2. II. E. l. i. s. a. Pers. Bogen
~~xxxxxxx~~
3. Z. d. P. A.
~~xxxxxxx~~

~~xxxxxxx~~

3.)

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Galaywalla Nr. 13112

3.) II F 1: Karteikarten für die in den Berichten zu 1) und
2.) Genannten anlegen. Auswertung Karoline van Wien
sh. Pers.Bogen. Auswertung: Elisabeth van Wien:

Hauptkartei 8/12 1/10

Emigrantin. Staatenlos auf Grund der 11. Verordnung
zum Reichsbürgergesetz. Inländisches Vermögen wird
eingezogen. Vorgang sh. Pers.Akte. Karoline Sara
van Wien. 30.4.84.

4.) Z.d.P.A.

I.V(I.V.)

1007
1/12
1/10

8R

Reichssicherheitshauptamt

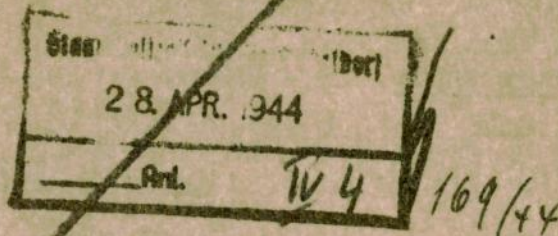
PR

Berlin SW 11, den 19. April 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 04 31

IV A 4b (II)c - W. 11609

Mite im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum
und den Gegenstand angeben

(bisher: IV B 4 b-4)



An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle

Düsseldorf

Betrifft: Feststellung des Vermögensverfalls aufgrund der
Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom
25.11.1941 (RGBl. I, S.722);
hier: die Jüdin Karoline Sara van W i e n,
geb. Hertz, geb. 30.4.1884 in Krefeld-
Uerdingen, zuletzt wohnhaft Krefeld-
Uerdingen, Bruchstr. 46.

Bezug: Bericht vom 28.11.1942
- II B 3/515/42/van Wien -. PR

[Nach Angaben des Vermögensverwalters Hans
K l ü s c h, wohnhaft in Krefeld, Corneliusstr. 10,
besitzt die Jüdin Karoline van W i e n seit dem
7.4.1926 die niederländische Staatsangehörigkeit.

Es wird um Nachprüfung und umgehenden Bericht
ersucht.]

Im Auftrage:
gez. Kube

Beiglaubigt:
Kanzleiangest.



Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo - Akte Nr 13112, Bl. 11

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Ratingen, den 14. Juni 1944.

13
Zur
Kanzlei 1. Juni 1944
beschrieben 15.6.44
vergeben 16.6.44
17. Juni 1944

1.) An den

Befehlshaber der Sipo und des SD in
D e n H a a g .

Betrifft: Vermögensverfall der Jüdin Karoline Sara van Wien,
geb. ~~am~~ Mertz, geb. am 30.4.1884 in Krefeld.

Vorgang: Ohne.

Die Obengenannte besitzt noch Vermögenswerte im Inlande. Sie ist am 7.4.1926 nach Venlo ausgewandert. Nach einer Mitteilung des Vermögensverwalters soll sie die niederländische Staatsangehörigkeit erworben haben und im "Bevolkingsregister der Gemeinde Venlo" geführt worden sein.

Es wird gebeten, die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der zuletzt Venlo, Markt Nr. 5, wohnhaft gewesenen van Wien zu überprüfen. Da dem RSHA zu berichten ist, wird um umgehende Erledigung gebeten.

2.) Wvorl. am 1.7.44.

I.A. 

14.
6.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr 13772, Bl. 73

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

1 7 14

DER BEFEHLSHABER

DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD
FÜR DIE BESETZTEN NIEDERLÄNDISCHEN GEBIETE

IV B 4 (3e)-B.Nr.12504/44

5188

DEN HAAG, den 4. Juli 1944.

12. JULI 1944

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
z.Zt. Ratingen.

Betrifft: Jüdin Karoline Sara van W i e n geb. Hertz, geb.
30.4.84 in Krefeld, wohnhaft gewesen Venlo, Markt 5.

Vorgang: Dort. Schreiben vom 14.6.44 - IV 4 b/Tgb.Nr.169/44/van
Wien -.

Die Feststellungen haben ergeben, dass die Jüdin
Karoline Sara van Wien, geb. Hertz, geb. 30.4.84 in Krefeld,
verheiratet mit dem Juden Sally van Wien, geb. 11.1.79 in
Varel

die niederländische Staatsangehörigkeit besass. Die
van Wien wurde am 12.10.42, ihr Ehemann am 8.2.44, zum Arbeits-
einsatz nach dem Osten abtransportiert.

Im Auftrage:

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr 13712, Bl. 74

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Stapoleit-Düsseldorf
IV 4 b / Tgb.169/44.

Ratingen, den 9. August 1944.

1.) An das

RSHA - IV A 4 b -
in B e r l i n.

Kanzl.	9 AUG 1944
geschrieben	G. R. v. H.
vergleichen	76
ab	11. Aug. 1944

Betrifft: Feststellung des Vermögensverfalls auf Grund der 11.VO. zum Reichsbürgergesetz v.25.11.1941; hier: Jüdin Karoline Sara van W i e n geb.Hertz, wohnhaft in Krefeld-Uerdingen, Bruchstr.46.

Vorgang: Erlaß v. 19.4.44 - IV A 4 b (II) c - W.11609.-

Die Vorgenannte hat nach Mitteilung des Befehlshabers der Sipo und des SD.v. 31.7.1944 am 23.4.1936 durch Einbürgerung die niederländische Staatsangehörigkeit erworben.

2.) Tagebuch austragen. *al*

3.) Zu den P.A. " Karoline Sara van W i e n ".

I.V.
Bel (i.V.)

J11.
8.8.44.

12

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrte Nr. 13112

13448
Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle

Düsseldorf

über

Esser

(Familienname)

Johann

(Vorname)

25. 9. 75

(Geburtsdatum)

Giesenkirchen

(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Polizei

Blattzahl:

1-33

Ausgegeben:

Nr. 13448

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Juliusstraße Nr. 13448

Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 5. August 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 1200 40 · Fernverkehr 1264 21

IV B 4a - 1255/42
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

13

Staatspolizeiteilstelle Widdeshoven
13. AUG 1942
560/1428

An die
Staatspolizeileitstelle
in Düsseldorf.

Betrifft: Den Mischling 1. Grades Johann E s s e r,
wohnhaft in Widdeshoven, über Grevenbroich,
Dorfstr. 78.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 1.

Als Anlage übersende ich eine Eingabe
des vorstehend Genannten zur Kenntnisnahme und
weiteren Veranlassung.

Ich bitte, gegen E s s e r entsprechend
den Bestimmungen des RdErl. vom 9.4.42 - IV B 4a-1-
190/40-19- betr. Ausserehelicher Verkehr jüdischer
Mischlinge mit Deutschblütigen - zu verfahren.

Unter Bezugnahme auf den Erlass des OKW.
vom 8.4.40 - bekanntgegeben durch RdErl. vom 6.7.40-
IV A 5b - 3060/40g - betr. Behandlung jüdischer
Mischlinge in der Wehrmacht - bitte ich gleichzeitig,
dem zuständigen Wehrbezirkskommando von der

./.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Juliuswahrstr. 13448

13 R

Rassezugehörigkeit der Brüder des Antragstellers
Kenntnis zu geben.

Einem abschliessenden Bericht unter Angabe
der vollständigen Personalien der Beteiligten sehe
ich entgegen.

Im Auftrage:

gez.: G ü n t h e r



Beglaubigt:

Stam

gestellte

ste

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Quilgenwälder Nr. 13448

Johann Esser,
Widdeshoven, Dorfstr. 78

Deutsch. Polizei
Widdeshoven, den 21. Juli 1942
25. 7. 1942 über Grevenbroich

An den

Herrn Reichsminister des Inneren

Berlin

Ohne Briefumschlag eingegangen
Briefumschlag ohne Briefmarke
Eingangsdatum 25.7.

Reichsministerium des Innern

23. JUL. 1942 Vm

betrifft: Zusammenleben eines 50% Mischlings mit einer arischen Frau.
Antrag um Belassung dieses Verhältnisses.-

Der Unterzeichnete unterhält seit 10 Jahren ein Verhältnis mit einer arischen Frau und sind diesem Paar drei Kinder geboren. Ich war seit 1938 zunächst beim Arbeitsdienst und später bis Ende Mai 1940 bei der Wehrmacht, habe den Polenfeldzug mitgemacht (lt. Wehrpass Schlacht in Westpreussen, Kampf um die Brahe, Gefechte in der Tücheler Heide, Kampf um die Narewübergänge bis zur Wegnahme der Festung Brest) alles beim XIX A.K. I. Flak. Regt. 61 und wurde im Mai 1940 von der Wehrmacht entlassen mit der Begründung, dass ich 50% Mischling sei. Ich habe noch 4 Brüder, von denen z. Zt. noch 3 bei der Wehrmacht sind. Der vierte Bruder ist für den Wehrdienst untauglich. Bei meinen Brüdern ist bisher nichts beanstandet worden. Ich bestätige hierdurch, wie bisher, dass ich jeder Zeit bereit bin, wieder Soldat zu werden.

Nun fordert mich die Gemeinde Widdeshoven auf das Verhältnis mit der arischen Frau zu lösen. Ich habe stets für meine Braut und ihre 3 Kinder gesorgt und den laufenden Verpflichtungen bin ich stets nachgekommen. Seit meiner Entlassung vom Militär arbeite ich wöchentlich 60 Stunden und mehr bei der Holzwollfabrik Gustav Eichenwald, Neuss-Hafen, und habe mir polizeilich nichts zu Schulden kommen lassen.

Ich stelle deshalb an Sie den Antrag, mir zu gestatten, das Verhältnis mit meiner Braut aufrechterhalten zu können.



Johann Esser

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Juliuszelle Nr. 13448

Düsseldorf, den 27. November 1942.

22

3/42/42 g.

- 1.) Nr. 560 im Tagebuch austragen. Bericht zu 2.) als offenes Schreiben versenden. Schreiben zu 3.) unter Geheim. G.Nr. ein- und austragen. *erl.*
- 2.) An das

Geheim

560/42 Reichssicherheitshauptamt

- Ref. IV B 4 -
in B e r l i n .

Zur	Kanzlei	22. NOV. 1942
geschrieben	30. 11. 512	
vergl.	0. NOV. 1942	
ab.		

Betrifft: Den Mischling. I. Grades Johann E s s e r, geb. am 25.9.1915 zu Giesenkirchen/Kreis Grevenbrpich, wohnhaft in Neuß, Bergheimerstrasse 18.

Vorgang: Erlaß vom 5.8.42 - IV B 4 a - 1255/42.

Berichterstatter: Pol.-Rat Friedrich.

Sachbearbeiter: Pol.-Schr. Waldbillig.

Der jüdische Mischling I. Grades Johann E s s e r hat das Verhältnis mit der deutschblütigen Elisabeth E l s e n gelöst. Er hat ferner seine Wohnung in Widdeshoven aufgegeben und ist erst nach Giesenkirchen zu seinem Vater und dann nach Neuß verzogen. Esser wurde eindringlich gewarnt, weiterhin einen Verkehr mit deutschblütigen Frauen und Mädchen zu unterhalten.

Seine drei Brüder

Obergefr. Mathias Esser, geb. am 3.7.1914 zu Schelsen, 1. Komp, Landesschützen Batl. 489 in Erkelenz,

Gefr. Fritz Esser, geb. am 26.8.1919 zu Schelsen, 1. Flieger-Ersatz. Batl. 4 in Bad Sulza(Thüringen) und

Funker Theodor Esser, geb. am 14.6.1918 zu Schelsen, H.K.12 in Flensburg-Weich,

^{angef.} befinden sich heute noch bei der Wehrmacht. Das zuständige Wehrbezirkskommando in M.-Gladbach wurde über die Rassezugehörigkeit der Gebrüder Esser unterrichtet und ~~gebeten~~ unter Bezugnahme auf den Erlaß des ~~Führers~~ Oberkommandos der Wehrmacht vom 8.4.40 - Az.12 i 10220 J (I c) Nr.524/40 geh. - betr. Behandlung jüdischer Mischlinge in der Wehrmacht - das Weitere zu veranlassen.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Zeichensaal Nr. 13448

3.) An das Wehrbezirkskommando

442/42

in M.-G l a d b a c h .

30. NOV. 1942

Betrifft: Behandlung jüdischer Mischlinge in der Wehrmacht.

Vorgang: Ohne.

Nach den hiesigen Feststellungen befinden sich die nachstehend aufgeführten jüdischen Mischlinge I. Grades (50%ige jüdische Mischlinge) heute noch im Dienst der deutschen Wehrmacht:

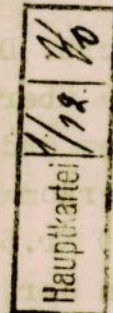
- ✓ 1. Obergefr. Mathias E s s e r , geb. am 3.7.1914 zu Schelsen, 1. Kompanie, Landesschützen Batl. 489 in Erkelenz,
- ✓ 2. Gefr. Fritz E s s e r , geb. am 26.8.1919 zu Schelsen, 1. Flieger-Ersatz.Batl. 4 in Bad Sulza(Thüringen).
- ✓ 3. Funker Theodor E s s e r , geb. am 14.6.1918 in Schelsen, H.K.12 in Flensburg-Weich.

Ich bitte um Kenntnissnahme und weitere Veranlassung. Auf den Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht vom 8.4.1940 - Az.12 i 10-20 J (I c) Nr.524/40 geh. - betr. Behandlung jüdischer Mischlinge in der Wehrmacht, nehme ich Bezug.

+

+

- 4.) II F 1: Karteikarten für den im Betreff zu 2) Genannten und die unter 1-3 im Schreiben zu 3) Genannten anlegen bzw. ergänzen. Auswertung Johann Esser sh. Pers.Bogen. Auswertung Mathias, Fritz und Theodor Esser: Ist jüdischer Mischling I. Grades, befindet sich im Dienst der deutschen Wehrmacht. Das WBK M.-Gladbach wurde über die Rassezugehörigkeit ~~der~~ unterrichtet und um ~~Wartung~~ Entlassung aus der Wehrmacht gebeten. Vorgang sh. Pers.Akte Johann Esser, 25.9.15.



5.) Z.d.P.A.

I.V.

Handwritten notes and signatures in the bottom right corner, including '120', '19', '10', '11', '12', '13', '14', '15', '16', '17', '18', '19', '20', '21', '22', '23', '24', '25', '26', '27', '28', '29', '30', '31', '32', '33', '34', '35', '36', '37', '38', '39', '40', '41', '42', '43', '44', '45', '46', '47', '48', '49', '50', '51', '52', '53', '54', '55', '56', '57', '58', '59', '60', '61', '62', '63', '64', '65', '66', '67', '68', '69', '70', '71', '72', '73', '74', '75', '76', '77', '78', '79', '80', '81', '82', '83', '84', '85', '86', '87', '88', '89', '90', '91', '92', '93', '94', '95', '96', '97', '98', '99', '100'.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrte Nr. 13468



13585
Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle Düsseldorf

über

Mayer
(Familienname)

Julius Israel
(Vorname)

29
(Geburts)

Wies
(Geburts)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Blattzahl:

Ausgegeben:

Nr.

Anfang: 31.12.1939

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr. 13585

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

den Herrn Reichsminister des Innern

Reichsministerium des Innern

23 SEP. 1941 Nm.

B e r l i n .

Herr Minister!

Wenn ich heute in meiner beifapielllosen Not als Deutschblutige Frau mich an Sie wende, geschieht es nur, um Sie zu bitten, mir zu helfen.

Am 25 April 1940 (Akt. Zeichen A6114 der Regierung in Düsseldorf) erbat mein Mann, Julius Israel Mayer, einen Abstammungsbescheid, also seit 17 Monaten. Alle nur möglichen Papiere wurden beigebracht, der Befund der vorgenommenen Rassenuntersuchung wurde beigefügt und wiederholt letztmalig am 5 Aug. 1941 über den Herrn Regierungspräsident in Düsseldorf an Sie geschrieben, mit der Bitte eine Entscheidung baldigst zu treffen.

Im Jahre 1909 heiratete ich meinen Mann, den ich drei Jahre vorher kennen lernte und der evangelischen Glaubens war. Er wurde der treusorgende Vater meiner beiden Deutschblütigen Kinder, denen er alles gab, auch seinen Namen. Mein Sohn ist seit 22 Jahren bei Rheinmetall- Borsig, jetzt Hermann Göringwerke in Düsseldorf und seit 6 Jahren Prokurist in diesem Werk. Er hat selbst 2 Kinder und ist Mitglied der N S D A P, Meine Tochter ist in Stuttgart verheiratet und hat aus erster Ehe eine Tochter, meine Enkelin die sich vor einem Jahr verheiratete und jetzt in diesen Tagen ein Kind erwartet, meinen Urenkel. Die Männer der beiden Frauen sind im Felde.

32 Jahre bin ich nun verheiratet und glauben Sie mir, Herr
Minister, in einer solchen Zeit lernt man einen Menschen kennen.
Er war niemals Jude ,auch nicht seinem Wesen und Charakter nach

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Ges. Hypo.-Arch. Nr. 13 585, Bl. 37

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

war immer nur deutschgesinnt und ging völlig in seinem Beruf als Apotheker auf. Aus der Ehe mit meinem Mann sind keine Kinder da.

Nun kam am 5. Sept. 41 eine Verärdrnung heraus, wonach ein Kennzeichen getragen werden muß, dazu eine örtliche Verfügung der Polizeibehörden, daß auch in Zweifelsfällen, wie bei meinem Mann bis zur Klärung das Kennzeichen getragen werden muß. Sie können mir das wohl nachfühlen, wie unglücklich ich bin. Ich bin der Verzweiflung nahe und kann es nicht begreifen, daß man uns so lange auf eine Entscheidung warten läßt.

Und so bitte ich Sie denn, Herr Minister und flehe Sie an, helfen Sie mir und meinem Mann zu seinem Recht. Ich bitte Sie auch, mir doch baldigst eine Nachricht zukommen zu lassen.

Mit deutschem Gruß.

Fräulein Luise Dörner
geb. Schell

Einschreiben.
=====

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-AMK Nr 13585, Bl. 38

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

V e r m e r k :

Düsseldorf, den 26.11.41.

Dem Juden Julius Israel Mayer, wohnhaft Düsseldorf, Schillerstr. 12, wurde eröffnet, daß der Antrag seiner Ehefrau an den Herrn Reichsminister des Innern, auf Befreiung vom Tragen des Judensternes, ~~abgelehnt~~ abgelehnt sei. Mayer wurde nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er den Judenstern zu ~~tragen~~ tragen hat.

Lütz
Krim.-Obersast.

II B 4/71.02/Mayer.

Düsseldorf, den ~~26~~ 11.1941.

1.) Nichts mehr zu veranlassen.

2.) II F 1. Siehe Personalbogen.

Hauptkartei	<i>h</i>	<i>26/11</i>
-------------	----------	--------------

3.) II F 2. ZdPA. Julius Israel Mayer.

B.

26/11

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bestand: Gestapo-Akte Nr 73 585, Bl. 40

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Akten

14870

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Hamp

(Familienname)

Matthias

(Vorname)

16.12.99

(Geburtsdatum)

Krefeld

(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Verstapo

Blattzahl:

1-13

Ausgegeben

Nr. 14870

Anfang:

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Geisapo-Akte Nr 14870

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr 14820, Bl 3

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

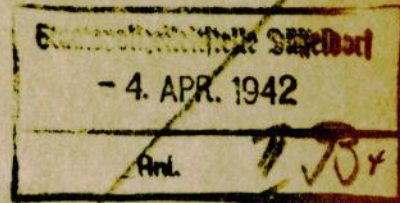
Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 b-4 -- K. 19376 -

Berlin, den 13. März 1942

Abschriftlich

der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
Düsseldorf



zur Kenntnisnahme übersandt.

Die in vorbezeichnetem Schreiben genannte Person hat mit Wirkung ab 14.6.1930 die Staatsangehörigkeit von Holland erworben und hierdurch die deutsche verloren. Eine Vermögensverfallfeststellung kommt daher nicht in Betracht. Die Frage, ob eine Einziehung des inländischen Vermögens wegen volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen erfolgen kann, wird geprüft.

Im Auftrage:

gez. F r a n k e n



Beglaubigt:

Heuß

Kanzleiangestellte.

Hü

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr 94870, Bl. 3 (R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 8. April 1942
Deinz-Albrecht-Straße 8

II A 5 Nr. 3119/42-212

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

II B. Vgb. Nr. *Kamp, Matthias*

1.) II F 1. Karte vorh.?

ja
Nein

2.) II F 2. P. A. vorh.?

Nein
Nein

3.) II B jurüd.

13. APR. 1942

Ad.

K/B

226
42

An

die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
in Düsseldorf.

Betrifft: Matthias Israel Kamp, Arnhem.

Bezug: Erlaß vom 13.3.1942 - IV B 4 b - K.19376.

Das Guthaben auf dem Konto des Juden Kamp bei der Deutschen Bank, Filiale Krefeld, in Krefeld beträgt nach einem Schreiben dieser Bank vom 15.12.1941 - Rechtsabt. - G/S - nur 41,32 RM. Von der Einziehung dieses geringen Betrages wird abgesehen. Sollte sich das Guthaben inzwischen erhöht haben oder sollten weitere Vermögenswerte des Juden vorhanden sein, so wäre dies zu berichten.

Im Auftrage:
gez. Pfeiffer



Beglaubigt

Keller

Zeileangestellte.

Mn

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr. 14870, Bl. 4

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Düsseldorf, den 28 Nov.1942. 9

1.) An das

Reichssicherheitshauptamt

- Ref. II A 5 -

in B e r l i n .

Zur	Kanzlei	28 NOV. 1942
geschrieben	1.12.42	
vergliehen	2. DEF 1029	

Betrifft: Juden Matthias Israel K a m p , geb. am 16.12.1899
zu Krefeld, wohnhaft gewesen in Krefeld, Viktoriastrasse
140.

Vorgang: Erlaß vom 8.4.1942 - IIA 5 Nr.3119/42-212.

Berichterstatter: Polizei-Rat Friedrich.

Sachbearbeiter: Polizei-Sekretär Waldbillig.

Anlagen: 1 Vermögensaufstellung.

Von dem Juden K a m p, der die niederländische Staats-
angehörigkeit unter Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit
erworben hat, konnten die in der als Anlage beigefügten Vermö-
gensaufstellung verzeichneten Werte erfasst und sichergestellt
werden. Insgesamt hat Kamp im Inlande einen Vermögensanteil von
etwa 60-65 000.- RM, dem etwa 7450.- RM Schulden gegenüberste-
hen.

Ich bitte, beim Reichsminister des Innern die Fest-
stellung zu beantragen, daß die Bestrebungen des Juden Kamp
volks- und staatsfeindlich gewesen sind, damit das inländische
Vermögen auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und
staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 (RLG.Bl.I.S.479)
zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen werden kann.

2.) Wvorl.am 1.4.43.

I.X.

1.6.43 Jw

1.6.43 Jw

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand: Gestapo-Akte Nr. 74870, B. 9

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 c 1 Nr. 3119/42 -.

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und den Gegenstand angeben

An

die Geheime Staatspolizei
-Staatspolizeileitstelle-
in Düsseldorf.

Berlin SW 11, den 13. März 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21



Betrifft: Inländisches Vermögen des Matthias Kamp, geb. 16.12.99 in Krefeld.

Vorgang: Bericht vom 28.11.42 - II B 3 - Tgb.Nr. 226/42/Kamp -.

Anlagen: Beglaubigte Abschrift einer Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.

- - -

Unter Anschluß einer beglaubigten Abschrift der beantragten Feststellung wird um weitere Veranlassung ersucht.

Die Erledigung hat sich infolge einer Erörterung des Falles mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die besetzten

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo Akte Nr. 74870 Bl. 70

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

besetzten niederländischen Gebiete verzögert.

Im Auftrage:
gez. H u n s c h e



Haubigt:
Kanzleigestellte

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Gestapo-Akte Nr. 14870, Bl. 10 (R)

Nur für Studienzwecke.

Druck und Vervielfältigung jeder Art nur
mit ausdrücklicher Genehmigung des
Hauptstaatsarchivs.

15774
E. 1/2

Akten

der

15774

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle

Düsseldorf

über

Dauids

(Familienname)

Ernst Israel

(Vornamen)

3. 6. 98

(Geburtsdatum)

Hüls

(Geburtsort)

Staatsarchiv Düsseldorf

Bestand:

Geschw.

Blattzahl:

1-79

Ausgegeben:

Nr.

15774

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Freiheitswahlen Nr. 15774

Mag. d. d. B. 4/ Davids, Joseph David.

Düsseldorf, den 27. 11. 41

Geheim!

Merk.

1/ Der Friedr. Joseph David Davids wohnt
 noch bei der bisherigen Dienststelle im
 Hause seiner berufshandwerk Fraktion
 zurückhaltung Gründe vorzubringen. Er gab
 an, für die Abreisestelle Tafel im
 Ausland tätig zu sein und lag
 als Beispiel seiner Arbeit 3 zukunfts-
 nahen Reisepass vor. Aus diesem ist zu
 sehen, dass er in der Mitte des 19. J. 41
 der (Kassierdienststelle) Berlin am 16. 11. 41
 Thell. vom Adv. H. R. K. - Landesscheile Kitz-
 je eine Dienstreise ausgestellt worden
 ist. Dieser Reise ist 3. 12. 41
 verlängert. Nach dem und Dienstreise
 werden unwillkürlich Folgebücher angefordert
 und den Vorgang befristet.
 Der Landrat in Kempen wird,
 als Kassierstelle, um Abreise über-
 lassung der Vorgänge gebeten. (formuliert)
 die aber erst am 14. 12. 41 bei Abt.
 B 4 einlaufen.

F. in der Nr. 11 41
 von Helly. vom Adv. EAT
 -Landesscheile Kitz

Peter, p. 7.

d. d. 28. 12. 41

Mag. d. d. B. 4/ Davids, Joseph David.

1/ Merk.

Auf den Kassakten des Landrats in Kempen
 sind keine Aufschlüsselungen vorhanden. Die Akten
 werden daher nicht aufgeführt zurückgeschickt.
 Peter

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelegenschaft abt. 15774

A b s c h r i f t !

auf Wagnung II B 7112 / Strauß

Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 2. Dezember 1941

IV B 4 b 3182 / 41 g (1445)

Geheim!

G e h e i m

S c h n e l l b r i e f .

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
z. Hd. 44-Obersturmbannführer Oberregierungsrat
Dr. A l b a t h - persönlich -

D ü s s e l d o r f .

Betrifft: Den Juden Siegfried Israel S t r a u ß, geb. am 24.
4.1891 in Battenfeld, wohnhaft in Essen, Ladenspelderstr. 47.

Bezug: Dortiger ~~Schgang~~ Schgangbrief vom 20.11.1941

Aktz.: II B 4/71.02/107/41 g/Strauß.

Auf den dortigen Schnellbrief vom 20.11.41 wird mitgeteilt, daß in letzter Zeit bei dem Ahlaufen der Evakuierungstransporte in auffälliger Weise von einzelnen Dienststellen oder Offizieren der Wehrmacht für Juden interveniert wird.

Unter den verschiedensten Gründen werden neuerdings, unter dem Vorwand einer angeblichen Verwendung für Belange der Abwehrstellen nach ihrer Auswanderung im Ausland, Zurückstellungen von Juden von Evakuierungsaktionen und Erteilung der Auswanderungsgenehmigung beantragt.

Nach Lage der Dinge kann die Vermutung nicht von der Hand gewiesen werden, daß in der Mehrzahl der Fälle persönliche Interessen Anlaß dieser Anträge sind.

Eine Zurückstellung der genannten Juden von der Evakuierung und die Erteilung der Auswanderungsgenehmigung kann daher solange nicht vorgenommen werden, als nicht vom Oberkommando der Wehrmacht selbst ein diesbezügliches besonders begründetes Schreiben hier vorliegt, in dem die tatsächliche Verwendung dieser Juden für Abwehraufträge bestätigt wird.

Der Abwehrstelle in Bremen ist anheimzustellen, in vorliegender Angelegenheit ein entsprechendes Schreiben des OKW an das Reichssicherheitshauptamt richten zu lassen.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n

Beglaubigt:
gez. Werlemann, Kztl. Angest.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Becker, Kztl. Inspektor

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Opferrolle Nr. 15774

Geheim!

58

1.) Tgb. Nr. 3/42 g und 13/42/g mit einander verbinden.

2.) G e h e i m !

Durch Einschreiben!

An die

Passierscheinhauptstelle
der Abwehrstelle VI. AK.

in M ü n s t e r .

27.
30. 2.
4. Feb. 1942

Betrifft: Den Juden Ernst Israel D a v i d s, geb. am 3.6.1898
in Hüls, wohnhaft in Hüls, Moersischestr. 83

Vorgang: Ohne.

Einsetzen: von [bis]
und von [bis]

des Schreibens vom 12.1.42 an die Passierschein-
hauptstelle in Berlin.

+++

+++

3.) Geheim!

Durch Einschreiben!

An das

Stellv. Generalkommando VI AK.

- Sonderstelle -

in K ö l n .

Betrifft:

und Vorgang : wie zu 1.)

Einsetzen: von [bis]

des Schreibens v. 12.1.42

weiter: Davids war im Besitz eines von dort am 15.1.41
unter Nr. 1142 erteilten Durchlaßscheines.

dann Weiter: von [bis]

des Schreibens v. 12.1.42

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Juliusstraße Nr. 15774

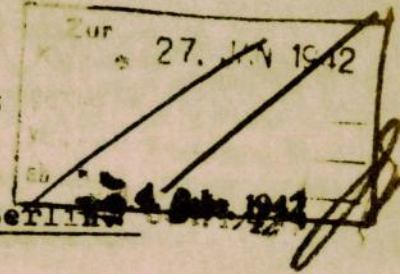
- 4.) Abschrift des Schreibens des OKW v. 16.1.42 fertigen und als Anlage zu 5.) beifügen. *(Mit. Geim. Hangel gef. f. f. f.)*
5.) G e h e i m ! **Geheim!**

Durch Einschreiben! 59

An das

Reichssicherheitshauptamt
Ref. IV B 4 b

in Berlin 27. Jan 1942



und

Betrifft: wie zu 1.)
Vorgang:
Anlagen: 4 Fotokopien, 1 Abschrift.

Der Obengenannte war von hier ~~nach~~ zur Evakuierung nach dem Osten vorgesehen. Bei der Überprüfung seiner Person gab Davids an, für Abwehrstellen der Wehrmacht im Ausland tätig zu sein.

D. war im Besitz eines am 16.6.41 ausgestellten Durchlaßscheines - West der Passierscheinhauptstelle der Abwehrstelle VI -Münster- sowie eines am 15.1.41 unter Nr. 1142 erteilten Durchlaßscheines der Sonderstelle Köln des Stellv. Gen. Kdo. VI. AK. Von der beabsichtigten Evakuierung des Davids wurde unter diesen Umständen vorläufig Abstand genommen.

Unter Zugrundelegung der im ähnlich gelagerten Fall S t r a u B , Siegfried, Israel mit Erlaß vom 2.12.41 -IV B 4 b/41 g (1145) getroffenen Weisung, habe ich mich an die Passierscheinhauptstelle beim Generalquartiermeister in Berlin, als ursprünglichen Aussteller des Durchlaßscheines Nr. 13 987, mit der Bitte gewandt, in vorliegender Angelegenheit ein besonders begründetes Schreiben durch das OKW an das RSAH richten zu lassen ~~hierauf~~ und hierauf die in Abschrift als Anlage beigefügte Antwort erhalten.

Die Passierscheinhauptstelle in Münster und die Sonderstelle in Köln habe ich heute gebeten, die ~~tat~~ sächliche Verwendung des D. für Abwehraufträge durch ein Schreiben des OKW an das RSAH bestätigen zu lassen.

- 6.) Wv. 1.3.42 ~~2.3.42~~ *N.*

34.

L

Handwritten signature/initials

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Quilapahle Nr. 15774

II B 4/Davids/ 74/42g.

71

1a) Eintragen im G-Tagebuch.

1.) An das

Reichssicherheitshauptamt

- Ref. IV B 4 b -

in Berlin.**Geheim!**

Zur	1942
7.5.42	
Vergleichen	
8. Mai 1942	

Betrifft: Den Juden Ernst Israel D a v i d s , geb. am 3.6. 1898 in Hüls, wohnhaft in Hüls/Krefeld, Moersische-str.83.

Vorgang: Bericht vom 30.1.42. - II B 4/Davids.Ernst.Isr. 13/42g.

Nach einer Mitteilung der Abwehrnebenstelle Köln ist der Jude Davids mit Erfolg für Nest. Köln I Wi tätig gewesen. Außer seinen Spesen hatte D. keine Gelder erhalten. Seit einiger Zeit wurde jedoch von einer weiteren Verwendung des D. Abstand genommen.

Unter Bezugnahme auf den dortigen Erlaß vom 2.12. 41 - IV B 4 b - 3182/41g (1445) habe ich Davids am 22.4.42 nach Izbica evakuiert.

2.) Vermerk: Der angezogene Erlaß. des RSHA befindet sich in der beiliegenden Pers.Akte. Siegfried Isr. Strauß. - *L. Hoffmann*

3.) II F 1: sh. Pers. Bogen

Hauptkartei	KS/S	M
-------------	------	---

empfohlen

4.) Löschen der Wvorl.

5.) Z.d.P.A.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelappte Nr. 15774

18 331

Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Lengemann

(Familienname)

Martha Sara

(Vorname)

9. 10. 20

(Geburtsdatum)

Fiddichow

(Geburtsort)

Anfang:

1. Sep. 1942

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrtenabr. 18 337

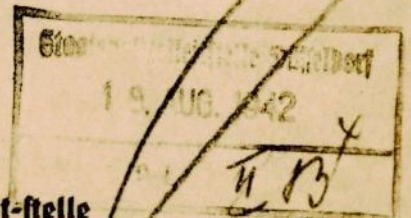
3

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 a- /42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

Berlin SW 11, den 14 August 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40



U. der Staatspolizei-leit-stelle

in Düsseldorf

570/42

Geftrand

mit 2 Anlagen zur gefälligen weiteren Veranlassung.

Im Auftrage:

Lienau

~~Abgabenschein~~
(Hofmeister)x

G.St. Nr. 162.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelegentlich abr. 18 337

5
Apf Düsseldorf

Reichsministerium des Innern
T - 1. AUG. 1942 Vm

Essen den 30. 7. 42

Johannestr. 38

Reichsminister des Innern
WB 4b
D. Nr. 4 8. 42

3. 8. 1942 V.	
Anlg. 1	7
Amt: 1 2 4	

in Berlin

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Die allgütigen Herr Reichsminister, wenn ich mich erlaube, Sie zu schreiben, so ist es, weil ich Sie am 17. Juli 42 vom Herrn Polizeipräsident in Essen vorgelagt hatte.

Ich hatte Ihnen gesagt, glaube ich, dass eine Mutter nichts für sich selbst und meines Sohnes Bittgesuch für mich gefunden hatte.

Meine Forderung war groß, als ich durch einen Beamten des Polizeipräsidenten Essen die Nachricht erhielt, dass der Polizeipräsident meine Bitte, sowie die meines Sohnes aus dem Falle nicht abgegeben hat.

Mein Kammerdiener Herrschel sagt mir immer in der besten Weise und sagt mir, dass ich an Herrn Feld und Felder, dass, wenn Sie mich meine, so soll die Bitte meines Sohnes, dass ich das einzige Wesen bin, das auf der Welt für ihn sorgen kann berücksichtigt werden.

Am 9. 10. 90 bin ich als Tochter eingetragener Eltern, des Kaufmanns Julius Feld in Fiddichow a/O. geboren. Im Jahr 1919 habe ich mit dem Willen meiner Eltern die christliche Religion angenommen und bin evgl. getauft worden. Die Taufe erfolgte in der evgl. Kirche in Kamen bei Berlin.

Später wurde ich von Handelsrat Albert Lenzmann in Essen zum ersten Abbaumeister Kamen, der zur Zeit Minister war und einen Sohn im Alter von 11 Jahren

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Geleypische Nr. 18 331

sahen kommen und starbte im März 1931. Mein Mann
und ich lebten in sehr glücklicher Ehe und liebte ich den
kleinen Jungen sehr.

Nach sehr kurzer Zeit wurde mein Mann erkrankt
von meinem Hausarzt und damit meine wirtschaftlichen
und familiären Verhältnisse außerordentlich zu regeln, sehr
ich gerne für Mann und Kind weiter gearbeitet und
den Lebensunterhalt bestreiten. Trotz allem zog ich
meinen Sohn zu einem guten und aufwändigen
Haus. Wie sehr er an seiner ihm habgesehnen
Mutter hängt, beweisen seine Briefe aus dem Feld.

Mein Sohn besuchte das Gymnasium und ging als
Vorkandidat von der Schule ab, um in eine Kaufmänn-
ische Lehre einzutreten. Nach dem Tode meines Mannes
im Jahr 1936 lebte ich mit meinem Sohn in sehr
bescheidenen, aber geordneten Verhältnissen. Nach Beendigung
seiner Lehrzeit wurde mein Sohn in gleichen Grade
als Kaufmännisch-Angestellter angestellt, wo er bis zur
Einberufung in den Arbeitsdienst zur vollen Zufrieden-
heit seiner Arbeitgeber arbeitete. Aus dem Arbeitsdienst
wurde er als Soldat in die Wehrmacht übernommen und
geführt zur Zeit einem Regimentsstab im Osten
an als Gefreiter. Für besondere Leistungen und Verdienste
im Kriege erhielt mein Sohn des Verdienstkreuz mit Verdienst-
stern als einziger außer seinem Feldwebel mit Holz-
kragen d. d. d. Nach Beendigung des Krieges wird mein
Sohn den Hausarzt übernehmen, den ich ihm aus
unbedingter Liebe und mein Leben mit ihm be-
stehen möchte.

Sehr geehrter Herr Reichsminister! Nach dem Verbleiben
meines Sohnes aus dem Feld, wird er ja auch bald
wieder heimwärtsurlaub erhalten. Dieser Urlaub wird

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrten Nr. 18 338

nach langer Trennung für mich eine überaus große
Freude sein. Es wird mich sehr freuen, dass ich als
Mutter mich mit meinem Sohn in bekannten
Kreisen und damit in öffentlichen Leben bewegen
werde. Mir wird das sehr freuen und es werden
die Volksgenossen danken und sagen mit solchen Eindruck
werden wir rechnen, wenn ich neben einem deutschen
Volksman mit einer Auszeichnung der deutschen Nation
an der Spitze, als Mutter mit einem Führer gezeigt
auf der Höhe in der Öffentlichkeit mich zeigen muss.

Nach Gedanken werden dann meinem Sohn, einem
deutschen Krieger, der für Führer, Volk und Vaterland
kämpfe, bewegen und mit solchen Gefühlen
wird er sich mit seiner liebgeordneten Mutter zeigen
können.

Liebe Herr Reichsminister, lassen Sie bitte meinem
Sohn den Hatz des deutschen Volkes und den Hatz
für seinen Kampf.

Erweisen Sie uns bitte der für die aufstehenden
Ansprüche und Kämpfe und befehlen Sie
uns vor dieser bedrängten Lage.

In der Erfüllung dieser Bitte geben zu geben,
zeige ich mit aufrichtiger Freude.

Frau Martha Lenzmann

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Geleyweck Nr. 18 337

7

Herrn. Herrn. Dr. Lenzemann
3. im Felde Feldp. Nr. 20848

Sie ersuchen Mithilfe des Gefängnisses meines Vaters,
daß sich auf dem Polizeipräsidium Essen befindet.

Gedächtnis.

Betrifft die unglückliche Erkrankung meiner
Stiefmutter Frau Martha Lenzemann geb. Feld
Essen Johannisstr. 38

Sie bitte meine Stiefmutter vom Tragen der
Handschuhe zu befreien.

Sie begründe meine Bitte wie folgt.

Als meine Mutter im Jahr 1926 gestorben war,
führte mein Vater der Handels- Vertreter
Albert Lenzemann einige Jahre später meine
Stiefmutter. Diese hatte sich schon in ihrer Jugend
dem Judentum übergeben und gehört der sog.
Kaufmann an.

Meine Stiefmutter hat sich in Lebensaccepte nicht
in meine Erziehung bemerkt.

Als mein Vater sah, keinen Fortschritt, ist
meine Stiefmutter weiter ihrer Lebensgestaltung
nachgegangen, um mich den Lebensunterhalt
zu verdienen. Sie hat aufopferungsvoll für
mich gesorgt und mir ermöglicht das
Gymnasium weiter zu besuchen.

Da wurde ich in der Mutter geboren.

Als mein Vater im Jahr 1936 starb, hat meine
Stiefmutter weiter gut für mich gesorgt.

1939 kam ich zum Wehrdienst und wurde
von der Wehrmacht übernommen, ich

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrte Nr. 18 337

befinde mich seit dem Kriege mit Rußland an
der Offfront.

Während der ganzen Zeit hat meine Stiefmutter
die Wohnung, die seit dem Tode meines Vaters
in meinem Besitz übergegangen ist, betreut und
hat mich auch auf das Beste für mich gesorgt.
Meine Stiefmutter hat sich nie gegen den national-
sozialistischen Staat gestellt, dies kann m. G. der
Blockwart bestätigen. Auch ist mir bekannt
gewesen, daß sie nicht jüdisch war.

Ich bitte dieselbe nochmals meine Stiefmutter
von Fragen des Judentums und von allen
Maßnahmen, die gegen die Juden unternom-
men werden zu befreien, als wenn mein
Vater noch lebte. Da es ja auch für mich eine
große Härte wäre.

Heil Hitler
gez. Hans-Albert Lengenmann.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Freiburger Wahlb. 18 337

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 a

1555/42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 7. Oktober 1942.

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 · Fernverkehr 126421

An die
Staatspolizeileitstelle
in Düsseldorf.



Betrifft: Jüdische Mutter des Gefreiten Hans-A. Lengemann, wohnhaft in Essen, Johannastr. 38.

Bezug: Ohne.

Anlagen: - 1 -

[Als Anlage übersende ich mit der Bitte um Rückgabe einen Antrag des Obengenannten zur Kenntnismahme und Erörterung des Sachverhalts. Falls die in dem Antrage gemachten Angaben zutreffen, bitte ich, zunächst von der angeblich beabsichtigten Abschiebung der Jüdin Abstand zu nehmen. Eine Befreiung vom Tragen des Judensternes kann jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht erfolgen.]

Im Auftrage:

gez.: G ü n t h e r .

Beglaubigt:

Kanzleiangeh.



H. B. v. Dr. *Lengemann*
1.) H F 1. Karte verb.?
2.) H F 2. P. A. verb.?
3.) H B zurück.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrtenstr. 18 331

12

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 a

1555/42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 11. Januar 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 · Fernverkehr 126421

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle
Düsseldorf

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
15. JAN. 1943
Anl. <i>18/43</i>

ref 4/5

Betrifft: Jüdische Mutter des Gefreiten Hans A. Lengemann,
wohnhaft in Essen, Johannastr. 38.

Bezug: Erlass vom 7.10.1942 - IV B 4 a 1555/42.

Um Erledigung des vorbezeichneten Erlasses
wird gebeten.

Im Auftrage:
gez. Liepelt

Beglaubigt
N. *g 60*
Kanzleifang *Stellvert.*



Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Geistliche Nr. 18 331

Stapoleitstelle Düsseldorf

Düsseldorf, den 20. Januar 1943.

II B 4/Tgb.Nr.17/43/Lengemann.

Zur	22. JAN. 1943
Anzahl	22.1.43
Verf. Nr.	25. JAN. 1943

1.) An das
Reichssicherheitshauptamt
- Ref. IV B 4 a -
in B e r l i n .

Betrifft: Jüdische Mutter des Gefreiten Hans A. Lengemann,
wohnhaft in Essen, Johannastrasse 38.

Vorgang: Erlasse vom ~~7.10.1942~~ und 11.1.43 - IV B 4 a - 1555/
42.

Berichterstatter: Pol.-Rat Friedrich.

Sachbearbeiter: Pol.-Sekretär Waldbillig.

Anlagen: 1.

- - -

Bei der Stiefmutter des Antragstellers handelt es sich um die Jüdin Martha Sara L e n g e m a n n , geb. Feld, geb. am 9.10.1890 in Fiddichow/Oder. Sie heiratete am 19.3. 1931 den verwitweten deutschblütigen Handelsvertreter Albert Lengemann, geb. am 1.2.1883 in Hannover, der den aus erster Ehe mit einer Deutschblütigen stammenden Sohn Hans Albert Lengemann mit in die Ehe brachte. Der Handelsvertreter Albert L. ist im Jahre 1936 verstorben. Seit dieser Zeit führt der Antragsteller mit seiner jüdischen Stiefmutter einen gemeinsamen Haushalt.

Soweit festgestellt werden konnte, sind die im Antrag des Hans A. Lengemann gemachten Angaben zutreffend. ~~Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß durch eine Evakuierung der Jüdin L. eine Schädigung der Belange des im Felde stehenden Antragstellers eintreten könnte. Aus diesem Grunde wird eine Abschiebung der Jüdin Lengemann vorerst zurückgestellt.~~

Die Jüdin L. wurde bereits am 26.7.1942 und zuletzt am 10.9.1942 von der Ablehnung der Anträge ihres Stiefsohnes auf Befreiung vom Kennzeichnungszwang in Kenntnis gesetzt. Auf den dortigen Erlaß vom 14.3.1942 - IV B 4 a /42 nehme ich Bezug. Das übersandte Gesuch des Gefreiten L. reiche ich als Anlage zurück.

ia) Austragen im Tagebuch. *erl.*

2.) Z.d.P.A.

I.V.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gelehrtenabr. 18 331

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gedruckte Nr. 18 331

Akten
der
Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeistelle
Düsseldorf
über

Lippmann
(Familienname)

Alwin

(Vornamen)

23.1.1892

(Geburtsdatum)

Düsseldorf

(Geburtsort)

14 1938

9732

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18474

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel				Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit					Tag	Monat	Jahr	Zeit
6.	Feb.	1943	16 ³⁰	6 FEB. 1943							
von			durch					an			
								Verzögerungsvermerk			
nr. 1162				Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch							

++ BERLIN NUE 23290 6.2.1943 1545 - SCHUE. -
 - AN STL. DUESSELDORF. -
 - BETR.: MISCHLING I. GRADES ALBIN LIPPMANN, ZYT. IN STRYJ,
 GENERALGOUVERNEMENT. -
 - BEZUG:.. OHNE. - - -
 - OG. - PERSONALIEN UNBEKANNT - HAT BEI DER REGIERUNG DES
 GENERALGOUVERNEMENTS DEN ANTRAG GESTELLT, UNGESTOERT BEI DEN
 KARPATHEN- OEL-WERKEN IN STRYJ WEITERBESCHAEFTIGT ZU WERDEN.
 ER HAT ANGEgeben, SEINERZEIT FREIWILLIG SEINER JUEDISCHEN
 EHEFRAU UND SEINEN KINDERN ALS LEITER EINES TRANSPORTES
 NACH DEM OSTEN GEFOLGT ZU SEIN, OBWOHL ER IM REICH HAETTE
 VERBLEIBEN DUERFEN. NUNMEHR SEIEN SEINE FRAU UND SEINE
 KINDER AUSGESIEDELT WORDEN. BEVOR EINE ENTSCHEIDUNG
 GETROFFEN WIRD, BITTE ICH UM SOFORTIGEN BERICHT, WAS DORT
 UEBER DEN GENANNTEN IN POLITISCHER KRIMINELLER UND SONSTIGER
 HINSICHT BEKANT IST. - -

Heftband

9723

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18474, Bl. 4

· RSHA - IV B 4 KL. A 3 - 4097/43 - IA. GEZ. EICHMANN

SS- OSTUBAF.+ ++

Stapoleitstelle Düsseldorf

Düsseldorf, den 9 Febr. 1943.

II B 4/Lippmann.Albin.

1.) Ein Mischling I.Grades oder Jude Albin Lippmann ist in den hiesigen Evakuierungslisten nicht geführt worden. Auch sind Vorgänge über ihn nicht vorhanden. Eine weitere Ermittlung ist ohne Angabe des letzten inländischen Wohnortes nicht gegeben.

Fernschreiben:

2.) An das

Reichssicherheitshauptamt

- Ref. IV B 4 a 3

in B e r l i n .

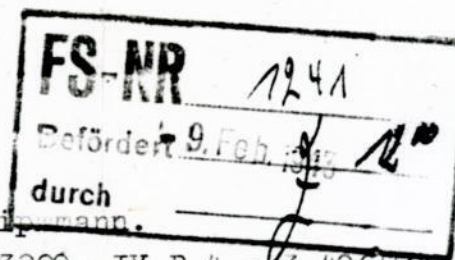
Betrifft: Mischling I.Grades Albin Lippmann.

Vorgang: F.S. Erl. vom 6.2.43 -Nr.23290 -IV B 4 a 3-4097/43.

Ein Mischling I.Grades oder Geltungsjuden Albin Lippmann ist in den hies. Evakuierungslisten nicht enthalten. Um weitere Feststellungen treffen zu können, bitte ich um Angabe des letzten inländischen Wohnortes.

3.) Wvorl.am 1.4.43.

I.A. (A.H.)



HWB.

9724

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18 474, Bl. 4 (R)

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangstempel		Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit			Tag	Monat	Jahr	Zeit
23	März	1943	16 ⁰⁰						
von						an			
durch						durch			
						Verzögerungsvermerk			
<u>IB 4</u> Nr. <u>4896</u>				Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch					

+ BERLIN NUE53091 23.3.43 16.00 = STOE =
 AN DIE STL. D U E S S E L D O R F .-
 BETR.: MISCHLING I. GRADES ALBIN L I P P M A N N , Z. ZT.
 IN STRYJ, GENERALGOUVERNEMENT.:=
 BEZUG : FS. ERLASS V. 6.2.1943 NR. 23290. FS.- BERICHT V.
 9.2.1943 NR. 1241- II B 4.-
 L I P P M A N N IST SEINERZEIT NICHT EVAKUIERT WORDEN
 SONDERN FREIWILLIG SEINER JUEDISCHEN EHEFRAU UND SEINEN
 KINDERN NACH DEM OSTEN GEFOLGT. ER KANN ALSO IN DEN
 DORTIGEN EVAKUIERUNGSLISTEN NICHT ENTHALTEN SEIN. NACH
 SEINEN EIGENEN ANGABEN HAT ER ZULETZT IN DUESSELDORF GFWOHNT.
 ICH BITTE DAHER NOCHMALS UM SOFORTIGEN BERICHT, WAS DORT
 UEBER DEN GENANNTEN IN POLITISCHER, KRININELLER UND SONSTIGER
 HINSICHT BEKANNT IST. ANGEBLICH SOLL ER NOCH IM JAHRE 1936
 UNTER DEN BESONDEREN SCHUTZ DES REICHES GESTANDEN HABEN.-

RSHA ROEM. 4 B 4 KL. A -3 4097/43 I. A. GEZ. KRYSCHAK.
 SS- H'STUF.+

Befürand

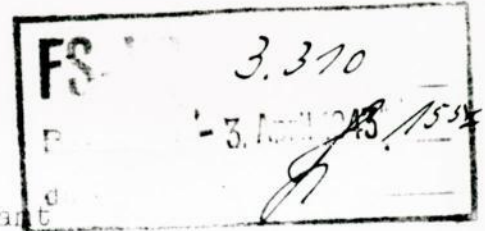
9725

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18474, Bl. 5

Stapoleit telle Düsseldorf
II B 5/Lippmann.Alwin.I.

Düsseldorf, den 3 April 1943.



Fernschreiben:

1.) An das

Reichssicherheitshauptamt

- Ref. IV B 4 a -
in B e r l i n .

Betrifft: Juden Alwin Israel L i p p m a n n , geb. am
22.1.1892 in Düsseldorf.

Vorgang: F.S.Erlass vom 23.3.43 - Nr.50091 - IV B 4 a-4097/
43.

Bei dem in den Karpathen-Oelwerken in Striyy
beschäftigten Alwin L i p p m a n n handelt es sich um
den Volljuden Alwin Lippmann, geb. am 22.1.1892 in Düssel-
dorf. Er ist mit der Jüdin Rosa Sara geb. Cahn, geb. am
30.10.1901 zu Weitmar, verheiratet. Aus dieser Ehe sind die
Kinder Hannelore S., geb. am 12.10.22 zu Düsseldorf, und
Inge S., geb. am 14.3.26 zu Düsseldorf, hervorgegangen.
Lippmann ist am 13.12.38 nach Werne/Westf und von da nach
Dortmund verzogen. Er wohnte zuletzt in Dortmund, Königs-
wall 46.

L. hat sich am 30.3.42 freiwillig mit seiner jü-
dischen Ehefrau bei der Evakuierung seiner beiden Töchter
einem Transport von Dortmund nach dem Osten angeschlossen.
Als Ordner seiner Rassegenossen war er für die Ordnung auf
dem Abgangsbahnhof und während des Transportes verantwortlich.
L. war nicht als Leiter des Transportes eingesetzt, sondern
ist wie jeder andere Jude von Dortmund evakuiert worden.
In politischer und krimineller Hinsicht ist L. hier nicht
hervorgetreten. Von einem besonderen Schutz des Reiches,
unter dem L. 1936 gestanden haben will, ist hier nichts
bekannt. Er war 1936 Vorsitzender des jüdischen Frontkämpfer-
Bundes in Düsseldorf.

2.) II F 1: sh. Pers Bogen.



3.) Z.d.P.A.

I.V.

Handwritten signature/initials in the bottom right corner.

9726

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18474, Bl. 9

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Raum für Eingangsstempel			
Aufgenommen	Tag	Monat	Jahr
	29.	MAI	1943
			15-2
von	durch		
	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; width: fit-content; margin: 0 auto;"> Staatspolizeileitstelle Düsseldorf 30. MAI 1943 </div>		
Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch			
Befördert Tag Monat Jahr Zeit an durch			
Verzögerungsmerk			
Nr. 5368			

+ BERLIN NUE 99049 29.5.43 1455 =JO=

AN DIE STL. DUESSELDORF.=

BETR.: ANGEBLICHEN MISCHLING I. GRADES ALWIN

L I P P M A N N, GEB. AM 22.1.1892 IN DUESSELDORF.-

BEZUG: FS.-BERICHT VOM 3.4.1943 - NR. 3 310 - AKTZ. ROEM.

2 B 3.-

ICH BITTE NOCH ZU KLAEREN, OB L I P P M A N N

TATSAECHLICH VOLLJUDE IST. IN DIESEM FALLE ERSCHEINT ES

NICHT VERSTAENDLICH, WESHALB ER IM MAERZ 1942 NICHT MIT

SEINER EHEFRAU UND SEINEN KINDERN ZUSAMMEN EVAKUIERT

WORDEN IST. SONDERN SICH ANGEBLICH FREIWILLIG DIESEM

TRANSPORT ANGESCHLOSSEN HAT. ANDERERSEITS IST IN DEM

DORTIGEN FS. BERICHTET WORDEN, DASS L I P P M A N N

WIE JEDER ANDERE JUDE VON DORTMUND EVAKUIERT WORDEN IST.=

RSA. ROEM. 4 B 4 KL. A - 3 - 4097/43 -

I.A. GEZ. GUENTHER - SS-STUBAF.-+

Straf- u. Jugendgefängnis Bot

Hefttrand

9728

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Bestap. - Akte Nr 18474, Bl. 10

Stapoleitstelle Düsseldorf
II B 3/Lippmann.Alwin.I.

Düsseldorf, den 7. Juni 1943.

1.) Schnellbrief:

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Dortmund
in D o r t m u n d .

Zur	7. Juni 1943
Erzähl	7.6.43
Erleben	7.6.43
Ergehen	7.6.43
49 - 8. JUNI 1943	

Betrifft: Juden Alwin Israel Lippmann, geb. am 22.1.1892 in Düsseldorf.

Vorgang: Dort. F.S. vom 1.4.43 - B. Nr.285/43 IV B 4 .

Das Reichssicherheitshauptamt bittet mit F.S. Erlas vom 29.5.43 - IV B 4 - a - 3-4097/43 - um Klärung, ob Lippmann tatsächlich Volljude ist, da es unverständlich erscheint, weshalb L. am 30.3.43 nicht mit seiner Ehefrau und den beiden Kindern zusammen evakuiert werden sollte, sondern sich mit seiner Ehefrau freiwillig dem Abtransport seiner Kinder angeschlossen hat. Anderserseits ist nach dem dortigen FS. mitgeteilt worden, daß L. wie jeder andere Jude evakuiert worden ist. Lippmann ist nach den hiesigen Feststellungen Volljude.

Da über die Evakuierungsmassnahmen gegen die Familie L. von hier nicht berichtet werden kann, wird gebeten, über den Sachverhalt unmittelbar dem RSHA Bericht zu erstatten. Abgabennachricht wurde erteilt.

2.) Abgabennachricht an das RSHA erteilen. 8. JUNI 1943

3.) Z.d.P.A.

I.A.

9729

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18474, Bl. 11

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel	Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit		Tag	Monat	Jahr	Zeit
10	Juni	1943	1720					
von					an			
durch					durch			
nr. 5774				Telegramm – Funkpruch – Fernschreiben – Fernspruch	Verzögerungsvermerk			

Strand

+ BERLIN NUE. 105 694 10.6.43. 1715 = TESS =
 AN STL. DUESSELDORF – DRINGEND SOFORT VORLEGEN. –
 BETRIFFT: ANGEBLICHEN MISCHLING ERSTEN GRADES ALWIN
 L I P P M A N N, 22.1.92 DUESSELDORF. –
 BZG: FS.-BERICHT V. 3.4.43. – NR. 3310 AKTZ. II B 3 –
 U.FS.-ERL. V. 29.5.43. – NR. 99 049 –
 DA NOCH IN DIESER WOCH E HOEHEREN ORTS IN DIESER ANGELGENHEIT
 BERICHTET WERDEN MUSS, BITTE ICH UM SOFORTIGE ERLEDIGUNG
 MEINES FS.-ERL. V. 29.5. BIS FREITAG D. 11.6.43. – UM
 16.00 UHR. –

RSMA BERLIN IV B 3 KL. A.- 4097/43

I. A. GEZ. KRISCHAT, SS.- HSTUF+

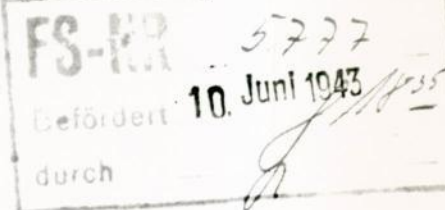
9730

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18474, Bl. 12

Stapoleitstelle Düsseldorf
II B 3/Lippmann.Alwin.I.

Düsseldorf, den Juni 1943.



1.) Fernschreiben:

An die

Stapostelle in D o r t m u n d .

Bringend. Sofort vorlegen.

~~RaxmRaxm~~ Betrifft: Juden Alwin Lippmann, geb. am 22.1.92

in Düsseldorf.

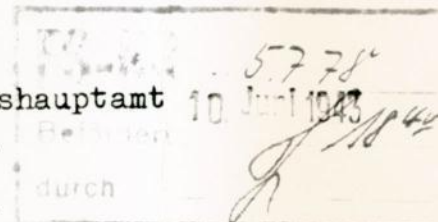
Vorgang: Hies. Schnellbrief v. 7.6.43 -Aktz. wie oben.

Das RSHA bittet mit FS. Erlaß v. 10.6.43-IV B 3 a
4067/43 - um Erledigung des FS. Erlasses v. 29.5.43 -
IV B 4 a - 4097/43 - bis spätestens Freitag, 11.6.43 -
16,00 Uhr, da noch in dieser Woche höheren Ortes zu
berichten ist.

Es wird um Kenntnis und weitere Veranlassung gebeten.
Das RSHA hat erneut Abgabennachricht erhalten.

2.) Fernschreiben:

An das Reichssicherheitshauptamt
- Ref. IV B 3 -
in B e r l i n .



Betrifft: Wie umseitig.

Vorgang: FS.Erlaß vom 10.6.43 - Nr. 105 694-IV B 3a-4067/

Das obige FS habe ich zuständigkeitshalber an
die Stapostelle Dortmund weitergeleitet, da der Vorgang
am 7.6.43 an diese Dienststelle abgegeben wurde.

9731

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Gestapo-Akte Nr 18474, Bl. 72(R)

18593

18593

Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

über

Bastheim

(familiennamen)

Paul Israel

(Vorname)

28. 7. 24

(Geburtsdatum)

Dortmund

(Geburtsort)

11. Sep. 1942

Anfang:

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Quelchgoe dr. 18 193

3

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit 16. Aug. 1942 0830 von durch		Raum für Eingangsstempel <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> Staatspolizeileitstelle Düsseldorf 16. AUG. 1942 ... </div>	Befördert Tag Monat Jahr Zeit an durch
HB Nr. 7850		Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch	Verzögerungsvermerk

+ KL. AUSCHWITZ NR. 27 425 15.8.42 2325 =TA=

1.) AN ALLE OESTL. UND EWESTL. STAPO(LEIT)STELLEN, KRIPO(LEIT)STELLEN UND GREKO. -

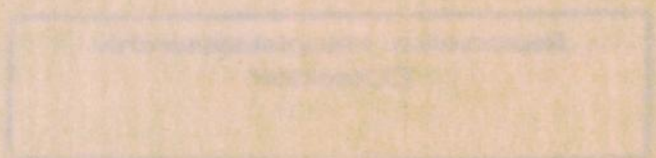
2.) AN DAS RSHA ROEM 4 C 2 BERLIN -

3.) AN DAS SS-W.V.H.-AMTSGR. - D - ORANIENBURG. =

BETR.: SCHUTZHAFT - JUDE PAUL WERNER ISRAEL, B A S T H E I M, GEB. 28.1.1924 I IN DORTMUND, STAATENLOS, ZULETZT WOHNHAFT GEWESEN IN AMSTERDAM, BLEUWE PISTELWEG 18, VATER SIEGFRIED DORTSELBST WOHNHAFT, BERUF ELEKTRIKER, LED., MUTTER EBENFALLS IM KL. AUSCHWITZ. - PERSONEBESCHREIBUNG : 1,78 GROSS, HELLBRAUNE HAARE, Z. ZT. GESCHOREN, SCHWACHE GESTALT, KLEINER MUND, OVALES GESICHT, KLEINE OHREN, SCHWARZE AUGEN, VOLLSTAENDIGE ZAEHNE, SPRICHT DEUTSCH UND NIEDERLAENDISCH, ZIVILKLEIDUNG, TATOWIERT AM ARM MIT DER NUMMER 57 926 -

B. WURDE AM 11.8.1942 AUF ANORDNUNG DES RSHA IN DAS

Straf- u. Jugendgerichtshof, Bonn



Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Julayrahlle str. 18 593

3R

KL. AUSCHWITZ EINGEWIESEN. KRIMINELLE UND POL.VORSTRAFEN
ANGEBL. KEINE -]

BEZUG: O H N E. =

DER OG. JUDE IST AM 15.8.1942 IN DER ZEIT ZWISCHEN 13 UND
17 UHR IN ZIVIL VON EINEM SONDERKOMMANDO AUS DEM HIESIGEN
LAGER GEFLOHEN. ES WIRD GEBETEN, VON DORT AUS SOFORT
WEITERE FAHNDUNGSMASSNAHMEN ZU VERANLASSEN UND IM
ERGREIFUNGSFALLE DAS KL. AUSCHWITZ UMGEHEND ZU BENACHRICHTIGEN.
AUF EINE WIEDERERGREIFUNG WIRD IN DIESEM FALLE GANZ
BESONDERER WERT GELEGT, DA ES SICH HIER UM DEN ANGEHOERIGEN
EINES JUDEN- SONDERKOMMANDOS HANDELT. -

ZUSATZ FUER DAS RSHA. DIE AUSSCHREIBUNG DES GENANNTEN IN
FAHNDUNGSBUCH BITTE ICH VON DORT AUS ZU VERANLASSEN -

ZUSATZ FUER DIE STL. KATTOWITZ - VON HIER AUS WURDEN SOFORT
SAEMTLICHE IN DER UMGEBUNG LIEGENDEN GENDARMERIE POSTEN, DIE
BAHNPOLIJJ V KATTOWITZ, SOWIE DIE HAUPTZOLLAEMTER KATTOWITZ,
BIELITZ UND TESCHEN VON DER FLUCHT DES JUDEN IN KENNTNIS
GEGESATZT. -

ZUSATZ FUER DAS WVHA ORANIENBUERG - WEITERER BERICHT FOLGT. =

GEZ. HOESS- SS-OSTUBAF. U.KOMMANDANT +

Die Grekes Elterich, Kalkenau-Pöhlitz u. Kripo Düsseldorf haben
FS. erhalten.

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Feildegewalt Nr. 18 173

4

4

Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen				Raum für Eingangstempel				Befördert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit					Tag	Monat	Jahr	Zeit
19.	Aug.	1942	22.00	<div data-bbox="405 658 798 860" data-label="Text"> <p>Staatspolizeileitstelle Düsseldorf 20. AUG. 1942</p> </div>				<div data-bbox="820 647 1275 893" data-label="List-Group"> <p>U. B. U. G. Nr. _____</p> <p>1.) U F 1. Karte vorh. ? <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p>2.) U F 2. P. A. vorh. ? <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p>3.) U B zurück.</p> </div>			
von	durch										
nr. 7966				Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch				Verzögerungsvermerk			

+ KL AUSCHWITZ NR. 27821 19.8.42 1745 =KA=
 AN ALLE OESTL. U. WESTL. STAPO(LEIT)- ,
 KRIPO (LEIT) STELLEN U. GREKO.-
 AN DAS RSHA, ABT. IV B 4 KLEIN A, 3233/41 KLEIN G (1085)
 BERLIN.-
 AN DAS WVH, AMTSGRUPPE D ORANIENBURG.---
 BETRIFFT: JUED. HAEFTL. HALL, NR. 57926 PAUL
 B A S T H E I M, GEB. 28.1.24 IN DORTMUND.---
 BEZUG: HIES. FS VOM 15.8.42 NR. 27425.---
 DER OBENGENANNT IST AM 15.8.42 AUS DEM HIESIGEN LAGER
 GEFLOHEN UND AM 18.8.42 WIEDER ERGRIFFEN WORDEN. ICH BITTE
 UM KENNTNISNAHME UND DIE FAHNDUNGSMASSNAHMEN EINZUSTELLEN.---

- GEZ. HOESS SS- OSTUBAF. U. KOMMANDANT.++

Kriger i. Grabs fallen F.S. aufleben.

Stroß- u. Jugendgefangnis Bochum

Reproduktion: Hauptstaatsarchiv
Düsseldorf

Urkopie Nr. 18593